



Österreichischer
Städtebund



WIRTSCHAFT, INDUSTRIE, BESCHÄFTIGUNG

Erfolgsfaktor Stadt

GENERALSEKRETÄR



Städte sichern soziale Ausgewogenheit!

Die „Europa 2020“-Strategie der EU identifiziert die Stadtregionen als treibende Kraft für Wettbewerbsfähigkeit. Städte haben neben ihren Standortqualitäten auch weitere wichtige Funktionen: Städte sind Orte der Bildungseinrichtungen, Netzwerke, Informationen, des Wissens und der Innovationsfähigkeit.

Die soziale Ausgewogenheit in den Ballungszentren wird in Zukunft, zu einem wichtigen Thema werden. Da die Zahl der Arbeitssuchenden steigt, haben daher Investitionen, die direkt oder indirekt für Beschäftigung sorgen, oberste Priorität. Neben Ausgaben, die in den Ausbau der Kinderbetreuung, der ganztägigen Schulformen und der Pflege fließen, brauchen wir mehr sozialen Wohnbau. In den vergangenen Krisenjahren ist leistbares Wohnen zu einem Problem geworden. Wohnen ist ein Grundrecht, das keinesfalls zur sozialen Frage werden darf. Der Bau von günstigen, geförderten Wohnungen bietet den Menschen Sicherheit und schafft Arbeitsplätze. Investitionen in unseren Sozialstaat sind nicht nur wichtig sondern auch ein Garant für die Stärkung der Kaufkraft.

Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

2

Generalsekretär Thomas Weninger
Städte sichern soziale Ausgewogenheit!
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes

3

Bürgermeister Michael Häupl
Stadtentwicklung: Europaweiter Schulterschluss
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes

4

Aktuelle Meldungen
Städtebund Aktuell & Kommunalnews
Kurzberichte aus den Bundesländern

10

Nikolai Soukup
Transatlantische Partnerschaft der Konzerne?
Öffentliche Interessen in Gefahr?

12

Christoph Laimer
Kultur und Wissen als Rohstoff
Für die städtische Wirtschaft

14

Reinhard Troper
Die Welt der Städte
Neoliberale „Musterstädte“?

16

Reinhard Troper
Industriestandort Stadt
Die zunehmende De-Industrialisierung

18

Uschi Kainz
Wien: Wirtschaft mit Weitblick
Zukunftsweisende Stadtentwicklung

22

Die Eröffnungsbilanz des Bundes
Die moderne Budgetsteuerung wird durch ein neues Werkzeug ergänzt

24

Clemens Wallner
Österreichs Industrie in der Kostenfalle
Die Bedeutung der Industriequote und exportierenden Unternehmen

26

Richard Kühnel
Europäisches Semester
Der Gastbeitrag des Vertreters der EU-Kommission in Österreich

28

Antonio Tajani
Europas Industrie stärken
Der Vizepräsident der EU-Kommission im Interview für die ÖGZ

30

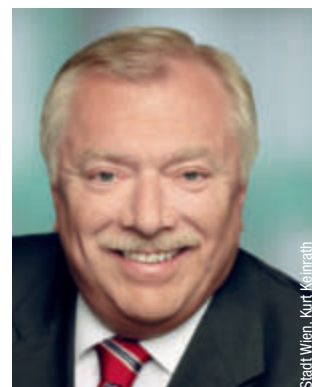
Das waff-Beratungszentrum
Für Beruf und Weiterbildung

32

Thomas Scheitlin
Erfolgsfaktor „Qualität in der Versorgung“
„Service public“: Der Stadtpräsident von St. Gallen im Interview

- 34 *Georg Pfeifer*
Im Interesse der BürgerInnen
Eine europäische Wirtschaftsordnung
- 35 *Othmar Karas, Ulrike Lunacek, Jörg Leichtfried*
Wirtschaft, Industrie, Beschäftigung
Gastkommentare von EuropapolitikerInnen zur Lage in Europa
- 36 *Interview von Klemens Himpele mit Heiner Flassbeck*
Ohne Schulden geht es nicht
Zur gemeinsamen Bedeutung von Verschulden und Sparen
- 38 *Wolfgang Hesoun*
Wien als Industrie- und Produktionsstandort
Industrie und Stadt – passt das zusammen?
- 40 Dorf- und Stadterneuerung in Niederösterreich
Eine neue Runde der Stadterneuerung
- 41 *Leonding* managt Projekte
Vorreiterrolle beim Projektmanagement
- 42 *Bürgermeisterin Sylvia Kögler und Bürgermeister Herbert Thumpser*
Richtige Kommunikation ist Goldes wert
Wertschätzende Kommunikation ist gefragt
- 44 *Guido Dernbauer*
Die neue LIFE-Verordnung im Blickpunkt
Thema im Umweltausschuss des Österreichischen Städtebundes
- 45 *Sabine Marchart*
Aktuelle Entwicklungen im Gewerberecht
Der Fachausschuss für Gewerberecht und Gewerbeteknik
- 58 Judikatur

PRÄSIDENT



Stadtentwicklung: Europaweiter Schulterschluss

Die „Städte von morgen“ waren Thema bei einem Gipfeltreffen der Europäischen Kommission, bei dem sich EU-HauptstadtbürgermeisterInnen mit Präsident Barroso und Kommissar Hahn in Brüssel trafen. Diskutiert wurden die künftige EU-Städtepolitik und die erforderlichen Rahmenbedingungen für wachsende Städte in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Eine geordnete Stadtentwicklung und der soziale Wohnbau spielen dabei eine zentrale Rolle. Letzterer wird im EU-Beihilfenrecht fälschlicherweise auf eine klar definierte Zielgruppe von benachteiligten und sozial schwächeren BürgerInnen eingeschränkt. So ist eine soziale Durchmischung nicht mehr möglich. Dem entgegenwirken soll die Initiative zur „Erhaltung und den Ausbau eines sozialen und nachhaltigen Wohnbaus in Europa“. Die Resolution, die soziale Segregation verhindern soll, wurde bisher von 30 BürgermeisterInnen europäischer Städte unterschiedlicher Parteien unterzeichnet.

Wir treten für ein soziales Europa ein. Dazu gehört auch gutes und bezahlbares Wohnen. Der geförderte Wohnbau ist der Motor der Stadtentwicklung. Nur so können wir bei wachsenden Bevölkerungszahlen die Lebensqualität erhalten und steigern.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes

IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Ausgabe Nr. 3/2014 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr.ⁱⁿ Gabriele Ambros, Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag.^a Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Redaktion: Mag. Roland Preiss, Grafische Gestaltung: Martin Hampejs, Lektorat: Mag. Bernhard Plos, Fotoredaktion: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2014: 10 Ausgaben • Cover: Shutterstock & Getty, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache in allen Artikeln und Beiträgen. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

30 BÜRGERMEISTER*INNEN FORDERN KLARE EU-RECHTSGRUNDLAGE FÜR SOZIALEN WOHNBAU:

SICHERUNG DES LEISTBAREN WOHNENS IN EUROPAS STÄDTEN

Beim Gipfeltreffen der EU-HauptstadtbürgermeisterInnen trafen am 17. Februar 2014 Bürgermeister Michael Häupl und Wohnbaustadtrat Michael Ludwig in Brüssel auf Präsident Barroso und Kommissar Hahn. Das Gespräch wurde unmittelbar vor der Konferenz „Cities of Tomorrow“ der Europäischen Kommission organisiert, bei der es zwei Tage lang ganz grundsätzlich um die Frage der künftigen EU-Städtepolitik ging. Dazu zählten auch die erforderlichen Rahmenbedingungen für wachsende Städte in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. „Das Thema des sozialen Wohnbaus spielt dabei eine zentrale Rolle“, so Bürgermeister Häupl bei einem Mediengespräch mit den Bürgermeistern von Bratislava, Laibach, Nantes, Zagreb und Rom.



Bürgermeister Michael Häupl und Stadtrat Michael Ludwig (v.l.)

Attacken gegen den sozialen Wohnbau in Schweden, den Niederlanden und Frankreich

„Im EU-Beihilfenrecht wird der soziale Wohnbau auf eine klar definierte Zielgruppe von benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern und sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen eingeschränkt. Das ist falsch. Denn so ist eine soziale Durchmischung nicht mehr möglich“, so der Wiener Bürgermeister. Diese Rechtsgrundlage hat in den letzten Jahren zu Klagen gegen die Wohnbauförderungssysteme einiger Mitgliedstaaten geführt, etwa in Schweden, den Niederlanden und Frankreich.

Die Folgen waren schwerwiegend: In Schweden bewirkte die Klage bei der Kommission, dass es einerseits mit günstigen Krediten aus ist und der Mietpreis nun in einem breiteren Rahmen bestimmt werden muss. Dies hatte keinen unmittelbaren Einfluss auf die bestehenden Mieten, zeichnet aber eine steigende Tendenz der Mieten für die Zukunft. In den Niederlanden führte eine ähnliche Beschwerde dazu, dass nach einer erzwungenen Senkung der Einkommensgrenzen 650.000 Haushalte den Anspruch auf sozialen Wohnraum verloren und nun auf den privaten Wohnungsmarkt mit empfindlich höheren Mieten ange-

wiesen sind. Frankreich hatte bereits zwei Klagen zu verzeichnen, die sich ebenfalls gegen die Einkommensgrenzen richteten.

Resolution für sozialen Wohnbau mit breitem Konsens

Vergangenes Jahr startete daher Bürgermeister Michael Häupl die Initiative zur „Erhaltung und den Ausbau eines sozialen und nachhaltigen Wohnbaus in Europa. Diese Resolution wurde bisher von 30 BürgermeisterInnen europäischer Städte unterschiedlicher Parteizugehörigkeit unterzeichnet. Städtebund-Präsident, Bürgermeister Michael Häupl will sie „als sachlich demokratische Initiative, abseits von Parteigrenzen und bei aller Befürwortung der Europäischen Union“ verstanden wissen. Häupl: „Wir wollen keine soziale Segregation, sondern soziale Durchmischung. Alle Verantwortlichen sollten daran interessiert sein, dass es in ganz Europa für alle Menschen leistbare Wohnungen gibt.“ Und gerade hier habe der Wohnbau eine ganz zentrale Rolle, wie der Wiener Wohnbaustadtrat Michael Ludwig betont: „Der geförderte Wohnbau ist der Motor der Stadtentwicklung. Er bildet insbesondere in Wien, das weltweit als die Wiege und das Vorzeigebispiel des sozialen Wohnbaus gilt, das tragende Fundament für eine funktionierende Stadt und eine wesentliche Säule des sozialen Zusammenhalts.“ Rund 60 Prozent der Wiener Bevölkerung leben derzeit in Wohnungen des gemeindeeigenen beziehungsweise des geförderten Bereiches. Dies wirke stark preisdämpfend auf den gesamten Wohnungsmarkt. Gleichzeitig investiere Wien auf konstant hohem Niveau in den geförderten Wohnungsneubau und stelle so sicher, dass für alle Bevölkerungsschichten erschwinglicher Wohnraum zur Verfügung stehe.

Rechtsgrundlage der EU für sozialen Wohnbau ändern

Neben Wien haben sich zum Beispiel auch die Stadtoberhäupter von Amsterdam, Berlin, Den Haag, Dublin, Kopenhagen, Lissabon, Nantes, Paris, Rom und Zagreb für den Erhalt des sozialen Wohnbaus in Europa ausgesprochen. Sie und ihre AmtskollegInnen weiterer europäischer Städte fordern mit der verabschiedeten Resolution die Europäische Kommission auf, „die Definition des sozialen Wohnbaus sowie die Entscheidung über die Form der Bereitstellung den Mitgliedstaaten und ihren Gebietskörperschaften zu überlassen“. Für die Mitgliedstaaten sei es unabdingbar, die Kriterien für den sozialen Wohnbau im Sinne des Subsidiaritätsprinzips selbst festlegen zu können. Nur so könne auf regionale Bedingungen und Entwicklungen reagiert werden. „Wenn heute in Brüssel zwei Tage lang darüber geredet wird, wie Städte in der EU besser gehört werden können, ist der soziale Wohnbau der erste Testfall“, so Häupl. Denn bisher habe die Europäische Kommission auf die Resolution nur durch Wiederholung der bekannten Bestimmungen reagiert, „das ist nicht befriedigend“, so der Wiener Bürgermeister.

STÄDTEBUND-FOTOWETTBEWERB „MEINE STADT“

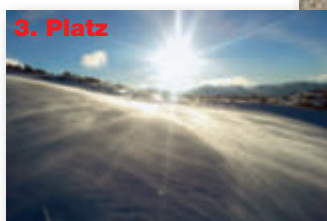
Der Österreichische Städtebund veranstaltete im Jänner 2014 auf Facebook unter dem Namen „meine Stadt“ einen Fotowettbewerb. Die Idee: Facebook-NutzerInnen sollten ihre persönlichen Stadt-Eindrücke sammeln und veröffentlichen, um dadurch ihre eigene Stadt bekannter zu machen: Über eine für den Wettbewerb konzipierte Facebook-App wurden NutzerInnen aufgerufen, ihren Lieblingsplatz in Österreich zu veröffentlichen. Andere UserInnen konnten dann über die eingereichten Fotos abstimmen und somit die GewinnerInnen des Wettbewerbs festlegen. Für die Durchführung des Wettbewerbs wurde eine Facebook-Applikation entwickelt. Diese sollte in Aufbau, Design und Textierung eine jugendliche Zielgruppe ansprechen. Da ein großer Teil des Traffics auf Facebook inzwischen über mobile Endgeräte erfolgt, wurde die App zusätzlich auf den Zugriff über Smartphones optimiert. Durch das Gewinnspiel hatte die Facebook-Seite des Österreichischen Städtebundes eine Reichweite von weit über 50.000 NutzerInnen. Das heißt: Postings wurden von über 50.000 Personen in ihrer Timeline gesehen. Die von der Applikation erstellten Geschichten (diese entstehen, wenn NutzerInnen mit dem Gewinnspiel interagieren, also Fotos hochladen, für Fotos abstimmen oder ein Foto teilen) lagen bei über 6.000 Interaktionen.

GEWINNERINNEN

Aus den eingesandten Fotos wurden mittels User-Voting die GewinnerInnen des Gewinnspiels ermittelt.

Wir gratulieren sehr herzlich:

1. Platz: Simon Svoboda, Linz (OÖ)
2. Platz: Andreas Kepplinger, Linz (OÖ)
3. Platz: Michael Mayrhofer, Ried/Riedmark (OÖ)



AWG NEU! WAS NUN?

Die Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz wirft zahlreiche Fragen auf. Informieren Sie sich auf der „AWG INFO-TOUR“, veranstaltet vom Österreichischen Gemeindebund und der ARA.

ARA.recycling www.ara.at

Alle Termine und Infos
zur „AWG INFO-TOUR“
finden Sie unter
www.ara.at/awg2013

St. Stephen's



 Österreichischer
Gemeindebund

SO MACHT RECYCLING SINN.

ARA 
Altstoff Recycling Austria

BEZAHLTE ANZEIGE



UMWELT- UND ENERGIE-PROGRAMM FÜR DORNBIRN

Konsequente Sacharbeit für den „Lebensraum Dornbirn“: Der Dornbirner Stadtrat hat kürzlich das Umweltprogramm und das Energieprogramm für das Jahr 2014 beschlossen. Seit 15 Jahren wird die Umweltsache in Dornbirn konsequent anhand eines jährlichen Maßnahmenkatalogs umgesetzt. Abteilungsübergreifende Sacharbeit steht dabei im Vordergrund. Ergänzt wird das Umweltprogramm durch ein Energieprogramm, das sich aus der Zielsetzung des Landes – der Energieautonomie – ableitet. Zahlreiche Projekte für den „Lebensraum Dornbirn“ konnten und können so effizient realisiert werden. Die Konsequenz der Stadt Dornbirn wurde bisher unter anderem mit dem fünften „e“ der europaweiten „e5“-Aktion ausgezeichnet. Das Dornbirner Umwelt- und Energieprogramm wird von der Umweltsache abteilung koordiniert. Die Bilanz des Dornbirner Umweltprogramms kann sich sehen lassen. Seit 15 Jahren werden die Umweltsacheaktivitäten der Stadt Dornbirn konsequent anhand eines Konzeptes umgesetzt. Die Stadt war auch davor, beispielsweise im Bereich öffentlicher Verkehr, eine der Vorreiterinnen im Land. Mit dem jährlich adaptierten und neu beschlossenen Umweltprogramm konnte die Qualität der Realisierung gesteigert werden: Hack-schnitzel-Heizanlagen, die Biomasse aus der Region in Wärme umwandeln, Solarkraftwerke oder die Wärmedämmung von Schulgebäuden – jedes Projekt verbessert die Ökobilanz der Stadt. Besonders erfreulich ist die Vorbildwirkung der Stadt: auch private Unternehmen und andere öffentliche Einrichtungen fühlen sich dem Umweltkonzept und seinen Zielen verpflichtet. Eine der Stärken des Dornbirner Umweltprogramms und nunmehr des Energieprogramms ist seine Verbindlichkeit. Nach dem im Jahr 1996 beschlossenen Umweltleitbild werden konkrete Projekte entwickelt oder umgesetzt. Das jährliche Maßnahmenprogramm wird seit 1999 vom Stadtrat beschlossen und ist jeweils im Budget des laufenden Jahres eingearbeitet. So ist gewährleistet, dass die Maßnahmen auch tatsächlich verwirklicht werden. Längere Projekte werden laufend begleitet und die Umsetzungsschritte kontrolliert. Mehr als 270 Maßnahmen wurden in den vergangenen 15 Jahren realisiert. Rund 50 Maßnahmen und Projekte sind derzeit aktiv.

EUROPÄISCHES PARLAMENT STÄRKT DIE KOMMUNALE WAHLFREIHEIT BEI DER WASSERVERSORGUNG

Der Österreichische Städtebund und der VÖWG fordern die Festschreibung der Beschlüsse auch in einem möglichen transatlantischen Freihandelsabkommen. Der Österreichische Städtebund und der VÖWG (Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs) begrüßen die Entscheidung des Europäischen Parlaments, den Bereich Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie auszunehmen. Damit wird ein Ausrufezeichen in der Diskussion um die Bedeutung kommunaler und regionaler Selbstverwaltung in der EU gesetzt. Zur Erinnerung: Durch den engagierten Protest von Millionen EU-BürgerInnen konnte die Europäische Kommission dazu bewegt werden, die Verpflichtung zur europaweiten Ausschreibung grundlegender Versorgungsleistungen im Bereich der Wasserwirtschaft fallen zu lassen. „Unser Verhandlungserfolg schafft die Voraussetzungen, um die erfolgreichen Strukturen der kommunalen Wasserwirtschaft auch zukünftig im Interesse der österreichischen Bevölkerung weiterzuentwickeln“, sagte Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger.



Fotolia

Trotz dieses Erfolgs darf aber kein Schlussstrich unter die Debatte gezogen werden. VÖWG und Österr. Städtebund fordern daher, dass diese hart errungenen politischen Kompromisse bei laufenden Verhandlungen um ein transatlantisches Freihandelsabkommen nicht wieder unterlaufen werden. Das Ziel dieses Abkommens ist nach Angaben der EU-Kommission, den Handel mit Waren und Dienstleistungen zwischen der EU und den USA zu erleichtern. Die Gefahr eines derart weitreichenden Handelsabkommens ist aber, dass auch der kommunale Handlungsspielraum erheblich beeinträchtigt wird. Die bisherige Intransparenz lässt befürchten, dass es hier ohne Beteiligung der politischen Öffentlichkeit zu fundamentalen Weichenstellungen für Europa kommen kann. VÖWG-Präsidentin Vizebgm. Renate Brauner dazu: „Die Bürgerinnen und Bürger Europas haben bei der Konzessionsrichtlinie gezeigt, dass es möglich ist, durch Engagement in Brüssel Einfluss zu nehmen. Ein demokratisches Signal, das uns alle zuversichtlich stimmen sollte.“

Erste Hilfe ist nicht schwer

Am 13. September ist der „Welttag der Ersten Hilfe“. Kinder und Jugendliche zeigen, was sie drauf haben: Leben retten! Mehr als 70 Prozent aller Notfälle passieren in der Freizeit und zu Hause. Meist sind es die eigenen Eltern, Geschwister oder FreundInnen, die Erste Hilfe brauchen. Erste Hilfe ist nicht schwer und kann im Ernstfall Leben retten.

Jugend mit starken Nerven

Ein unachtsamer Augenblick und schon ist es passiert: ein Sturz mit dem Fahrrad, die Hand am Herd verbrannt oder beim Snowboarden gestürzt – jeder kann in die Situation kommen, Erste Hilfe zu benötigen, und ist sehr froh, wenn rasch geholfen wird. „Das Einzige, was man in der Ersten Hilfe falsch machen kann, ist nichts zu tun“, weiß Rotkreuz-Chefarzt Dr. Wolfgang Schreiber. Kinder und Jugendliche können ebenso gut Erste Hilfe leisten wie Erwachsene. Immer wieder beweisen junge Menschen Nervenstärke und perfektes Können. Wie im vergangenen Sommer, als ein 16-jähriges Mädchen einem Mann, der auf dem Bahnsteig zusammengebrochen war, mit Herzdruckmassage das Leben gerettet hat. Das Mädchen hat beim Jugendrotkreuz einen Erste-Hilfe-Kurs absolviert und in ihrer Jugendgruppe trainiert. Oder der neunjährige Matthias: er setzte einen perfekten Notruf ab und lotste die professionellen Rettungskräfte auf dem schnellsten Weg zu seinem verletzten Vater.

Keine Angst

Viele Erwachsene haben Angst, bei der Ersten Hilfe etwas falsch zu machen. Bei Kindern ist diese Hemmschwelle deutlich geringer. Wer Erste Hilfe schon in jungen Jahren lernt, wird auch als Erwachsener beherzt zupacken und wissen, was zu tun ist.

In ganz Österreich gibt es rund 500 Jugendgruppen. Dort treffen sich junge Menschen und setzen sich mit Themen wie Zivilcourage, Menschlichkeit und Hilfe bei internationalen Katastrophen auseinander. Besonders gern wird Erste-Hilfe-Können trainiert. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!



Erste Hilfe kann man bereits in jungen Jahren lernen: Kinder und Jugendliche leisten ebenso gut Erste Hilfe wie Erwachsene.

INFOS

Das Jugendrotkreuz zeigt schon Kindergartenkindern auf altersgerechte Weise, wie Erste Hilfe funktioniert. Weiters gibt es Programme für Volksschulen und weiterführende Schulen. Alle Informationen dazu finden Sie auf „www.jugendrotkreuz.at“. Tipps und Infos zu den Kursen findet man unter „www.erste-hilfe.at“.

Notruf 144

Haben Sie gewusst, dass Sie beim Notruf unter der Nummer 144 nicht nur möglichst schnell einen Rettungswagen geschickt bekommen, sondern dass Ihnen der/die Leitstellenmitarbeiter/in – wie ein Erste-Hilfe-Coach – jeden einzelnen Hilfsschritt ansagt und bei Ihnen bleibt, bis die Rettungsprofis eintreffen.

Helpstars.at

Das humanitäre Jugendportal „www.helpstars.at“ ist das erste seiner Art und richtet sich an all jene, denen nicht egal ist, was rund um sie herum passiert. Auf der Seite finden sich nicht nur Infos über Themen wie Mobbing, Suchtprobleme oder Zivilcourage, sondern Jugendliche können auf HelpStars auch kommentieren, diskutieren, Ratschläge geben und (anonym) Hilfe erhalten.

CARSHARING INITIATIVE IN DER SMART CITY HARTBERG

Autoteilen in Hartberg: Mit Carsharing können 50 Prozent der Autokosten gespart werden.

Ein Auto zu nutzen, ohne es zu besitzen, liegt im Trend. Mit einer Stehzeit von durchschnittlich 23 Stunden am Tag ist das eigene Auto ein äußerst ineffizienter und teurer Gebrauchsgegenstand. Aufgrund steigender Anschaffungs- und Erhaltungskosten für Pkws verzichten immer mehr Menschen auf das eigene Zweitauto. Nach Berechnungen von klima:aktiv mobil ist Carsharing für Autos mit einer Jahreskilometerleistung von unter 7.000 bis 10.000 die mit Abstand günstigere Alternative zum eigenen Auto.

„Das Herborgern von Autos ist uns Hartbergern nicht neu. Mit dem Einzug von Internet und Smartphones funktioniert das Teilen von Autos in und um die Smart City Hartberg heutzutage völlig automatisch und komfortabel.“, meint Hans Rieger, Referent für Umwelt und Energie der Stadtgemeinde Hartberg. Auf Internet-Plattformen, wie z.B. www.carsharing247.com bieten Privatpersonen ihre Fahrzeuge an, um sie mit anderen zu teilen. In der Zeit, in der Autobesitzer ihr Fahrzeug nicht selbst benötigen, können sie mit den Leihgebühren ihre laufenden Auto-Fixkosten reduzieren. Die Autos müssen nicht Vollkasko versichert sein – diese Versicherung können sich die Nutzer tageweise dazu erwerben. „Die Produktion von Autos ist generell sehr energie- und ressourcenintensiv. Carsharing bietet Menschen, die nicht täglich auf das



Auto angewiesen sind, die Möglichkeit, auf ein eigenes Auto zu verzichten. Das spart nicht nur Kosten, sondern schont auch die Umwelt“, meint Friedrich Hofer von Klimabündnis Steiermark. Carsharing bringt die Menschen zusammen. Besonders in der Stadt Hartberg und der Kleinregion Hartberg kennt man sich noch persönlich. So ist auch das Vertrauen zwischen Autobesitzer und Autonutzer schnell aufgebaut und dauerhafte Carsharing-Kooperationen entstehen. „Derzeit sind auf www.carsharing247.com 3.600 Personen und 315 Fahrzeuge registriert, Tendenz stark steigend.“, berichtet Robert Reithofer, Initiator und Gründer der Plattform carsharing247.at, welche schon mit zahlreichen Auszeichnungen für die gute Idee gewürdigt wurde.

Begriffsdefinition

Unter Carsharing (Autoteilen) versteht man die gemeinsame Nutzung von einem oder mehreren Autos. Beim privaten Carsharing verleiht eine Privatperson sein eigenes Fahrzeug an eine andere Privatperson und bekommt dafür einen Kostenersatz für die Fahrzeug-Fixkosten. Jede Privatperson kann beim Carsharing als Autobesitzer oder Autonutzer teilnehmen

INFOS: www.umwelt-hartberg.at



WAIDHOFEN AN DER YBBS: ALTBÜRGERMEISTER ERICH VETTER VERSTORBEN

Waidhofen trauert um Langzeitbürgermeister, Ehrenbürger Erich Vetter, der sich von einem unglücklichen Sturz leider nicht mehr erholt hat. Er ver-

starb im 84. Lebensjahr am Samstag, dem 25. Jänner 2014, an den Folgen dieses Sturzes im Kreise seiner Familie. Erich Vetter prägte als Bürgermeister der Stadt über 22 Jahre lang (von 15.10.1973 bis 15.1.1996) deren Geschehen. Insgesamt vier Mal sprachen ihm die Waidhofener bei der Gemeinderatswahl ihr Vertrauen aus, ehe er sich nach mehr als 31 Jahren Gemeindepolitik von der politischen Bühne zurückzog.

„Ein großartiger Mensch und Politiker hat sich leider nun für immer von dieser Welt verabschiedet“, bedauert Bürgermeister Wolfgang Mair das Ableben seines langjährigen Freundes und Parteikollegen. Der Österreichische Städtebund bedauert den Tod von Erich Vetter. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie.

INNOVATION UND SMART CITIES



Die vom 9. bis 11. April 2014 stattfindende iconvienna 2014 steht diesmal ganz im Zeichen des Ost-West-Gipfels über Innovationen und Smart Cities. Wien ist bereits zum 10. Mal Treffpunkt des internationalen Projektgeschäftes. Internationale ExpertInnen und Top-EntscheidungssträgerInnen aus den Bereichen Energie und Umwelt, Technologie, Finanzen, Forschung, Consulting und Politik diskutieren aktuelle Investment-Strategien, innovative Projekte und Investitionsmöglichkeiten zu folgenden Schwerpunktthemen:

- Herausforderungen für Smart Cities und Regionen in Europa
 - Internationale Finanzierungsmodelle für Innovationen
 - Innovationen und Infrastruktur für Smart Cities und Regionen – Ausblick auf die nächsten 10 Jahre
 - Herausforderungen bei der Umsetzung von Forschung
- Weiters findet zum ersten Mal am 9. April der young leaders dialogue youLEAD statt, dessen Ziel es ist, Jungunternehmer, Jungführungskräfte und High Potentials aus Zentral- und Osteuropa zu vernetzen, um gemeinsame Sichtweisen zu Zukunftsthemen zu erarbeiten. Der diesjährige Schwerpunkt ist „Shaping the future of cities“.

INFOS: www.icon-vienna.net

DORNBIRNER FAMILIENSERVICE ZIEHT UM

Das Familienservice der Stadt Dornbirn ist umgezogen. Am 20. Februar übersiedelte die Anlauf- und Beratungsstelle in das Kulturhaus. Die Nähe zu den Bürgern und eine bessere räumliche Ausstattung werden den Dornbirner Familien noch mehr Qualität bringen. Untergebracht ist die Servicestelle im Erdgeschoss des Kulturhauses, direkt neben dem Haupteingang, wo früher Dornbirn Tourismus angesiedelt war. Die Eröffnung wurde am Samstag, dem 22. Februar mit einem „Tag der offenen Tür“ gefeiert. Das Familienservice-Team bot von 9 bis 13 Uhr ein buntes Spielprogramm.

Bei Fragen zur optimalen Kinderbetreuung, verschiedenen Unterstützungen oder der Organisation von Veranstaltungen: das Team des Dornbirner Familienservice ist die richtige und kompetente Beratungsstelle für die Familien in der Stadt. Gegründet wurde diese Einrichtung als unmittelbares Ergebnis des Dornbirner Familienleitbildes – damals österreichweit einzigartig. Die Stadt Dornbirn ist seit Jahren – beispielsweise durch die Pilotprojekte „Familienfreundliches Dornbirn“ oder aktuell als zertifizierte „familie plus“-Gemeinde – landesweit Vorreiter im Familienbereich.

Das Familienservice bietet kompetente Beratung in allen Familienangelegenheiten sowohl in ideeller als auch finanzieller Hinsicht. Weiters ist das Familienservice Koordinationsstelle für zahlreiche familienfördernde, familienbegleitende und unterstützende Maßnahmen:

- Förderung von Familien und Familienorganisationen
- Koordination und Förderung von Spielgruppen und Kleinkinderbetreuung
- Betreuung Eltern-Kind-Zentrum
- Betreuung öffentlicher Spielplätze
- Organisation von Familienveranstaltungen (Familiensommer, Spielefest)
- Bildungsangebote
- Projekt „Familienfreundliches Dornbirn“ bzw. „familie plus“



Das Team des Familienservice Dornbirn (v.l.n.r.):
Andrea Mäser, Evi Thurnher, Selina Lex, Klaudia Alge,
Doris Zangerle, Michael Walter, Ingrid Fleisch



LINZ: CHRISTIAN SCHMID FOLGT KEPPLINGER ALS LINZER FINANZDIREKTOR

Der 46-jährige Betriebswirt Christian Schmid übernahm ab 1. Februar 2014 die Position des Finanzdirektors im Magistrat Linz und trat damit die Nachfolge von Hermann Kepplinger an. 1999 startete der Betriebswirt bei der Stadt Linz und übernahm ein Jahr später die Abteilung „Haushalt“ in der Stadtkämmerei des Magistrats. Ab April 2006 war er Chef der Abteilung „Haushalts- und Beteiligungsmanagement.“ 2009 übernahm er die Leitung der Stadtkämmerei und seit April 2011 bis August 2012 war er mit der interimistischen Leitung der Finanzdirektion des Magistrats betraut. Neben seinen vielseitigen Aufgaben ist Christian Schmid Mitglied im Aufsichtsrat der Tech Center Linz-Winterhafen Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, der Oberösterreichischen Technologie- und Marketinggesellschaft und seit 2013 im Aufsichtsrat der Immobilien Linz GmbH, der AKh Allgemeines Krankenhaus der Stadt Linz GmbH sowie der SZL Seniorenzentren Linz GmbH. Privat ist der Betriebswirt seit 2004 verheiratet und inzwischen Vater von vier Kindern.



austria
glasrecycling
www.agr.at

Drum trenne,
was ewig
weiterleben soll.

Glasrecycling bringt
jedes Jahr rund
230.000 Tonnen Altglas
wieder in den
Wertstoffkreislauf zurück.

BEZAHLTE ANZEIGE

Transatlantische Partnerschaft der Konzerne?

Das hinter verschlossenen Türen verhandelte Handels- und Investitionsabkommen zwischen EU und USA birgt zahlreiche Gefahren für die Interessen der Öffentlichkeit.

Nikolai Soukup, Abteilung EU und Internationales, AK Wien

Für die Europäische Kommission soll es das Prestigeprojekt der Außenhandels- und Investitionspolitik der EU werden. Seit Beginn der Diskussionen um ein umfassendes transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA, über das seit Juli 2013 verhandelt wird, rührt die Brüsseler Behörde die Werbetrommel: Der Abbau überflüssiger Hindernisse für Handel und Investitionen über den Atlantik werde die Wirtschaft ankurbeln und Millionen neuer Jobs schaffen. Doch trotz der wohlklingenden Versprechungen melden sich immer mehr kritische Stimmen – nicht zuletzt seitens der ArbeitnehmerInnenvertretungen – zu Wort.

Sie befürchten im Zuge des Handelspaktes Deregulierung von wichtigen Standards und Schutzbestimmungen für ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und Umwelt auf der einen Seite und privilegierten Schutz für transnationale Konzerne auf der anderen Seite.

Worum geht es also bei den Verhandlungen zur transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), und welche Gefahren bergen die Verhandlungen? Bislang haben die VertreterInnen der EU-Kommission und der US-Regierung drei Verhandlungsrunden hinter sich gebracht. Auf dem Programm stehen die weitreichende Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, landwirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen und der Vergabe öffentlicher Aufträge sowie die Verbesserung des Marktzugangs und des Schutzes ausländischer Investitionen. Auch der Schutz geistiger Eigentumsrechte soll mit dem Abkommen vorangetrieben werden.

Fragwürdige Wachstumsversprechen

All das soll laut einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie in einem Zeitraum von zehn Jahren zu einem Anstieg der Wirtschaftsleistung (BIP) in der EU von 0,5 Prozentpunkten führen – im optimistischen Szenario. Für das realistischere „weniger ambitionierte“ Szenario bleiben lediglich 0,27 Prozentpunkte übrig, was einem jährlichen BIP-Anstieg in diesem Zeitraum von nüchternen 0,027 Prozentpunkten entspricht. Von einer aussagekräftigen Prognose sind diese marginalen Zahlen ebenso weit entfernt wie vom versprochenen Wirtschaftsmotor. Doch selbst diese Ergebnisse sind aufgrund der fragwürdigen Annahmen, die den verwendeten ökonomischen Modellen zugrunde liegen, mit Vorsicht zu genießen.

Im Vergleich zu den fragwürdigen volkswirtschaftlichen Effekten sehen die Interessen der Unternehmen ungleich handfester aus. Da die durchschnittlichen Zölle zwischen der EU und den USA in den meisten Sektoren ohnehin relativ niedrig sind, liegt der Schwerpunkt der Liberalisierungsbemühungen auf den sogenannten „nicht-tarifären Handelshemmnissen“. Hierbei geht es vor allem um Unterschiede bei Regulierungen und Produkt- und Verfahrensstandards in den beiden Wirtschaftsräumen, die aus der Sicht der VerhandlerInnen „unnötige“ Kosten für Unternehmen erzeugen. Dies reicht etwa von unterschiedlichen Sicherheits- und Abgasnormen in der Autoproduktion und Testerfordernissen von Medikamenten über abweichende Regulierungen von Chemikalien bis hin zu Unterschieden bei

Lebensmittelstandards. Auf das bevorstehende Feilschen um Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung von unterschiedlichen Regeln haben sich Großunternehmen und ihre Lobbygruppen auf beiden Seiten des Atlantiks bereits mit umfangreichen Forderungen vorbereitet. Zu befürchten ist, dass wichtige Schutzbestimmungen für ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen und Umwelt ins Fadenkreuz der Deregulierung fallen werden.

In vielen Bereichen könnten die in den beiden Wirtschaftsräumen vorherrschenden Regulierungsansätze kaum unterschiedlicher sein. Insbesondere im Lebensmittelbereich waren die transatlantischen Beziehungen bereits bisher von Handelsstreitigkeiten geprägt. So sind beispielsweise in den USA – im Gegensatz zur EU – der Einsatz von Wachstumshormonen bei Rindern und der Verkauf von Gentechnik-Produkten ohne Kennzeichnung erlaubt.

Geht es nach den Plänen der Kommission, sollen Unterschiede bei Standards und Regulierungen nicht nur bis zum Abschluss des Abkommens im Fokus der Handelspartner stehen, sondern auch darüber hinaus. So soll ein neu zu schaffender Rat zur regulatorischen Zusammenarbeit nach In-Kraft-Treten des Abkommens beispielsweise laufend überprüfen, wie die Übereinstimmung von bestehenden und künftigen Regulierungen zwischen der EU und den USA vorangetrieben werden kann.

Öffentliche Interessen in Gefahr

Massive Kritik entzündet sich auch an den geplanten Bestimmungen zum Investitionsschutz und den exklusiven Klagerech-



ten für ausländische InvestorInnen, mit denen multinationale Konzerne Staaten direkt vor internationalen privaten Ad hoc-Schiedsgerichten klagen können, wenn etwa ihre erwarteten Gewinne durch politische Maßnahmen geschmälert werden. Ende Jänner kündigte EU-Handelskommissar Karel De Gucht an, die Verhandlungen über diesen Teilbereich vorerst auszusetzen und eine dreimonatige öffentliche Konsultation zu dem Thema durchzuführen – die Kommission wird hier also vor den EU-Parlaments-Wahlen auf Zeit spielen.

Ob die VerhandlerInnen den gleichen Einsatz wie beim Abbau von Unternehmenskosten auch für die verpflichtende Einhaltung von international anerkannten Arbeitsstandards einsetzen, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern, wird sich zeigen. Die USA haben lediglich zwei der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert, und gewerkschaftsfeindliche Gesetze bestehen in zahlreichen US-Bundesstaaten.

Dass die Ratifizierung und Einhaltung von Arbeitsstandards in Handelsabkommen einklagbar sein muss, ist eine Kernforderung der ArbeitnehmerInnenbewegung.

Druck auf die Verhandlungen ist auch nötig, um sicherzustellen, dass Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – wie etwa Bildung, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Energie, Verkehr, kulturelle und audiovisuelle Dienstleistungen und Wasserversorgung – keinesfalls vom geplanten Abkommen erfasst werden.

Geheime Verhandlungen

Angesichts der vielen Gefahren, die die Verhandlungen bereithalten, ist eine breite öffentliche Diskussion dringend notwendig. Die Verhandlungen finden jedoch hinter verschlossenen Türen statt; sowohl das Verhandlungsmandat, das der Kommission die Richtlinien für die Handelsgespräche vorgibt, als auch die relevanten Verhandlungsdokumente werden als ge-

heim eingestuft. Solange nicht alle EU-Verhandlungsdokumente der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, kann von einer umfassenden Einbindung der Bevölkerung keine Rede sein.

Nach Abschluss der Verhandlungen müssen auf EU-Seite der MinisterInnenrat und das EU-Parlament dem Vertragswerk zustimmen, und – wenn es Kompetenzen der Mitgliedstaaten berührt – auch die nationalen Parlamente. Dabei können die ParlamentarierInnen jedoch keine Änderungen am Vertragstext vorschlagen, sondern lediglich das Gesamtpaket annehmen oder ablehnen. Das EU-Parlament hat bereits einmal ein Handelsabkommen abgelehnt: Zum umstrittenen Anti-Piraterie-Abkommen ACTA haben die MandatarInnen 2012 die rote Karte gezeigt. ■

Eine Version dieses Artikels ist bereits in Arbeit & Wirtschaft 1/2014 erschienen, siehe: www.arbeit-wirtschaft.at.

FÜR DIE STÄDTISCHE WIRTSCHAFT:

Kultur und Wissen als Rohstoff

„Creative City“ und Wissensgesellschaft sind Schlagworte, die unentbehrlich scheinen, wenn es um Konzepte für die Zukunft von Wirtschaft und Beschäftigung in Städten geht. Bei all der Aufmerksamkeit, die kulturellen Aktivitäten dadurch zuteil wird, droht jedoch die Gefahr einer einseitigen Instrumentalisierung, die sich langfristig negativ auf die Vielfalt und Kreativität kultureller Äußerungen auswirken könnte.

Christoph Laimer, Chefredakteur von „dérive - Zeitschrift für Stadtforschung“

Krisenzeiten sind immer wieder Ausgangspunkt für wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel und neue Entwicklungen. Das Ende des ökonomischen Nachkriegsbooms markiert ab den 1970er-Jahren eine dieser Umbruchphasen. Industriebetriebe reagierten mit der Auslagerung technisch wenig anspruchsvoller Produktionsschritte in Niedriglohnländer. Die Betriebe begaben sich auf die Suche nach Standorten, die weniger Umweltauflagen und sonstige Regulierungen verordneten, oder sie waren überhaupt gezwungen, ganz zu schließen. Denn die notwendige Modernisierung von Produktionsanlagen war im urbanen Raum oft nicht realisierbar. Die Produktion verließ zusehends die Stadt.

Dieser Strukturwandel läutete eine Phase der ökonomischen Neuausrichtung der urbanen Industriestandorte ein, mit einer Stärkung der Forschungstätigkeit und einer Konzentration auf hochqualitative Produkte: Eine Notwendigkeit, um konkurrenzfähig zu bleiben und auch weiterhin Arbeitsplätze an den angestammten Standorten zu halten und zu schaffen. Innovation wurde zum zentralen Begriff dieser Neuausrichtung, Innovationszentren galten als das Zukunftsmodell. Als Gegenmodell zum sogenannten „footloose capitalism“, in dem die Kategorie Standort nebensächlich bis unwichtig erachtet wird, setzten sich Theorien durch, welche die Bedeutung endogener Effekte und die Auswirkungen von stadt- und regionalpolitischen Maßnahmen betonten. Während des Strukturwandels verloren viele Städte nicht nur Arbeitsplätze, son-

dern auch bedeutende Teile ihrer Bevölkerung an die Speckgürtel und Umlandgemeinden. Das aufkommende Internet-Zeitalter verstärkte den Eindruck, dass der Bedeutungsverlust von Städten unaufhaltsam sei.

Internationaler Städtewettbewerb

Mittlerweile scheint die Rede von der „Krise der Städte“ vergangen und vergessen. Heute lauten die Schlagworte Reurbanisierung und Wissensgesellschaft und statt Innovation heißt das Zauberwort nun Kreativität. Das ideale Biotop für die Wissensgesellschaft ist – wie alle Untersuchungen zeigen – die Stadt und zwar vor allem die große Stadt. Nur hier ergeben sich informelle Face-to-face-Kontakte, nur hier gibt es eine (soziale) Infrastruktur, die nicht ausschließlich auf „9 to 5“-Jobs ausgelegt ist. Übersetzt auf den internationalen Städtewettbewerb lauten die entscheidenden Imagefaktoren Lebensqualität durch Internationalität, Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und Kultur. Wien schneidet in diesem Rennen um Attraktivität äußerst positiv ab. In Rankings – wie etwa der bekannten Mercer-Studie – wird Wien seit einigen Jahren regelmäßig auf Platz 1 geführt.

Das bringt entscheidende Punkte: Zwar sind für internationale Konzerne ökonomische Aspekte wie Subventionen und niedrige Steuern für die Standortwahl bedeutend, aber mindestens ebenso wichtig sind gut ausgebildete MitarbeiterInnen, ein internationales Umfeld und anerkannte Forschungseinrichtungen. Wie sonst käme ein Unternehmen wie Google

auf die Idee, ausgerechnet im teuren Zürich seine europäische Zentrale aufzuschlagen. Auch das Unternehmen wie Apple mittlerweile bestimmte Produktionsparten in die USA zurück verlagert haben, ist einerseits Teil einer Marketingmaßnahme, andererseits zeigt es, dass es in innovationsgetriebenen Branchen längst nicht mehr nur um die niedrigsten Produktionskosten geht.

„Creative City“-Idee

Ein bedeutender Sektor der Wissensgesellschaft ist die Kreativwirtschaft, die es immer schon gegeben hat. Erkannt als einflussreicher ökonomischer Faktor und wirtschaftspolitisches Instrument wurde sie aber erst in Großbritannien Ende der 1980er-Jahre. Seither gilt Kreativität als Asset und muss als Rettungsanker für strukturschwache Regionen und Hoffnungsträger für neues Wirtschaftswachstum herhalten. Es ist keine große Überraschung, dass gerade britische Städte die ersten Experimentierfelder für Creative-City-Konzepte abgaben. Der Einbruch der britischen Schwerindustrie und der Niedergang ihrer Häfen war dramatisch und ließ große innerstädtische Brachen zurück. Gleichzeitig war Großbritannien jener Ort, an dem jugendkulturelle Bewegungen und Popkultur immer schon eine wichtigere Rolle in der Gesellschaft spielten als in Kontinentaleuropa. Kein Wunder also, dass Städte wie Manchester oder Glasgow zu den ersten zählten, in denen mit Creative-City-Konzepten versucht wurde, dem Wirtschaftsleben neue Impulse zu geben



und Arbeitsplätze zu schaffen. Als Erfinder der Creative City Idee gilt Charles Landry, der ein wichtiger Berater für Tony Blairs New-Labour-Politik wurde. Seit mehreren Jahren dominiert der US-amerikanische Urbanist Richard Florida den Creative-City-Diskurs und wird als hochbezahlter Berater von Städten weltweit engagiert.

Bedeutung der Kreativwirtschaft

Obwohl die Erfolge der Creative City in der Wissenschaft durchaus umstritten sind, gilt das Konzept mittlerweile als Erfolgsmodell und wird auch in Österreich und auf EU-Ebene mit Nachdruck verfolgt. In einem EU-Bericht von 2013 heißt es überschwänglich: „Dieser Sektor spielt auch eine entscheidende Rolle als Katalysator und Drehscheibe für Innovation, deren Spill-over-Effekte nicht allein auf die Welt der Kultur und des kreativen Schaffens beschränkt sind, sondern sich auf zahlreiche Wirtschaftssektoren erstrecken. Angesichts dieser Herausforderungen ist es heute wichtig, die öffentliche und politische Debatte und Einstellung zur Kultur- und Kreativwirtschaft zu verändern. Es ist an

der Zeit, zu zeigen, dass diese Sektoren Werte und Arbeitsplätze schaffen, die im Allgemeinen nicht ausgelagert werden können, dass ihr Beitrag zur gesellschaftlichen Wertschöpfung reell ist und dass sie es sind, die für die digitale Zukunft Europas sorgen können.“ (Ausschuss für Kultur und Bildung: Bericht über Unterstützung der europäischen Kultur- und Kreativwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung, 20.8.2013). Folglich schließt das neue EU-Kultur-Förderprogramm 2014-2020 „Kreatives Europa“, das mit 1,46 Mrd. Euro dotiert ist, erstmals auch die Creative Industries mit ein.

Auch Österreich publiziert seit 2003 alle zwei Jahre einen Kreativwirtschaftsbericht. Laut der jüngsten Ausgabe (2013) zählt rund jedes zehnte Unternehmen in Österreich zur Kreativwirtschaft. In diesen 38.400 Unternehmen arbeiten 130.400 Beschäftigte: das sind 4,1 Prozent aller Beschäftigten in Österreich. Betont wird, dass die Kreativwirtschaft sich in den jüngsten Krisenjahren besser entwickelt hat als die Gesamtwirtschaft. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner lässt im

Vorwort zum Bericht keinen Zweifel aufkommen, dass auch er mit dem Kreativsektor große Hoffnungen verbindet, wenn er ankündigt, Förderung und Entwicklung forcieren zu wollen.

Bei all der hoffnungsfrohen Stimmung, die von offiziellen Stellen über den Kultur- und Kreativsektor – so die neue, offizielle Bezeichnung in EU-Papieren – verbreitet wird, ist auch Kritik notwendig: Es besteht die ernste Gefahr, dass durch die zunehmende Ökonomisierung von kulturellen Aktivitäten und die einseitige Ausrichtung auf Gewinn und Wertschöpfung kreative Potenziale eher verschüttet als gefördert werden, und die Wissensgesellschaft an innovativer Kraft verliert. Schlussendlich wird es für Städte darauf ankommen, davon abzusehen, internationale Fixfertig-Rezepte endlos zu kopieren. Stattdessen sollten eigene Wege entwickelt werden. Ausgangspunkt dafür sollten immer die spezifischen Voraussetzungen der jeweiligen Städte sein, sowie die Bedürfnisse und Potenziale der lokalen Bevölkerung, welche die Basis für eine erfolversprechende urbane Entwicklung bilden. ■

Die Welt der Städte

Informativ, erhellend, süffig zu lesen, aber erschütternd! Damit wäre die jüngste Sondernummer von „Le Monde diplomatique“ mit dem Titel „Moloch, Kiez & Boulevard. Die Welt der Städte“ skizziert. Eine „Pflichtlektüre“ für alle, die an städtischen Fragen interessiert sind. Wohltuend die fundierte Recherche, die analytische Qualität und die offene, weltweite Perspektive der Beiträge.

Mag. Reinhard Troper, Mitarbeiter der MA 27 - Europäische Angelegenheiten der Stadt Wien

Das Dubai International Finance Center (DIFC) besitzt weder ein Privat- noch Gewerberecht – damit wurde ein Staat im Staat geschaffen.



Während in Zeiten von „smart cities“, „shadow cities“, „open cities“ und sonstigen modischen Urbanismen sich die Tendenz verbreitet, städtische Entwicklungen a-historisch und somit auch a-politisch zu behandeln, ist dies bei „Moloch, Kiez & Boulevard. Die Welt der Städte“ nicht der Fall. Hinsichtlich der journalistischen Qualität wäre die Lektüre ein Vergnügen, wenn nicht die Inhalte teilweise so erschütternd wären. Derzeit lebt ca. die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. 2050 werden es Dreiviertel sein. Weltweit wird die Stadtentwicklung durch ökonomische In-

teressen bestimmt. Im Kern geht es dabei immer um optimale Standortbedingungen, die Verfügbarkeit von Raum sowie um öffentliche Infrastruktur. Das Ausmaß, in dem die wirtschaftlichen Interessen durch kommunale Planung gezähmt und gelenkt werden können, ist zwar (noch) sehr unterschiedlich. Tendenziell nimmt es aber ab. Wie ein roter Faden zieht sich hingegen die Darstellung der Auswirkungen der derzeit vorherrschenden neoliberalen Orientierung, der „Entfesselung“ bzw. „Befreiung“ der Wirtschaft durch die Porträts der einzelnen Städte.

Die unterschiedlichen Ausprägungen der Verwertungsinteressen des weltweiten Kapitals können im Folgenden nur blitzlichtartig für einzelne Städte dargestellt werden. Die Beispiele aus den genannten Städten sollen aber Appetizer sein, die Lust auf detailliertes Nachlesen machen.

Neoliberale „Musterstädte“

Deutlich zeigt sich in den Städten die (Markt-)Macht der großen Konzerne. Eine Macht, die sich wie folgt veranschaulichen lässt: Wenn „das“ Internet ein Land wäre, dann gäbe es im Jahr 2015 nur noch

vier Länder auf der Welt mit einem höheren Bruttoinlandsprodukt. Würden Facebook, Google, YouTube und Wikipedia einen Staat bilden, wäre dieser die zehntgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich diese und andere Finanzmächte weltweit immer mehr „Musterstädte“ nach ihren Idealvorstellungen schaffen.

Adresse „Profithimmel“:

Frei von Steuern ...

Musterbeispiele dafür finden sich auf allen Kontinenten:

- Las Vegas verkörpert gewissermaßen die ultraliberale Musterstadt – frei von Steuern: Es gibt keine Einkommensteuer, keine Erbschaftsteuer, keine Unternehmenssteuern.
- Chengdu liegt in einer steuerbefreiten Sonderwirtschaftszone. Die dortige Niederlassung von Foxconn befindet sich zwischen zwei schnurgeraden Straßen, die Tian Sheng lu (Siegeshimmel) und Tian Run lu (Profithimmel) heißen.
- Das Dubai International Finance Center (DIFC) stellt ein Gebiet von rund 44 Hektar dar, das von jenen Gesetzen befreit wurde, die für die Vereinigten Arabischen Emirate gelten: frei von Privat- und Gewerbesteuer. Damit wurde ein Staat im Staat geschaffen, vergleichbar dem Vatikan, mit eigener Gerichtsbarkeit unter dem Vorsitz eines englischen Richters. Und mit eigener Währung, dem US-Dollar.

... und „frei“ von Menschenrecht und Sozialleistungen

Ferne und nahe Beispiele dafür sind:

- Die Beschäftigten von Foxconn in Longhua, am Stadtrand von Shenzhen, müssen – während sie für die westlichen Multis die neuesten elektronischen Geräte zusammenbauen – ihre Handys am Eingang abgeben und dürfen während der Arbeit weder zur Toilette gehen, noch miteinander reden oder einen Schluck Wasser trinken.
- Aber nicht nur in den fernen chinesischen, auch in europäischen Städten ist die soziale Lage dramatisch: Heute sieht man in Neapel an jeder Kreuzung Rentner, die sich mit MigrantInnen darum streiten, wer bei den Autos die Fenster

putzen darf. Im Rathaus überlegt man sich bereits, ob man den „Albergo dei poveri“ – das Armenhaus der Bourbonen aus der Mitte des 18. Jahrhunderts – nicht wiedereröffnen sollte: es wäre die größte Notunterkunft Europas.



Las Vegas, die ultraliberale Musterstadt ist frei von Steuern.

Verfügbarkeit von Raum

Die Verfügbarkeit von Raum bestimmt schon immer die Entwicklung von Städten. Dabei geht es einerseits um jene Räume, die den StadtbewohnerInnen privat zur Verfügung stehen und andererseits um die öffentlichen Räume.

Beispiele für beengte private Räume finden sich weltweit:

- In chinesischen Städten, in denen sich zwanzig TellerwäscherInnen gemeinsam eine 28-Quadratmeter-Wohnung mieten.
- Aber auch in den Luxusapartments in Dubai, wo der fensterlose „Maid's room“ in der Regel kleiner ist als das Ankleidezimmer neben dem „Master bedroom“.
- In Karail Basti (Dhakar), wo sich jeweils sechs bis zehn Familien eine gemeinsame Kochstelle teilen müssen.
- In Bombay, der reichsten Stadt Indiens, wo die Hälfte der 12,5 Millionen Menschen obdachlos ist.

Aber es geht auch um öffentliche Räume, die nun nicht mehr der Allgemeinheit zur Verfügung stehen, weil sie privatisiert wurden. Wogegen sich politischer Widerstand erhebt:

- In Istanbul, wo öffentliche Flächen – wie der bekannte Gezipark, die einzige Grünfläche im Zentrum – privatisiert und kommerzialisiert wurden. Die ärmeren EinwohnerInnen werden mit Zwang verdrängt und es entstehen neue exklusive städtische Quartiere.
- Zwangsräumungen nahmen auch im Umfeld der WM-Projekte in den brasilianischen Städten zu und durch Brandstiftung wurden Hüttensiedlungen in guter Lage zerstört.

Öffentliche Infrastruktur

Viele interessante Beispiele finden sich auch für die Bedeutung öffentlicher Infrastruktur in den Städten. Ihr Fehlen behindert soziale Integration; ihre Qualität kann den sozialen Zusammenhalt deutlich verbessern. Positives Anschauungsmaterial dafür liefern:

- Der innovative Ausbau des Nahverkehrs in kolumbianischen Städten, mit dem diese wieder sicherer gemacht und öffentliche Räume wiederhergestellt wurden: z.B. in Medellin, wo die Armenviertel auf den Hügeln durch Seilbahnen und gigantische Rolltreppen an das Zentrum angebunden wurden. Auch in Bogota zeigte ein neues Schnellbusnetz sehr positive Auswirkungen.
- Das als PPP organisierte Bussystem von Curitiba (Brasilien) – der „Grünen Hauptstadt Südamerikas“ – hat sich in der Vergangenheit zum internationalen Exportschlager entwickelt. Heute gilt es aber, die Verwaltungsgrenzen innerhalb der funktionalen Region zu überwinden, damit sich das Bussystem weiterentwickeln kann.

Ein Negativbeispiel sind die innerstädtischen Armensiedlungen von Dhakar, von denen 60 Prozent keine Abwasserkanäle und Entwässerungsanlagen haben. Wer aber wissen will, warum man mit der Bezeichnung „Slum“ dennoch vorsichtig sein sollte, muss schon selbst nachlesen:

- Edition Le Monde diplomatique, Nr. 14: „Moloch, Kiez & Boulevard. Die Welt der Städte“; Berlin 2013; 8,50 Euro. ■

Industriestandort Stadt

Mit der Industrialisierung setzte auch das Wachstum der Städte ein. In den 1970er-Jahren begann aber in den europäischen Städten ein gegenläufiger Trend: eine zunehmende De-Industrialisierung.

Mag. Reinhard Troper, Mitarbeiter der MA 27 - Europäische Angelegenheiten der Stadt Wien

Die Industrie verlagerte ihre Produktionsstandorte entweder in den Umlandbereich der Städte oder in Regionen mit generell niedrigeren Faktorkosten. In der Regel verblieben lediglich zentrale Funktionen – insbesondere Management und F&E-Einheiten – in den Städten.

Durch diese immer stärkere überregionale bzw. internationale Orientierung setzte vielfach ein Verlust der lokalen Verbundenheit der Industrie ein. Durch diese wachsende Distanz zwischen kommunalen Entscheidern und zentralen Wirtschaftsakteuren kam es zu einem Verlust der tradierten Unternehmens- und Diskurskultur. Für die kommunale Entwicklungspolitik führte dies zu erhöhter Unplanbarkeit und Unkalkulierbarkeit.

Mit diesem Rückgang des produzierenden Bereichs korrespondierte eine Zunahme der tertiären Funktionen: Der Dienstleistungssektor wurde der Wachstums- und Beschäftigungstreiber in den Städten. Dies galt insbesondere für die Finanzindustrie, bis zum Einsetzen der Krise 2008.

Heute erscheint es als evident, dass ohne eine staatlich regulierte Rücklenkung der Investitionsmittel aus dem spekulativen in den produktiven Bereich der Wirtschaft, eine dauerhafte Überwindung der Krise nicht zu schaffen sein wird. Dafür spricht auch das Fakt, dass Staaten mit einem höheren industriellen Anteil (z.B. Deutschland) die Krise deutlich besser bewältigt haben als Länder mit nur mehr geringer industrieller Basis. Damit könnte es aber auch zu einer Re-Industrialisierung urbaner Funktionsräume kommen.

Europäische Visionen und ein ehrgeiziges Ziel

Die Notwendigkeit einer Rücklenkung von Investitionen in den produzierenden Sektor wurde auch auf europäischer Ebene gesehen. Die Europäische Kommission

(EK) veröffentlichte am 10. Oktober 2012 die Mitteilung „Neue industrielle Revolution für eine Rückkehr der Industrie nach Europa“.¹ Dabei lies sie sich offensichtlich von Jeremy Rifkins Visionen einer Industrie des 21. Jahrhunderts inspirieren – siehe *Kasten*.

Jeremy Rifkin argumentiert den Bedarf nach einer Neuausrichtung der EU-Industriepolitik folgendermaßen:

„Today, Internet technology and renewable energies are beginning to merge to create a new industrial infrastructure for a Third Industrial Revolution (TIR) that will change the way power is distributed in the 21st century. In the coming era, hundreds of millions of people will produce their own green energy in their homes, offices, and factories and share it with each other in an 'Energy Internet' – a distributed smart grid – just like we now generate and share information online. The establishment of a Third Industrial Revolution industrial infrastructure will create thousands of new businesses and millions of jobs and lay the basis for a sustainable global economy in the 21st century. The democratization of energy will also bring with it a fundamental reordering of human relationships, impacting the very way we conduct business, govern society, educate our children, and engage in civic life.“²

Ausgehend von dem Befund, dass aktuell die Industrie aus Europa abwandert, will die EU dafür sorgen, dass ihre Industrie im 21. Jahrhundert wieder einen Aufschwung nimmt. So sollen nachhaltiges Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze entstehen und die derzeitigen sozialen Herausforderungen gemeistert werden. Sofortmaßnahmen sollen dazu beitragen, den aktuellen Abwärtstrend umzukehren und den Anteil der Industrie am BIP der EU bis 2020 von aktuell 15,6 % auf 20 % anzuheben. Ein ehrgeiziges Ziel!

Daher schlägt die Kommission vorrangige Maßnahmen vor, mit denen die Investitionen in neue Technologien gefördert, das Unternehmensumfeld verbessert und der Zugang zu Märkten und Finanzierungen insbesondere für KMU erleichtert werden soll. Außerdem sollen diese Maßnahmen sicherstellen, dass die Qualifikationen der ArbeitnehmerInnen den Anforderungen der Wirtschaft entsprechen.

Die EK ist der Meinung, dass die Industrie in der EU dafür bestens gerüstet ist: Europa ist in vielen Schlüsselbranchen (z.B. Automobilindustrie, Luft- und Raumfahrt, Maschinenbau, Chemie- und Pharmaindustrie) weltweit führend. Auf die Industrie entfallen immer noch vier Fünftel der Exporte der EU und 80 % der dort getätigten privatwirtschaftlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung. Wenn das Vertrauen wiederhergestellt ist und dann auch wieder mehr investiert wird, kann die EU-Industrie mehr leisten und erneut wachsen. Das ist die Kernaussage der von Kommissionsvizepräsident Antonio Tajani im Oktober 2012 vorgelegten Mitteilung.

Leider werden Städte in dieser Mitteilung – wie üblich – nicht erwähnt, außer unter der prioritären Aktionslinie „V. Saubere Fahrzeuge“. Da heißt es: „Legislative proposals on smart grids, the Trans-European transport network and on alternative fuel infrastructures should facilitate the roll out of recharging/refuelling infrastructures, particularly in cities. Regional and local authorities should also play a role in encouraging market uptake, e.g. through infrastructure development, public procurement, and non-financial incentives such as priority access to city centres.“

Bekanntlich finden angekündigte „Revolutionen“ in der Regel nicht statt. Insofern ist es nicht erstaunlich, dass es nach dieser Mitteilung auf europäischer Ebene still

Städte sollen laut EU-Kommission wieder prosperierende Produktionsstandorte werden – ein ehrgeiziges Ziel!

wurde um das Thema „Rückkehr der Industrie nach Europa“. Ende 2013 schlugen dann auch die harten Visionen am harten Boden der (Lobbying-)Realität auf. In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates wurde das Thema sehr prominent wieder aufgegriffen: In den ersten 22 Erwägungspunkten geht es um die Stärkung der „Tragfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie“.³ Für Städte dürfte dabei nicht allzu viel abfallen.

Städte und Industrie: Erfolgsfaktor strukturierte Kommunikation!

Städte sind in Bezug auf eine Reihe von Faktorkosten – insbesondere Flächenverfügbarkeit und sich daraus ergebender Grundstückspreise – tendenziell eher Hochkostenstandorte. Dem stehen andererseits eine Reihe von Ballungsvorteilen gegenüber, insbesondere in den Bereichen Angebot an (hoch)qualifizierten Arbeitskräften und Nähe zu Forschungseinrichtungen. Städte eignen sich aber auch besonders gut für die Realisierung von Pilot- bzw. Referenzprojekten, die für die mitwirkenden Unternehmen zunehmend zu entscheidenden Wettbewerbsvorteilen werden. „Smart Cities“-Initiativen kommt dabei eine steigende Bedeutung zu.

Deshalb müssen Überlegungen zur Stärkung von Städten als Industriestandorte immer in ein Gesamtkonzept zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit eingebettet sein. Insbesondere die Bereiche regionales Innovationssystem und regionale Qualifizierungsstrategie spielen dabei eine zentrale Funktion⁴.

Dabei sollte man sich aber bewusst sein, dass Städte auf die meisten „harten“ Standortfaktoren, insbesondere Kostenfaktoren, kaum Einfluss haben: Arbeits- und Kapitalkosten sind von Städten nicht zu beeinflussen. Eine vorausschauende



Flächenwidmung kann zwar die Verfügbarkeit von Flächen erhöhen, aber die Preisdifferenziale zum Umland nicht eliminieren. Auch auf die Bereitstellung von Infrastruktur bzw. Verkehrsanbindung sowie „Umfeldbedingungen“, etwa den Marktzugang, haben Städte nur beschränkten Einfluss. In der Praxis zählt eine bestimmte Qualität der harten Standortfaktoren heute bereits zu den Standardanforderungen an Standorte.

Stärkeren Einfluss haben Städte im Bereich der „weichen“ Standortfaktoren: insbesondere im Bereich der Arbeitsbeziehungen zwischen öffentlicher Hand und Wirtschaft, sowie in den Bereichen Investitions- und Beschaffungspolitik (z.B.: Öko-Kauf). Dabei gilt es insbesondere der eingangs erwähnten Tendenz eines Verlusts der lokalen Verbundenheit der Unternehmen entgegenzuwirken, indem Strukturen für einen regelmäßigen Dialog zwischen Städten und Industrie geschaffen werden.⁵ Dabei wäre folgendes zu beachten:

- Die Einrichtung solcher Strukturen sollte auf der Ebene „funktionaler Stadtregionen“ erfolgen. Dies auch wegen der geringen Größe der meisten österreichischen Städte. Für einen solchen Ansatz ist wahrscheinlich nicht nur innerhalb der Städte noch Überzeugungsarbeit erforderlich.
- Die Ausgestaltung der Strukturen sollte sich an den konkreten Bedingungen innerhalb der jeweiligen funktionalen Stadtregion orientieren, an bereits beste-

henden Arbeitsbeziehungen bzw. Verbindungen aufbauen und im Idealfall auf gemeinsam erarbeiteten Grundlagen (z.B.: SWOT-Analysen) fußen. Regelmäßigkeit wäre aber eine „conditio sine qua non“.

- Grundlegend für eine solche Kooperation wäre das Ziel, gemeinsam für die jeweilige Stadtregion zu arbeiten, sowie der Ansatz, dass die Bestandspflege in der Regel wichtiger ist als Neuansiedlungen. Letztere können eher nur in Ausnahmefällen realisiert werden, sind aber dennoch wichtig.

Mit der Schaffung solcher regelmäßiger Kommunikationsstrukturen, die der Beratung, der Vernetzung und der gemeinsamen Schwerpunktsetzung dienen, könnte es gelingen, die lokale Verbundenheit der Unternehmen wieder zu stärken sowie wieder zu einer höheren Planungssicherheit für Städte zu kommen. Beides wichtige Voraussetzungen für den Wiederaufschwung des Industriestandorts Stadt. ■

Fußnoten:

¹ Revolutionen lassen sich aber selbst von der EK nicht verordnen!

² <http://ec.europa.eu/enterprise/initiatives/mission-growth/>

³ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 19./20. 12. 2013, EUCO 217/13

⁴ Entsprechend war die Industrie, wie alle Sozialpartner, in die Erarbeitung aller relevanten Wiener Strategien eingebunden. z.B.: die FTI-Strategie, die Qualifizierungsstrategie sowie die Erarbeitung des aktuellen STEP 2020.

⁵ Wie dieser Dialog genannt wird, erscheint sekundär: International gerade Mode ist die Bezeichnung „Triple Helix“. Diese wird z.B. in Amsterdam aus der Verwaltung, der Industrie und den Universitäten gebildet.

Hier wächst das größte Stadt-
entwicklungsgebiet Europas:
Die Seestadt Aspern.

Wien: Wirtschaft mit Weitblick

Wien ist die zentrale Wirtschaftsdrehscheibe Europas. Jedes Jahr werden hier rund 8.000 Unternehmen neu gegründet, mehr als 100 internationale Betriebe siedeln sich am Standort an. Zudem koordinieren rund 200 internationale Konzerne ihre Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa von Wien aus. Gezielte Wirtschaftsförderung und zukunftsweisende Stadtentwicklungsprojekte schaffen die Rahmenbedingungen für langfristigen wirtschaftlichen Erfolg.

Uschi Kainz, Leiterin Kommunikation, Wirtschaftsagentur Wien

asperm IQ, das smarte Technologiezentrum ist das erste Gebäude in der Seestadt.

Als Weltstadt im Herzen Europas steht Wien für beste Lebensqualität, soziale Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Die Donaumetropole produziert ein Drittel der heimischen Wirtschaftsleistung und ist damit der Wirtschaftsmotor Österreichs. Im globalen Vergleich punktet Wien mit wirtschaftlicher Dynamik, verlässlicher Stabilität und hoher Rechtssicherheit. Eine hohe Produktivität, hochqualifizierte Fachkräfte und das forschungs- und technologiefreundliche Klima machen Wien zu einem Top-Standort für Unternehmen aller Branchen.

„Sowohl heimische als auch internationale Betriebe finden hier eine ideale Ausgangsbasis für ihren wirtschaftlichen Erfolg. Sie investieren in unsere Stadt, schaffen Arbeitsplätze, bringen ihr Know-how in den Markt ein und stärken so die Wirtschaftskraft und das internationale Ansehen Wiens“, so Wirtschaftsstadträtin und Vizebürgermeisterin Renate Brauner.



Kurt Kubell



Wirtschaftsagentur Wien/David Bohmann

Weltkonzern zieht in die Seestadt

Aktuelles Beispiel ist der Technologiekonzern Hoerbiger, der im vergangenen Jahr seinen Firmensitz in die Seestadt Aspern (Bezirk Donaustadt) verlegte. Ab 2016 sollen hier alle 530 in Wien beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Verwaltungs- und Produktionsbereich arbeiten. „Mit dem Umzug nach Aspern setzt Hoerbiger ein deutliches Zeichen für die Standortqualität Wiens und die Attraktivität der Seestadt“, so Brauner. Hoerbiger beschäftigt weltweit 6.700 Menschen und erzielt einen Umsatz von ca. einer Milliarde Euro.

Die Ansiedlung produzierender Betriebe am Standort fördert die Stadt Wien seit dem vergangenen Sommer verstärkt über die „Standortinitiative“ und setzt damit ein sichtbares Zeichen für die Bedeutung der Industrie in der Stadt. Die Förderaktion richtet sich an Betriebe aus dem Produktionsbereich, aber auch an produktionsnahe Dienstleister, die sich neu in Wien ansiedeln, ihren Standort maßgeblich erweitern oder ihren Betriebsstandort

innerhalb Wiens verlegen wollen. Die Stadt Wien arbeitet zudem eng mit der Industriellenvereinigung Wien zusammen, um die Bedingungen für Unternehmensgründungen und die Betreuung international tätiger Konzerne weiter zu optimieren und so den Industriestandort weiter zu stärken.

Zukunftsweisende Stadtentwicklung

Die Seestadt Aspern ist Europas größtes Stadtentwicklungsgebiet und ein Beispiel für die zukunftsweisende Standortpolitik der Stadt Wien. Künftig sollen hier auf einer Fläche von rund 240 Hektar 20.000 Menschen arbeiten und ebenso viele leben.

Bereits seit Herbst 2012 ist mit dem Technologiezentrum aspern IQ der Wirtschaftsagentur Wien das erste Gebäude in der Seestadt in Betrieb. Bei Planung und Errichtung des aspern IQ wurden höchste ökologische Standards umgesetzt. So produziert das Technologiezentrum mehr Energie als es verbraucht. Heizkörper sind

gänzlich überflüssig und auf der Fassade wächst Schilf. Den eingemieteten Unternehmen stehen Büros, Labors sowie Produktionsflächen zur Verfügung.

„Insgesamt haben wir hier 250 Arbeitsplätze in den Bereichen Umwelttechnik und nachhaltige Technologien geschaffen. Damit setzen wir ganz bewusst ein Zeichen für Zukunftsbranchen, die ein großes Wachstumspotenzial in der Stadt haben. Wien nimmt europaweit eine Vorreiterrolle in der intelligenten Stadtentwicklung ein“, so Brauner.

Ein weiteres Beispiel ist der Campus Vienna Biocenter im Stadtentwicklungsgebiet „Neu Marx“ im dritten Wiener Gemeindebezirk. Mit nahezu 1.400 WissenschaftlerInnen, ForscherInnen und Studierenden ist der Campus Vienna Biocenter Österreichs bedeutendster Life-Science-Standort. In Neu Marx entsteht zudem der größte Medienstandort des Landes – das Media Quarter Marx (MQM3). 90 Prozent der Flächen sind bereits vermietet, insgesamt sind derzeit rund 1.000 Menschen im MQM3 beschäftigt.

In den Erfolg investieren

Neben der Entwicklung und Errichtung branchenspezifischer Infrastruktur und Spezialimmobilien unterstützt die Stadt Wien gemeinsam mit der Wirtschaftsagentur Wien die heimische Wirtschaft mit Förderprogrammen, die Innovationen der Wiener Unternehmen vorantreiben sollen: „Wer in einer internationalisierten Wirtschaft dauerhaft Erfolg haben will, muss flexibel und innovativ sein und gezielt investieren. Die Fördermaßnahmen der Wirtschaftsagentur Wien sind darauf ausgelegt, die Innovationskraft der Wiener Betriebe zu stärken und damit langfristig Wachstum und Beschäftigung zu sichern“, erklärt Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien.

Die vielfältigen Förderangebote richten sich vorwiegend an Unternehmensneugründungen sowie Klein- und Mittelbetriebe, die 99 Prozent der Unternehmen in Wien ausmachen und somit das Rückgrat der heimischen Wirtschaft bilden. Spezielle Förderprogramme für Unternehmen aus dem Technologie- und Kreativbereich bieten die Wirtschaftsagentur-Töchter „ZIT - Die Technologieagentur“ und „departure - die Kreativagentur“ an. In den vergangenen drei Jahrzehnten hat die Wirtschaftsagentur Wien heimische Unternehmen mit insgesamt rund 700 Millionen Euro gefördert und damit 22.600 Projekte unterstützt und oft erst ermöglicht. Mit diesen Aktivitäten wurden in Wiener Unternehmen über 100.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen.

Innovativste Stadt Europas

Die Stadt Wien investiert zudem gezielt in Forschungs- und Technologieprojekte



David Bohmann

Mit dem Expat Club besuchen internationale Fach- und Führungskräfte das Wiener Traditionsunternehmen Staud.

und forciert Stärkefelder wie Life Sciences, Informations- und Kommunikationstechnologien, Mobilität, Umwelt und Creative Industries.

Mit seiner vielfältigen Forschungslandschaft von Universitäten über Fachhochschulen bis hin zu außeruniversitären Forschungseinrichtungen bietet Wien ideale Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg. Wie gut die Wiener Wirtschaft Innovation bereits lebt, zeigte kürzlich ein internationales Ranking, das Wien zur innovativsten Stadt Europas kürte.

Wien: wo man Erfolg genießen kann

Und auch die Rahmenbedingungen stimmen perfekt. Bereits zum vierten Mal in Folge wurde Wien vom internationalen Beratungs-Unternehmen Mercer zur der Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität gekürt.

Für international agierende Betriebe sind zudem die zentrale Lage Wiens in Europas Mitte sowie die engen wirtschaftlichen Verbindungen und die Nähe zu den

Wachstumsmärkten in Mittel- und Osteuropa wichtige Kriterien in der Standortentscheidung.

Auch die Sprachenvielfalt in Wien ist ein absolutes Asset für internationale Betriebe und ein wichtiger Faktor für den Erfolg der Wiener Wirtschaft. Mit etwa 130.000 Studierenden ist Wien außerdem der größte Universitätsstadt im deutschsprachigen Raum und Sitz zahlreicher internationaler Organisationen wie der UNO, der OPEC oder der OSZE.

„Soft Facts spielen eine zentrale Rolle in der Standortentscheidung von Unternehmen“, weiß Gerhard Hirczi. Um internationalen Fach- und Führungskräften ihren Start in Wien zu erleichtern, bietet die Stadt mit dem Expat Center der Wirtschaftsagentur Wien ein innovatives Service- und Beratungszentrum an. Bei der internationalen Community stößt dieses Angebot auf große Resonanz. So zählt der gerade einmal ein Jahr alte Expat Club der Wirtschaftsagentur Wien mittlerweile rund 700 Mitglieder – Tendenz stetig steigend! ■



Wien ist im internationalen Vergleich die Stadt mit der höchsten Lebensqualität, nicht zuletzt wegen der vielen Grünflächen.

Wirtschaftsagentur Wien/David Bohmann



Christian Houdek; die grafische, leysergasse



Gut für sämtliche Wirtschaftsbereiche:

Die EVVA war ein ÖkoBusiness-Plan-Betrieb der ersten Stunde (siehe Foto ganz oben).

ÖKOBUSINESSPLAN WIEN

Umweltschutz und wirtschaftlicher Erfolg sind keine Gegensätze. Das Team des ÖkoBusinessPlan steht Interessenten gerne persönlich für Auskünfte zur Verfügung.

Telefon: 01/4000-73573

E-Mail: office@oekobusinessplan.wien.at

Internet: www.oekobusinessplan.wien.at

FÜR DIE UMWELT

Im Rahmen des ÖkoBusinessPlan Wien können Unternehmen ihre Prozesse im Hinblick auf das Energiesparen optimieren. Das hilft nicht nur der Umwelt, es ist auch noch wirtschaftlich lukrativ.

Der ÖkoBusinessPlan Wien ist das Umwelt-Service-Paket der Stadt Wien für Unternehmen. 1998 von der Wiener Umweltschutzabteilung MA 22 ins Leben gerufen, unterstützt der ÖkoBusinessPlan Unternehmen bei der Umsetzung von umweltrelevanten Maßnahmen und trägt dazu bei, die Betriebskosten zu senken. Fast 1.000 Wiener Betriebe haben bereits einmal oder mehrmals am ÖkoBusinessPlan Wien teilgenommen. Allein 2013 beteiligten sich 169 Wiener Betriebe am ÖkoBusinessPlan Wien.

Die gemeinsamen Einsparungen überzeugen, die eingesparten Kilometer beim Transport würden für eine ganze Erdumrundung ausreichen. Mit der nicht verbrauchten Energie lassen sich 27.500 Haushalte ein Jahr lang versorgen, und mit dem eingesparten CO₂ könnten 4.000 Heißluftballons gefüllt werden. Der

ÖkoBusinessPlan Wien leistet so jedes Jahr einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

DER WEG ZUR AUSZEICHNUNG

Es gibt für jede Branche und Unternehmensgröße ein maßgeschneidertes Beratungsprogramm. Zunächst werden im Rahmen des ein-tägigen ÖkoBusiness-Check von UmweltberaterInnen Einsparungspotenziale aufgezeigt. Workshops geben dann einen Überblick über das passende Angebot und praxisnahe Infos. Nach der Auswahl des passenden Programms werden Verbesserungsansätze entwickelt. Übersichtliche Darstellungen ermöglichen ein selbstständiges Monitoring. Und nach einer Überprüfung wird das Unternehmen ausgezeichnet.

www.wien.gv.at/umweltschutz/oekobusiness

Die Eröffnungsbilanz des Bundes

Die moderne Budgetsteuerung wird im Zuge der Haushaltsrechtsreform mit der Eröffnungsbilanz zum Stichtag 1. Jänner 2013 durch ein neues Werkzeug ergänzt, welches erstmals eine transparente Darstellung des Vermögens und der Schulden des Bundes ermöglicht.

Der Nationalrat hat im Dezember 2007 eine umfassende Haushaltsrechtsreform beschlossen, bereits bevor die Europäische Union die Vorgaben für eine erhöhte Haushaltsdisziplin verschärfte. Die Reform schafft einen Rahmen, durch den die Steuergelder wirksamer und effizienter eingesetzt werden. Die Umsetzung erfolgte in zwei Etappen: 1. Jänner 2009 erste Etappe und 1. Jänner 2013 zweite Etappe. Die Schwerpunkte der ersten Etappe bilden die mittelfristige Planung des Bundeshaushaltes durch das Bundesfinanzrahmengesetz (BFRG) sowie eine erhöhte Flexibilität bei der Rücklagengebarung. Die mehrjährige verbindliche Budgetplanung trägt wesentlich zur Planungssicherheit bei. Die Kernelemente der zweiten Etappe stellen die Wirkungsorientierung unter Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, ergebnisorientierte Steuerung von Dienststellen, neue Budgetstruktur sowie ein neues Veranschlagungs- und Rechnungswesen (Doppik) dar. Die rechtliche Umsetzung erfolgte mit dem Bundeshaushaltsgesetz 2013.

Die ganzheitliche Ausrichtung: Vermögenssicht

Eine nachhaltig positive Entwicklung öffentlicher Finanzen erfordert eine möglichst ausgeprägte und vollständige Klarheit über die finanziellen Konsequenzen von Entscheidungen auf politischer und Verwaltungsebene. Aus diesem Grund wird neben der Liquiditäts- und Ressourcensicht auch eine Vermögenssicht benötigt. Als letzten noch ausstehenden Meilenstein der Reform erfüllte der Bund seinen Verfassungsauftrag und erstellte eine Eröffnungsbilanz zum Stichtag 1. Jänner 2013. Damit erfolgte erstmals eine Bewertung des bundeseigenen Vermögens. Erst durch die Vermögensrechnung ist der vollständige und transparente Ausweis des Vermögens und

der Schulden des Bundes möglich. Es wurde das Ziel verfolgt, Vermögen und Fremdmittel des Bundes zur Gänze zu erfassen und dabei einen erheblichen Verwaltungsaufwand möglichst zu vermeiden. Daher wurden pragmatische Regelungen für Bewertungen von Vermögen unter sinnvoller Einbeziehung von Pauschal- und Vergleichsparametern vorgenommen. Bewertungsalternativen waren dann zulässig, wenn nur durch diese eine verlässliche Bewertung erfolgen konnte. Durch diese Vorgehensweise konnten teure externe Gutachten vermieden und verwaltungsinternes Bewertungs-Know-how aufgebaut werden.

Druck von europäischer Ebene

Nachdem sich die Europäische Kommission im März 2013 für die Erforderlichkeit eines harmonisierten öffentlichen Rechnungswesens für alle Verwaltungsebenen eines Landes ausgesprochen hat, findet dieses Vorhaben auch auf österreichischer Ebene Berücksichtigung. So soll basierend auf dem Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-2018 eine Harmonisierung der Rechnungslegungsvorschriften für alle öffentlichen Haushalte erfolgen, sodass es in Zukunft auch zu einer Darstellung der Vermögenssicht der Haushalte der Länder und Gemeinden kommen wird. Das Ziel von harmonisierten Rechnungslegungsvorschriften soll mit einer neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung erreicht und umgesetzt werden. Diese Verordnung ist bis Mitte 2014 vom Bundesministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof zu erlassen. Ihr Inkrafttreten ist bis spätestens Ende 2017 mit Wirkung für das Budget 2018 vorgesehen. Dem geht eine intensive Vorbereitung voraus, wobei Länder und Gemeinden in den Erstellungsprozess eingebunden sind.

In diesem Zusammenhang ist es erfreulich,

dass sich bereits vor Festlegung im Regierungsprogramm ein klarer Trend abgezeichnet hat und einige Bundesländer, als Vorreiter Steiermark, der Reform des Bundes gefolgt sind und für volle Transparenz ihrer finanziellen Verhältnisse sorgen wollen.

Eckzahlen der Eröffnungsbilanz des Bundes

Die Eröffnungsbilanz des Bundes zum Stichtag 1. Jänner 2013 weist folgendes Bild aus: (siehe Tabelle 1 und 2)

Die Aktivseite der Bilanz setzt sich aus dem lang- und kurzfristigen Vermögen zusammen, zeigt die Mittelverwendung. Die Passivseite besteht aus den lang- und kurzfristigen Fremdmitteln und dem Nettovermögen als Ausgleichsposten. Sie legt offen, woher die finanziellen Mittel stammen und gibt einen Überblick über die Verbindlichkeiten sowie über die weiteren zukünftigen (Vorab-)Belastungen in Form der Rückstellungen. Die größten Positionen der Aktivseite bilden das Sachanlagevermögen (Grundstücke, Gebäude, Kulturgüter) sowie die Beteiligungen des Bundes.

Passivseitig hingegen stellen die bestehenden Finanzschulden den weitaus höchsten Buchwert dar. Unter den Bereich Finanzschulden fallen alle Geldverbindlichkeiten des Bundes, die zu dem Zwecke eingegangen werden, dem Bund die Verfügungsmacht über Geld zu verschaffen sowie Währungstauschverträge. Diese werden zur Steuerung des Schuldenportfolios des Bundes abgeschlossen und dienen zur Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken, d.h. es sind Sicherungsgeschäften des Bundes. Die Verrechnung von Sicherungsgeschäften erfolgt immer zusammen mit dem jeweiligen Grundgeschäft.

Die Bilanzposition Nettovermögen ergibt sich aus der Differenz der aktivierten Vermögenswerte abzüglich der Summe der passivierten Fremdmittel. Das negative

AKTIVA in Euro	
A Langfristiges Vermögen	76.102.292.902,39
A.I Immaterielle Vermögenswerte	368.174.458,36
A.II Sachanlagen	39.588.678.261,93
A.III Wertpapiere und sonstige Kapitalanlagen	3.824.000.000,00
A.IV Beteiligungen	25.189.128.452,17
A.V Langfristige Forderungen	7.132.311.729,91
B Kurzfristiges Vermögen	13.406.897.790,94
B.I Kurzfristiges Finanzvermögen	0,00
B.II Kurzfristige Forderungen	8.499.492.321,12
B.III Vorräte	698.836.276,74
B.IV Liquide Mittel	4.208.568.191,88
BILANZSUMME	89.509.190.693,33

PASSIVA in Euro	
C Nettovermögen (Ausgleichsposten)	-133.873.299.331,09
D Langfristige Fremdmittel	187.219.596.890,75
D.I Langfristige Finanzschulden, netto	169.702.071.674,72
D.II Langfristige Verbindlichkeiten	14.004.885.522,87
D.III Langfristige Rückstellungen	3.512.720.293,16
E Kurzfristige Fremdmittel	36.162.893.133,67
E.I Kurzfristige Finanzierungen, netto	19.846.526.576,95
E.II Kurzfristige Verbindlichkeiten	15.931.758.970,13
E.III Kurzfristige Rückstellungen	382.606.584,59
BILANZSUMME	89.509.190.693,33

Nettovermögen zeigt unverkennbar, dass die Verbindlichkeiten des Bundes deutlich höher liegen als sein Vermögen. Bei der Aussagekraft dieser Position ist festzuhalten, dass primär nicht die Höhe relevant ist, sondern vielmehr die Veränderungen im Zeitablauf.

Konsolidierungspfad muss weiter eingehalten werden

Auch wenn der Bund die Möglichkeit hat, durch künftige Maßnahmen das vorhandene deutlich negative Nettovermögen Schritt für Schritt zu verbessern, so zeigt die derzeitige Situation doch, dass im Bemühen um nachhaltige öffentliche Finanzen nicht nachgelassen werden darf. Das Ziel muss weiter sein, rasch einen ausgegli-

chenen Haushalt herbeizuführen und über einen soliden öffentlichen Haushalt verfügen zu können.

International Vorreiter

Die Republik Österreich orientiert sich bei der Haushaltsrechtsreform an den „International Public Sector Accounting Standards“ (IPSAS), welche fundierte, bereits international etablierte Standards darstellen.

Weltweite Anfragen zeigen, dass die Fachwelt die österreichische Reform mit größtem Interesse verfolgt und diese zu einem viel beachteten Beispiel moderner Budgetsteuerung (best-practice) geworden ist. Für die europäischen Mitgliedstaaten ist die Einführung Europäischer Rechnungsführungsnormen (EPSAS) für den öffentlichen

Sektor in Planung. Dadurch soll ein einheitliches harmonisiertes europäisches Rechnungswesen auf allen Gebietskörperschaftsebenen etabliert werden. Die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung der EPSAS sollen, nach aktuellen Fahrplänen, im Zeitraum von 2015 bis 2020 verabschiedet werden.

Weiterführende Informationen

Die Eröffnungsbilanz des Bundes im Detail samt Geschäftsbericht sowie die Kurz- und Langfassungen der Bilanzen jeder Untergliederung (sachlich zusammengehörende Einheiten des Bundeshaushaltes) finden sich auf der Website des Bundesministeriums für Finanzen (Budget/Haushaltsrechtsreform).

Jetzt Abo bestellen!

- Finanzen • Gesellschaft • Kultur
- Umwelt • Europa • Politik • Sport
- Sicherheit • Mobilität • Bildung

Wir verbinden Städte

Der Österreichische Städtebund verbindet rund 250 Städte und Gemeinden. Er gibt 10 Mal jährlich die Österreichische Gemeindezeitung (ÖGZ) heraus. Schwerpunkte sind aktuelle kommunalpolitische Themen. Das Einzelheft kostet 4,50 Euro, das Jahresabo 42 Euro.

Abo-Anfragen an Frau Angelika Stola, Bohmann-Verlag, 1110 Wien, Leberstraße 122, Tel.: (01) 740 32/462, E-Mail: a.stola@bohmann.at

www.staedtebund.gv.at



Österreichs Industrie in der Kostenfalle

Zu den zentralen Lehren der Krise zählt, dass der Realwirtschaft eine besondere Bedeutung zukommt: Die Industrie und die mit ihr verbundenen Sektoren sind die tragenden Säulen für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes und Motor für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Dr. Clemens Wallner, Wirtschaftspolitischer Koordinator der Industriellenvereinigung

Staaten wie Österreich oder Deutschland, die über eine starke industrielle Basis verfügen, konnten die Krise besser bewältigen als andere Länder. Um Wachstum und Beschäftigung zu sichern und auszubauen, sind Maßnahmen erforderlich, die Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im globalen Wettbewerb unterstützen.

Bedeutung der Industriequote

Das griechische Beispiel zeigt besonders deutlich, dass die industrielle Basis einer Volkswirtschaft das Fundament einer positiven Leistungsbilanz ist. Durchwegs alle europäischen Problemländer haben eine geringe Industriequote. In Griechenland liegt der Anteil der Industrie an der gesamten nationalen Wertschöpfung bei nur

9,7 Prozent (2012). In Frankreich ist die Industriequote seit 1980 sogar von über 20 Prozent auf nur mehr 10 Prozent (2012) geschrumpft. Würden die Leistungsbilanzdefizit-Länder wie Griechenland oder Frankreich ihre Industriequote auf ein deutsches oder österreichisches Niveau verdoppeln, wären die Ungleichgewichte und die Leistungsbilanzdefizite in der Eurozone langfristig kein Thema mehr und Europa als Gesamtbinnenmarkt deutlich wettbewerbsfähiger.

In Österreich beschäftigt der servointerindustrielle Sektor (produzierender Sektor, industrienähe Dienstleistungen und produktionsorientierte Teile des Dienstleistungssektors) mit fast 1,9 Mio. Menschen rund 43 Prozent der österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, erwirtschaftet rund 59 Prozent des Produktionswertes der österreichischen Volkswirtschaft sowie 47 Prozent der heimischen Wertschöpfung und exportiert jährlich Waren im Wert von über 15.000 Euro pro EinwohnerIn. Berechnet man die indirekten Effekte hinzu, so generiert die Industrie 59 Prozent heimische Wertschöpfung und sichert über 2,4 Millionen Arbeitsplätze.

Als kleine offene Volkswirtschaft sind wir mit einer Exportquote von 59% des BIP auf die Exporte und damit auf die Industrie angewiesen. Die österreichische Industrie (Sachgütererzeugung) hat heute eine Export-Intensität von 58%. Mehr als die Hälfte des Umsatzes wird also exportiert. In einigen Branchen wie bei der Metall- oder Elektrobranche sind es sogar 67 bis 74%, beim Maschinenbau und der Papierindustrie 74-80%, bei der EDV- und



Shutterstock

Pharmaindustrie 81-85% und bei der KFZ-Zulieferbranche sogar über 90%. Österreich beheimatet gezählte 128 „Hidden Champions“ – also Weltmarktführer in den Bereichen Marktanteil, Technologie und Qualität. 93% dieser österreichischen „Hidden Champions“ kommen aus der Industriebranche.

Bedeutung der exportierenden Unternehmen

Der Export und die internationale Arbeitsteilung ist ein Fundament dafür, dass die Wirtschaft gut läuft: Exportierende Unternehmen in Österreich weisen eine um 66% höhere Arbeitsproduktivität, um 23% höhere Löhne und eine sogar um 72% höhere Investitionsintensität als nicht-exportierende Unternehmen auf. Das ist eine gewaltige „Exportprämie“, die nicht nur den Unternehmen, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugutekommt. Generell zahlt die Industrie im Durchschnitt um acht Prozent höhere Löhne als der Dienstleistungssektor.

Ein Blick auf die Teuerung der vergangenen Jahre zeigt außerdem, dass in jenen Sektoren, die dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt waren, die Preise am stärksten gesunken sind, und jene Produkte und Leistungen am teuersten wurden, die nicht dem Wettbewerb ausgesetzt sind, also z.B. öffentliche Dienstleistungen. Das bedeutet, dass industrielle Arbeitsteilung, Exporte und internationaler Wettbewerb einen großen Anteil an der gestiegenen Kaufkraft der privaten Haushalte in Österreich haben.

Diese „Ode an die Industrie“ darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die politischen Rahmenbedingungen für eine preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Europa und in Österreich nicht verbessern. Im Gegensatz zu den USA, wo Präsident Obama in seiner Rede „Zur Lage der Nation“ klarmachte, dass die Wiederherstellung der industriellen Basis auf der Top-Prioritätenliste seiner zweiten Amtszeit steht („Our first priority is making America a magnet for new jobs and manufacturing“), zögert Europa noch mit einem klaren Bekenntnis zur Wettbewerbsfähigkeit. Neben den steigenden Energiepreisen sind hier vor allem die

Lohnkosten und die Abgabenlast die größten Hürden für eine Re-Industrialisierung Europas.

Die Arbeitskosten in der Sachgütererzeugung inkl. Steuern und Abgaben in den USA entkoppeln sich seit dem Jahr 2000 beträchtlich von jenen der europäischen Industrie. Dabei wirken sich vor allem die Arbeitszusatzkosten der Arbeitgeber stark auf das Gefälle aus. Die Arbeitszusatzkostenquote in der Sachgütererzeugung (Arbeitszusatzkosten in Prozent des Direktentgelts) beträgt in den USA rund 51%, in Westdeutschland 76%, in Österreich 92% und in Frankreich 99% des Direktentgelts.



Dr. Clemens Wallner, Wirtschaftspolitischer Koordinator der Industriellenvereinigung

Lohnkostenproblematik

Diese Dynamik, gepaart mit einer überdurchschnittlichen Produktivitätsentwicklung, hat die Lohnstückkosten der Sachgütererzeugung in den USA seit 2000 mit über minus 7,7% jährlich vor der Krise und minus 0,8% seit 2008 deutlich rascher sinken lassen, als jene der Durchschnitt der Industriestaaten (minus 2,3% in den Jahren 2000 bis 2007 und plus 1,5% seit 2008). Dabei geben in Österreich vor allem die jüngsten Entwicklungen Anlass zur Sorge. Bis zum Jahr 2008 nahmen die Lohnstückkosten in Österreich absolut gesehen zwar zu, doch blieb der Anstieg hinter der durchschnittlichen Lohnstückkostendynamik der Handelspartner etwas zurück, sodass hier ein preislicher Wettbewerbsvorteil erarbeitet wurde. Seit dem Jahr 2009 hat sich das Bild drastisch gewandelt: Der seit dem Jahr 2002 in

Österreich durch hohe Produktivitätsfortschritte erarbeitete Lohnstückkostenvorteil wurde bereits 2012 wieder eingebüßt. Dies wird sich in den kommenden Jahren zu Lasten der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs auswirken. Man darf auch nicht vergessen, dass aufgrund der hohen Abgabenlast in Österreich über 60 Cent jedes Euros an Lohnerhöhungen eines/einer durchschnittlichen Industriearbeiters/in nicht in der Geldbörse des/der Arbeiters/in, sondern in der Staatskasse landen. Die Lohnrunde vom vergangenen Herbst in der Metallindustrie von 2,85% hat etwa pro durchschnittlichem/r Arbeitnehmer/in zusätzliche jährliche Arbeitskosten eines/einer Durchschnittsverdieners/in von 1.593 Euro verursacht. Von diesen Mehrkosten landen 966 Euro in Form von Steuern und Abgaben beim Staat und gerade einmal 627 Euro verbleiben netto bei Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin. Das sind hausgemachte politische Kosten, die sich mit den weniger beeinflussbaren weiteren Belastungen wie den Rohstoff- und Energiepreisen zu einer immer schwierigeren Kostensituation der Industrie kumulieren.

Eines ist klar: Die Industrie kommt auch aufgrund steigender Energie- und Rohstoffpreise sowie einer widersprüchlichen Energie- und Klimapolitik (wie etwa die geplante staatliche Einflussnahme im Emissionshandel) zunehmend unter Druck – vor allem, weil andere globale Mitbewerber über deutliche Wettbewerbsvorteile verfügen. Umso wichtiger wird daher in Zukunft sein, dass sich Lohnstückkosten in einem wettbewerbsfähigen Rahmen entwickeln. Nominallohnzuwächse und Steuerprogressionen wie in den vergangenen Jahren wird sich Österreich in den kommenden Jahren nur leisten können, wenn wieder deutlich höhere Produktivitätsfortschritte erzielt werden. Ansonsten preist sich Österreich aus dem internationalen Markt. Um solche Fortschritte zu erzielen, braucht es einerseits eine konsequente Entlastung der Unternehmen von politischen Kosten und administrativen Bürden sowie andererseits eine längst überfällige Umschichtung von konsumtiven zu investiven Mittelverwendungen (für Infrastruktur, Bildung, Forschung & Entwicklung) im Staatshaushalt. ■



Europäisches Semester

Im Gastbeitrag für die Österreichische Gemeindezeitung (ÖGZ) erläutert Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Österreich, Reformmaßnahmen der Europäischen Union und ihre Bedeutung für die österreichischen Gemeinden.

„*Richard Kühnel: Es sollen zukunftssträchtige und intelligente Investitionen in Bildung und Infrastruktur getätigt werden.*“

Richard Kühnel



Mag. Richard Kühnel, Jahrgang 1969, ist Jurist und war zehn Jahre lang im österreichischen diplomatischen Dienst tätig. Ab November 2004 arbeitete Richard Kühnel im Kabinett der EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Dr. Benita Ferrero-Waldner. Seit 1. September 2008 ist er Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist 2008 aus Übersee nach Europa gekommen, aber sie hat bei uns leider einen fruchtbaren Boden gefunden. Viele Länder der EU waren durch eine zu hohe öffentliche Schuldenlast, nachlassende Wettbewerbsfähigkeit und einen zu risiko-exponierten Finanzsektor charakterisiert. Die EU hat auf die sukzessiven Wellen der Krise – Vertrauensverlust am Bankensektor, Rezession in der Realwirtschaft, Zinsexplosion bei Staatsanleihen schwächelnder Mitgliedstaaten, steigende Arbeitslosigkeit, etc. – mit einer Reihe von Maßnahmen reagiert, die dank stärkerer wirtschaftspolitischer Koordinierung und verbesserter Budgetkontrolle zur Konsolidierung und zu neuem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa führen sollen.

Europäisches Semester: Steuerungsinstrument der EU

Im Mittelpunkt steht das „Europäische Semester“: Es ist das Steuerungsinstrument, welches Budgetkonsolidierung und Struktur-reformen miteinander verbindet. Dies geschieht durch eine länderspezifische Betrachtung der Wirtschaftspolitik und des damit zusammenhängenden Reformpotenzials. Dabei hat jedes Land andere Herausforderungen zu bewältigen. In Österreich gibt es vor allem im Pensions-, Gesundheits- und Bildungssystem Reformbedarf. Die Beschäftigung für Frauen, ältere ArbeitnehmerInnen und MigrantInnen sollte gesteigert werden. Neben der notwendigen Budgetkonsolidierung sollten die verstaatlichten und teilweise verstaatlichten Banken eng überwacht und deren Umstrukturierung beschleunigt werden. Konsolidierung heißt aber nicht uneingeschränkte „Austerität“. Vielmehr sollen zukunftssträchtige und intelligente Investitionen etwa in Bildung und Infrastruktur getätigt werden. Die richtige Balance zwischen dem Mögli-

chen und dem Notwendigen zu finden, ist Aufgabe jeder Regierung. Als Europäische Kommission beraten wir dabei frühzeitig die Regierungen. Wir überprüfen Vorhaben auf ihre Glaubwürdigkeit, Zielrichtung und Auswirkungen auf den gesamteuropäischen Prozess.

Das hat natürlich auch Bedeutung für Österreichs Gemeinden und für die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert werden. Im Gesundheitswesen sollten die jüngsten Reformen effektiv umgesetzt werden, um zu gewährleisten, dass Effizienzvorteile eintreten. Darüber hinaus soll ein finanziell tragfähiges Modell für die Bereitstellung von Langzeitpflegediensten entwickelt und Prävention, Rehabilitation und eigenständige Lebensführung stärker in den Mittelpunkt gestellt werden.

Zudem sind neue Maßnahmen zu ergreifen, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu verbessern, indem insbesondere das Kinderbetreuungsangebot verbessert wird. Im Bildungsbereich empfiehlt die Europäische Kommission, dass Bildungsergebnisse von benachteiligten jungen Menschen verbessert



Europawahl

25. 5. 2014: An diesem Tag finden die nächsten Europawahlen statt. Österreich entsendet 18 der 751 EU-ParlamentarierInnen. Diese bringen die österreichische Sicht in das Europaparlament ein. Also unbedingt an der Europawahl teilnehmen! Alle Informationen über die kommenden Europawahlen finden Sie auf www.europarl.eu.



werden. Dies kann unter anderem durch die Verbesserung der frühkindlichen Bildung und die Abmilderung der negativen Konsequenzen früher Leistungsdifferenzierung erreicht werden. Es wird sich zeigen, wie ernst es den einzelnen Mitgliedsländern bei der Umsetzung von Reformen ist. Beispiele wie Irland oder Spanien haben aber gezeigt, dass die Anstrengungen tatsächlich zu einer wirtschaftlichen Erholung führen. Aber für einen nachhaltigen Aufschwung ist es von zentraler Bedeutung, dass alle Länder ihre Hausaufgaben machen. Europa braucht einen gemeinsamen Kraftakt, um weiterhin im globalen Umfeld eine führende Rolle zu spielen.

Das Europäische Semester im Detail

Alle EU-Länder haben sich zur Verwirklichung der Kernziele von „Europa 2020“ verpflichtet (mehr Beschäftigung, mehr For-

schung und Entwicklung, Kampf gegen den Klimawandel, bessere Bildung, Armutsbekämpfung) und diese in nationale Ziele umgesetzt. Die gewünschten Wachstumseffekte können sich aber nur einstellen, wenn die Anstrengungen der EU-Länder koordiniert und gebündelt werden.

Aus diesem Grund hat die EU-Kommission einen jährlichen Zyklus für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik eingerichtet: das „Europäische Semester“. Jedes Jahr nimmt die Kommission eine eingehende Analyse der Wirtschafts- und Strukturreformprogramme der EU-Länder vor und gibt ihnen dann Empfehlungen für die nächsten 12 bis 18 Monate. Um sicherzustellen, dass die nötigen Maßnahmen von einer breiten Mehrheit mitgetragen werden, wird bei ihrer Durchführung die enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und anderen beratenden Einrichtungen der EU angestrebt.

Die Vertretung der EU-Kommission in Österreich ist Ihr Ansprechpartner für aktuelle Informationen bei EU-Themen.

Haus der Europäischen Union:
Wipplingerstraße 35,
A-1010 Wien
Tel.: (+43 1) 516 18-0
E-Mail: comm-rep-vie@ec.europa.eu



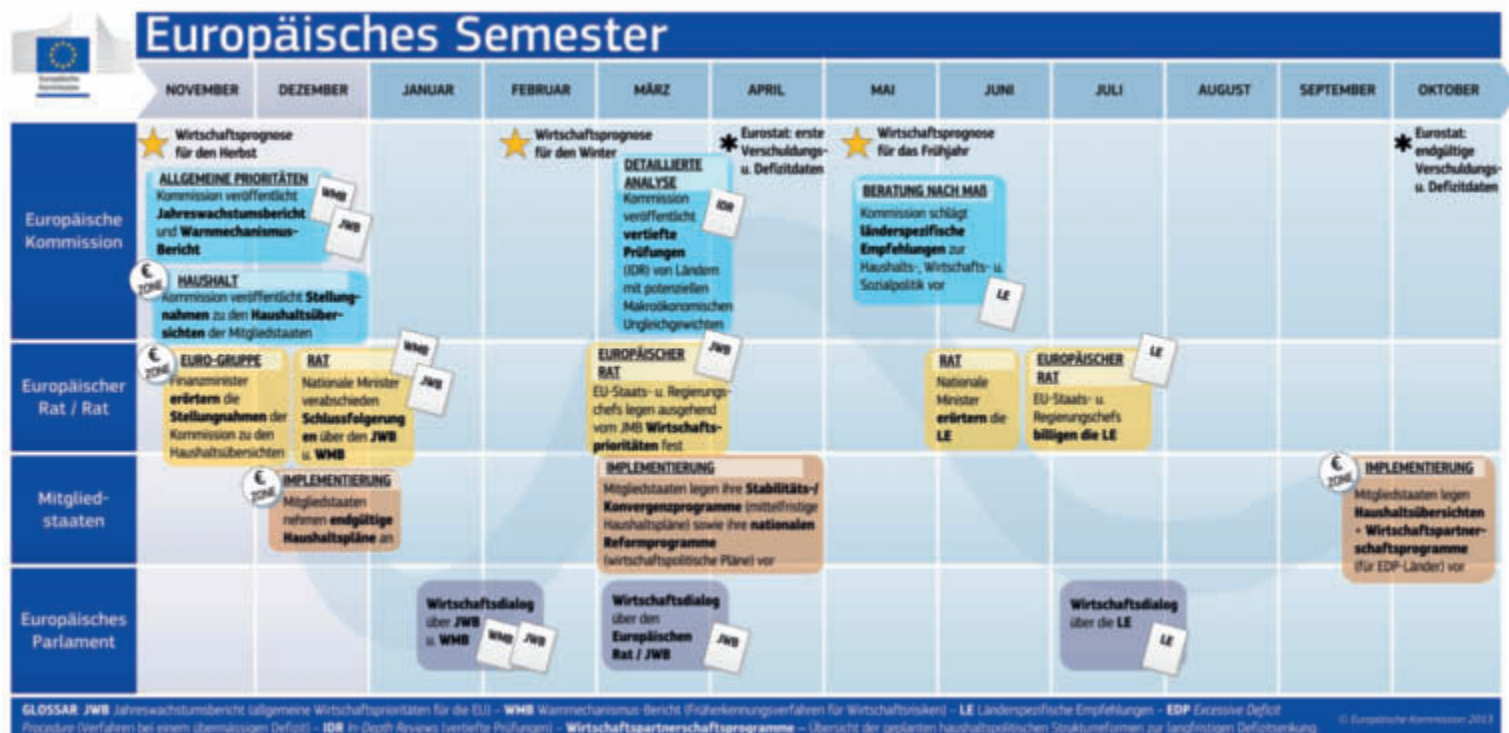
facebook.com/ekoesterreich



twitter.com/EUKommWien



ec.europa.eu/austria/index_de.htm





Europas Industrie stärken

Im Interview für die Österreichische Gemeinde-Zeitung (ÖGZ) nimmt der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Antonio Tajani, zur wirtschaftlichen Situation in der EU Stellung. Aus seiner Sicht muss das unternehmerische Potenzial in Europa stärker freigesetzt werden, um mehr Wachstum in Europa zu schaffen.

Antonio Tajani



Antonio Tajani wurde am 4. August 1953 in Rom in Italien geboren. Er ist Jurist und arbeitete unter anderem als Journalist, Korrespondent und Chefredakteur. Darüber hinaus war er Offizier bei den italienischen Luftstreitkräften. Seit Februar 2010 ist er Vizepräsident der EU-Kommission und Kommissar für Industrie und Unternehmertum.

Welche Probleme und Chancen hält die Zukunft für die europäische Industrie bereit?

Antonio Tajani: Wir kennen unsere Schwachstellen, und wir arbeiten daran. Wir müssen für eine stärkere Binnennachfrage, für mehr Innovation und Investitionen sowie für ein insgesamt besseres Unternehmensumfeld sorgen. Unternehmen in der EU zahlen höhere Energiepreise als unsere führenden Wettbewerber. Auch wenn Europa nach wie vor ausländische Direktinvestitionen anzieht, ist unser Anteil weltweit in den letzten Jahren geschrumpft. In der Automobil- und Luftfahrtindustrie, im Maschinenbau, bei Arzneimitteln oder Chemikalien ist die europäische Industrie nach wie vor weltweit führend. Wir sind Vorreiter in puncto Nachhaltigkeit. Unsere Industrie erwirtschaftet große Handelsbilanzüberschüsse. Darauf müssen wir ebenso aufbauen wie auf unserer traditionellen Innovation und Kreativität.

Bei Ihrem letzten Besuch in Österreich warben Sie für eine Re-Industrialisierung Europas.

Warum braucht Europa eine neue industrielle Revolution? Und wie soll sie aussehen?

Antonio Tajani: Die Verflechtung der Industrie mit den übrigen Zweigen unserer Wirtschaft geht weit über das verarbeitende Gewerbe hinaus. Die wirtschaftliche Bedeutung von Industriebetrieben ist wesentlich höher, als der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am BIP vermuten lässt. Auf die Industrie entfallen über 80 Prozent der europäischen Ausfuhren und 80 Prozent der privaten Forschung und Innovation. Fast jeder vierte privatwirtschaftliche Arbeitsplatz ist in der Industrie angesiedelt und oftmals hochqualifiziert. Stark industrialisierte Länder halten der Krise besser stand. Wir müssen langfristig die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehören die

Rückbesinnung auf klassisch europäische Stärken, wie Innovation, eine straffere Organisation und moderne Strukturen. Wo genau unsere Stärken in der Zukunft liegen, wird sich zeigen, aber Nachhaltigkeit ist eine eindeutige Priorität.

Welchen Beitrag kann Österreichs Industrie hier leisten?

Antonio Tajani: Im EU-Vergleich verfügt Österreich über einen überdurchschnittlich großen Industriesektor, der sich als krisenfest erwiesen hat, begünstigt durch hohe Produktivität, ein Spektrum an innovativen Sektoren sowie die enge Verflechtung der Wirtschaft mit den Nachbarländern. Da ein relativ großer Industriesektor mit höherem Wachstum korreliert, muss Österreich diese Stärken ausbauen. Gleichzeitig sollten Defizite in anderen Bereichen verringert werden. Hierzu braucht es bessere Rahmenbedingungen für Innovationen, die Bereitstellung von Krediten (einschließlich Wagniskapital), mehr qualifiziertes Personal und weniger Bürokratie.

Stichwort Unternehmer: Wie fördert Europa Unternehmensgründungen, vor allem in ländlichen Regionen, wo es Abwanderungstendenzen gibt?

Antonio Tajani: Wenn wir Europa aus der Krise führen wollen, müssen wir die unternehmerische Initiative fördern. Nur 37 Prozent der europäischen Bürger und Bürgerinnen ziehen selbständige Tätigkeiten einem Angestelltenverhältnis vor; das ist viel weniger als in den USA (51 Prozent) oder China (56 Prozent). Die Europäische Kommission hat daher Anfang letzten Jahres den „Aktionsplan Unternehmertum 2020“ ins Leben gerufen, der den Unternehmergeist in Europa neu entfachen soll und drei Aktionsbereiche umfasst: erstens



Förderung der Erziehung zum unternehmerischen Denken und Handeln; zweitens Schaffung eines Umfelds, in dem Unternehmen wachsen und gedeihen können; und drittens Motivation und Förderung von unterrepräsentierten Gruppen – z.B. junge Menschen, Frauen, MigrantInnen und SeniorInnen – für eine unternehmerische Karriere. Die Kommission will die Gründungsformalitäten für neue Unternehmen vereinfachen. JungunternehmerInnen können sich im Rahmen des Erasmus-Programms mit erfahrenen UnternehmerInnen aus anderen EU-Ländern austauschen und so wertvolles Wissen und neue Fertigkeiten erwerben.

In ländlichen Regionen bieten die Mittel des Europäischen Struktur- und Investmentfonds beste Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmungsgründungen. Österreich kann in den nächsten sieben Jahren rund 980 Mio. Euro aus diesem Fonds abrufen. Der Großteil

dieser Mittel ist für die Gründung von Unternehmen und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittelständischen Unternehmen vorgesehen.

Wo liegen in Zukunft die Förderschwerpunkte für Unternehmen?

Antonio Tajani: COSME erleichtert KMU den Zugang zu Finanzmitteln. In Ergänzung zu Finanzprogrammen auf nationaler Ebene stehen fast 1,4 Mrd. Euro des COSME-Budgets für Kredite und Risikokapital zur Verfügung. Unser EU-Finanzportal bietet Unternehmen einen einfachen und direkten Zugang zu EU-Finanzmitteln. Bis 2020 dürften 220.000 bis 330.000 Unternehmen Kredite über COSME-Garantien erhalten.

“ **Antonio Tajani:**
*Mehr Unternehmen bedeuten
zusätzliche Arbeitsplätze,
mehr Innovation und höhere
Wettbewerbsfähigkeit.* ”

COSME im Überblick

COSME ist das neue Förderprogramm der EU für den Zeitraum 2014-2020 zur Unterstützung von Unternehmen mit folgenden Hauptzielen:

Zugang der KMU zu Finanzmitteln

Beinahe 1,4 Mrd. Euro aus dem COSME-Haushalt sind für Kredite und Risikokapital als Ergänzung der Finanzierungsprogramme auf nationaler Ebene vorgesehen:

- Eine Kredit-Fazilität bietet den KMU direkte Bürgschaften oder sonstige Risikoverteilungsvereinbarungen mit den Finanzmittlern, z. B. Banken, zur Abdeckung von Krediten bis zu 150.000 Euro.
- Die Eigenkapital-Fazilität ist für Investitionen in der Wachstumsphase gedacht.

Marktzugang, innerhalb der Union und auf globaler Ebene

Das Programmpaket Marktzugang umfasst konkrete Unterstützungsdienste für Unternehmen, insbesondere im Rahmen des Enterprise Europe Network. Schwerpunkte dieser Maßnahmen bilden die Internationalisierung der KMU, die Erleichterung von Unternehmensausweitung und von grenzüberschreitenden Partnerschaften. IPR-Helpdesks stehen zudem in Europa, China sowie in den Regionen des ASEAN und des Mercosur zur Verfügung.

Rahmenbedingungen für Unternehmen

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen soll durch folgende Maßnahmen erzielt werden: Förderung der Umsetzung einer gemeinsamen KMU-Politik in der EU, Verringerung des Verwaltungsaufwands sowie Maßnahmen zur Förderung des Unternehmergeistes – insbesondere unter NeuunternehmerInnen, Jugendlichen und Frauen – sowie das Austauschprogramm Erasmus für UnternehmerInnen.



ec.europa.eu/enterprise/initiatives/cosme/index_en.htm



www.enterpriseeuropenetwork.at



www.erasmus-entrepreneurs.eu



FÜR BERUF UND WEITERBILDUNG:

Das waff-Beratungszentrum

Gute Ausbildung ist definitiv ein entscheidender Faktor, um den wachsenden Anforderungen am Arbeitsmarkt gerecht zu werden. Vielmehr noch: ArbeitnehmerInnen müssen ihr ganzes Berufsleben lang ihre Kompetenzen weiterentwickeln.

Wien hat dafür mit dem Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung des „Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds“ (waff) eine österreichweit einzigartige Einrichtung zur Verfügung. Im Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung unterstützt der waff beschäftigte WienerInnen und neu zugewanderte Personen mit Information, Beratung und Förderung, damit sie auf einem immer dynamischer werdenden Arbeitsmarkt bestehen können.

Der erster Schritt: mit der richtigen Information zum richtigen Angebot

Wenn es um die berufliche Entwicklung, um Aus- und Weiterbildung geht, ist ein umfassendes Informationsangebot die wichtigste Orientierungsgrundlage. Mit dem Wiener Infotelefon für Beruf und Weiterbildung (0800 86 86 86) und der Kümmer-Nummer für Lehre und Beruf (0800 20 20 22) stellt das waff-Beratungszentrum genau das zur Verfügung.

Die ExpertInnen des Infotelefons helfen, sich in der breiten Angebotspalette rund um Beruf und Weiterbildung zu orientieren und die richtige Stelle zu finden. Sie wissen, wo kompetent geholfen wird und welche Beratungseinrichtung die richtige ist – egal, ob man/frau eine Weiterbildung plant, sich Sorgen um den Job macht, den Job wechseln oder wieder einsteigen will.

Die Kümmer-Nummer für Beruf und Lehre hingegen ist ein flankierendes Kommunikations- und Informationsangebot für Jugendliche, Eltern und Angehörige im Rahmen der Wiener Ausbildungs-garantie. Die Wiener Ausbildungsgarantie umfasst alles, was dazu beiträgt, dass Ju-

gendliche eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung absolvieren.

Mit Beratung, Begleitung und finanzieller Unterstützung im Beruf weiterkommen

Herzstück des waff-Beratungszentrums für Beruf und Weiterbildung ist die kostenlose Beratung durch erfahrene ExpertInnen und die finanzielle Unterstützung bei berufsbezogener Aus- und Weiterbildung. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Personen gelegt, die es am Arbeitsmarkt schwerer haben als andere. Darunter fallen insbesondere gering qualifizierte WienerInnen, MigrantInnen, Frauen, WiedereinsteigerInnen und ältere ArbeitnehmerInnen. Die kostenlose Beratung ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig. Denn die erfahrenen BeraterInnen gehen individuell auf die jeweilige Situation der KundInnen ein und erarbeiten gemeinsam mit ihnen Wege, wie sie ihre Chancen im Beruf besser nutzen können. Sie begleiten sie auch während der gesamten Weiterbildung.

Die KundInnen nehmen daher in der Regel auch durchschnittlich mehrere Beratungsgespräche in Anspruch. Wie qualitativ dieses Dienstleistungsangebot ist, spiegelt sich auch in der KundInnenzufriedenheit wider, die der waff alle zwei Jahre erheben lässt. Ergebnis der jüngsten Erhebung: Die Leistungen des waff für berufstätige WienerInnen wurden nach Schulnotensystem mit einem Schnitt von 1,83 bewertet. Dreiviertel der KundInnen vergaben die Noten „1“ und „2“. Pro Jahr werden im Beratungszentrum rund 7.400 Personen von 31 BeraterInnen in einem oder mehreren Gesprächen beraten.

Das Nachholen von Bildungsabschlüssen ermöglichen, um Jobchancen zu verbessern

Fakt ist: Die Beschäftigung in Wien wächst zwar, allerdings in Berufsfeldern, die gute Qualifikationen voraussetzen. Gleichzeitig steigt aber auch die Arbeitslosigkeit. Gerade Menschen mit mangelnder Ausbildung bekommen das besonders zu spüren: Die Hälfte der arbeitslosen Wienerinnen und Wiener hat höchsten einen Pflichtschulabschluss. Deswegen hat die Wiener Wirtschaftsstadträtin und Vizebürgermeisterin Renate Brauner mit dem Qualifikationsplan „Wien 2020“ eine große neue Offensive initiiert. Das Ziel: In gemeinsamer Anstrengung aller relevanten bildungs- und arbeitsmarktpolitischen VerantwortungsträgerInnen soll der Anteil von Personen mit maximal Pflichtschulabschluss bis 2020 deutlich reduziert werden. Konkret heißt das: noch mehr Jugendliche zu einer fundierten Berufsausbildung zu bringen. Erwachsene sollen gezielt beim Nachholen von wichtigen Bildungsabschlüssen – allen voran ein Lehrabschluss – unterstützt werden. In diesem Kontext spielen präventive Maßnahmen, wie sie das waff-Beratungszentrum für berufstätige WienerInnen anbietet, eine zentrale Rolle. So gibt es für beschäftigte WienerInnen, die keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss haben, für das Nachholen von formalen Bildungsabschlüssen (z.B. Lehrabschluss) im Rahmen der Förderschiene „Weiterbildungstausender“ bis zu 3.000 Euro Förderung.

Im Rahmen dieser Förderschiene werden außerdem Beschäftigte, die die Berufsreifeprüfung oder die Externistenmatura

machen, berücksichtigt bzw. können im Ausland erworbene Abschlüsse nostrifiziert werden. Darüber hinaus können auch Beschäftigte mit geringem Einkommen den „WeiterbildungsTausender“ in Anspruch nehmen.

Die Basisförderung ist das sogenannte Bildungskonto. Unabhängig vom Qualifikationsniveau können Beschäftigte für ihre Weiterbildung mit bis zu 200 Euro und Arbeitslose mit bis zu 300 Euro Förderung rechnen.

Unterstützung für Frauen: Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern

Um einen Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt zu leisten, stellt das waff-Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung weiters spezielle Unterstützungsangebote für Frauen und WiedereinsteigerInnen bereit. Mit dem Programm für grundlegende berufliche Neuorientierung („FRECH - Frauen ergreifen Chancen“) haben berufstätige Wienerinnen die Möglichkeit, Beratung und finanzielle Unterstützung von Qualifizierungsschritten in Anspruch zu nehmen. Das Programm widmet sich insbesondere jenen Wienerinnen, die höchstens eine berufsbildende mittlere Schule (BMS) oder Lehre abgeschlossen haben.

Besonders wichtig ist auch das Programm für WiedereinsteigerInnen. Der waff berät WienerInnen bei der Planung des Aus- und Wiedereinstiegs, unterstützt die Weiterbildung in der Karenz und hilft in der Einstiegsphase. Das Programm richtet sich bewusst auch an Männer, um die Inanspruchnahme der Väterkarenz zu steigern.

Förderung der Chancengerechtigkeit von WienerInnen mit Migrationshintergrund

Der Erwerb der gemeinsamen Sprache und Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Bildung und Arbeit sind die Schlüsselfaktoren für erfolgreiche Integrationsbiographien von MigrantInnen. Das ist auch die Grundlage für den sozialen Aufstieg. Deswegen ist es von entscheidender Bedeutung, dass MigrantInnen so rasch wie möglich den Anschluss an den Arbeitsmarkt schaffen. Der waff führt daher im Rahmen von „StartWien“ – dem Programm der Stadt Wien zu Niederlassungsbegleitung – die muttersprachliche Berufserstinformation für MigrantInnen durch. Konkret erhalten die TeilnehmerInnen bei der rund zweistündigen Gruppenveranstaltung Informationen zur aktuellen Arbeitsmarktsituation in Wien, zu rechtlichen Regelungen betreffend Jobeinstieg sowie zu Unterstützungsmöglichkeiten bei

der Arbeitssuche und nach Beschäftigungsaufnahme. Das waff-Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung kooperiert außerdem eng mit dem Wiener Projekt PERSPEKTIVE, das Beratung und Unterstützung in allen Fragen rund um die Anerkennung von Ausbildungen, die MigrantInnen nach Österreich mitbringen, bietet. Ein wesentlicher Aspekt dabei: Wenn es notwendig ist, Teile einer Ausbildung in Österreich nachzuholen, werden in Zusammenarbeit mit dem waff die geeigneten Kursmaßnahmen gesucht und die notwendigen Qualifizierungen finanziell unterstützt. Last but not least organisiert der waff dezentrale Veranstaltungen in den Wiener Bezirken, um die umfassenden Unterstützungsangebote rund ums Weiterkommen im Beruf den WienerInnen noch leichter zugänglich zu machen. Dieses Angebot wird derzeit ausgebaut, um vor allem bildungsferne und bildungsbenachteiligte Menschen zu erreichen und sie zu konkreten Weiterbildungsschritten zu motivieren. ■

INFOS:

waff - Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung
Nordbahnstraße 36, 1020 Wien
Tel. (01) 217 48-555
Internet: www.waff.at



KOMMUNAL
KREDIT

Aktualisierte Studie:

Investieren in Erneuerbare Energie 2014

Nicht nur der effiziente und klimaschonende Einsatz von Energie, auch die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern sind für Österreichs Kommunen ein bestimmendes Zukunftsthema. Kommunalkredit und SCWP Schindhelm haben aufgrund der großen Nachfrage ihre Studie „Investieren in Erneuerbare Energie“ neu aufgelegt.

Neuaufgabe der Studie

Wie man sich im komplexen Umfeld der unterschiedlichen staatlichen Rahmenbedingungen und Tarifsysteine zurechtfindet, zeigt die aktualisierte und neu aufgelegte Studie „Investieren in Erneuerbare Energie 2014“ der Kommunalkredit in Kooperation mit SCWP Schindhelm und der greenpilot gmbh. Sie ermöglicht somit erneut einen aktuellen, raschen Einblick in die Rahmenbedingungen für Investments in Wind-, Solar- und Wasserkraftwerke in Österreich, Deutschland und im CEE-Großraum für das Jahr 2014.

Die Studie können Sie bei der Kommunalkredit anfordern www.kommunalkredit.at

Ihre Fragen zum Thema Erneuerbare Energien:
Team Energie & Umwelt der Kommunalkredit Austria
Tel.: 01/31 6 31-111, E-Mail: vertrieb@kommunalkredit.at,
www.kommunalkredit.at



Interview mit dem Stadtpräsidenten von St. Gallen zum Thema „Service public“:



Schweizerischer Städteverband

Thomas Scheitlin, Stadtpräsident von St. Gallen

Thomas Scheitlin (60) verfügt über einen Abschluss der Universität St. Gallen und hatte verschiedene Funktionen in der Privatwirtschaft (u.a. UBS AG) inne. Von 2001 bis 2006 war er Präsident der Ortsbürgergemeinde St. Gallen. Seit 2007 ist der FDP-Politiker Stadtpräsident der Gallusstadt und leitet die Direktion für Inneres und Finanzen, zu der u.a. die Fachstelle Kultur gehört. Er gehört dem Kantonsrat an und ist Mitglied des Vorstandes des Schweizerischen Städteverbandes.

Was gehört für Sie zum „Service public“ einer Stadt wie St. Gallen?

Die Stadt St. Gallen stellt der Bevölkerung die gängigen Infrastrukturgüter und -dienstleistungen, wie sie in allen Städten vorhanden sind, zur Verfügung. Diese umfassen die Versorgung mit Wasser, Elektrizität und Gas sowie auch die Abfallentsorgung und Dienstleistungen in der Bildung, der Sicherheit, im Sozialbereich, usw. Speziell für St. Gallen ist das Angebot einer Glasfaserverbindung in alle Haushalte, ein kostenloses WLAN oder das Fernwärmenetz.

Wie wichtig sind diese Leistungen für die Standortqualität?

Eine hohe Qualität und Verlässlichkeit in der Versorgung mit einer modernen Infrastruktur und Dienstleistungen wird im-

Erfolgsfaktor „Qualität in der Versorgung“

mer mehr zu einem Erfolgsfaktor. Dies sehen wir auch im Vergleich zum Ausland, wo in einigen Ländern diese Versorgung nicht immer gewährleistet ist. Wichtig scheint mir zudem, das Angebot an sich verändernde gesellschaftliche Bedingungen oder neue Trends anpassen zu können. Damit gelangt man auch in den Fokus von global tätigen Firmen.

Wo setzt die Stadt St. Gallen Schwerpunkte?

Wir setzen primär zwei Schwerpunkte. Einerseits wollen wir ein zeitgemäßes, qualitativ hochstehendes Angebot an Leistungen zu günstigen Preisen ermöglichen. Andererseits geht es uns aber auch darum, ein innovatives Angebot zu erreichen. So wollen wir unseren Einwohnerinnen und Einwohnern mit Glasfaser oder WLAN auch neue Dienstleistungen bieten. Damit können wir uns einen Standortvorteil herausarbeiten.

Was kann die Stadt besser, was Private?

Die Bereiche unseres Service public decken bewusst das ab, was der Private nicht anbieten kann oder will. Wir sind in diesem Sinne nicht besser als ein Privater in unseren Angeboten, aber anders. Wir konzentrieren uns auf Güter und Dienstleistungen, die 24 Stunden zur Verfügung sein müssen und für die kein eigentlicher Markt besteht. Das gilt insbesondere für die Infrastruktur.

Wie sollen bzw. können diese Leistungen finanziert werden?

Der Service public wird über zwei Einnahmequellen finanziert. Einerseits sind es unterschiedliche Gebühren und andererseits sind es Steuereinnahmen. Der gebührenbasierte und tarifbasierte Service public wird durch seine Nutzerinnen und Nutzer finanziert. Wogegen die Finanzierung über Steuern all denjenigen Angeboten zu Grunde liegt, die der Allgemeinheit zugun-

stehen, so zum Beispiel die Straßenbeleuchtung oder polizeiliche Aufgaben.

Wird dies künftig schwieriger?

Die Finanzierung des in den letzten Jahren stark angestiegenen Angebotes an Service public wird im Zusammenhang mit den knapper werdenden Staatsfinanzen schwieriger werden. In den vergangenen Jahren wurden viele neue Bedürfnisse wie Kinderkrippen, Horte oder Mittagstische als Service public aufgenommen. Diese Ausdehnung lässt sich immer weniger finanzieren.

Was erwarten Sie vom Bund in Sachen Service public?

Der Bund hat auch seinen Teil des Service public zu erbringen. Dabei handelt es sich um flächendeckende, gesamtschweizerische Angebote wie den öffentlichen Verkehr oder die Post. Wichtig ist, dass eine präzise Aufgabenteilung umgesetzt wird. Dabei ist daran zu erinnern, dass das Subsidiaritätsprinzip eine sehr gute Art des Denkens für die Erbringung eines Service public ist. Das Angebot des Service public soll möglichst nahe an den Konsumentinnen und Konsumenten produziert und gesteuert werden. Und das ist vornehmlich die kommunale Ebene.

Wo sehen Sie St. Gallen in 20 Jahren?

Die heutige Stadt St. Gallen wird das Zentrum einer vereinigten Stadtregion St. Gallen sein. Sie wird sich zwischen Bodensee und Flawil ausdehnen und die Hauptstadt einer neuen Bodenseeregion sein. Sie wird hervorragende Firmen und Mitarbeitende anziehen: dank Uni St. Gallen, Zentrumsspital oder EMPA. Dabei spielt der Technologie- und Innovationspark eine wichtige Rolle. Die Jungunternehmerförderung trägt viel dazu bei, dass innovative Firmen in St. Gallen entstehen und in der Region ihren Sitz nehmen.

(Quelle des Interviews: Focus, Schweizerischer Städteverband).

ECHTZEITLABOR SEESTADT

Die Forschungsgesellschaft „Aspern Smart City Research“ entwickelt Zukunftsstrategien in den Bereichen Energie, Umwelt, Gebäudetechnik und intelligente Netze nicht nur in der Theorie.

Mit etwa 40 Kränen ist aspern Die Seestadt eine der größten Baustellen Österreichs. Aber es wird hier nicht nur gebaut, es wird auch geforscht. Am 1. Oktober 2013 hat die Forschungsgesellschaft „Aspern Smart City Research GmbH & Co KG“ mit ihrer Tätigkeit begonnen. Standort dieser Forschungsgesellschaft ist das Technologiezentrum aspern IQ, das als erstes Gebäude des neuen Stadtteils im Oktober 2012 fertig gestellt wurde. Das Technologiezentrum hat eine Fläche von etwa 6.600 m². Bei der Planung und Errichtung wurden höchste ökologische und bautechnische Standards realisiert.

Ziel der Forschungsgesellschaft ist es, Zukunftsstrategien für zukünftige Lösungen zu erforschen. Dazu gehören Bereiche wie Energie, Umwelt, Gebäudetechnik und intelligente Netze im Zusammenspiel mit den NutzerInnen in aspern Die Seestadt Wiens. Für diese anspruchsvolle Forschungstätigkeit steht ein Budget von knapp 40 Millionen Euro zur Verfügung. Dazu sagt Bernd Richter, Prokurist der Forschungsgesellschaft: „Es geht uns um die vernetzte Betrachtungsweise, eines der Ziele ist etwa die Optimierung des Zusammenspiels von Solarthermie, Erdsonden und Wärmepumpen.“ Es handelt sich dabei um eine Europapremiere. Insgesamt drei unterschiedliche Gebäudekomplexe werden in die Forschung mit einbezogen: der Bildungscampus, ein Wohnhaus und ein Gebäude mit gemischter Büro- und Wohnnutzung. aspern Die Seestadt Wiens wird damit ein „Echtzeitlabor“. Dort werden Wissen und Daten gesammelt und ausgewertet. Das wird die Basis für künftige innovative Lösungen und Technologien bilden.

SMARTE KREISLÄUFE

Derzeit sind auf einem Bauplatz, auf dem 216 Wohnungen errichtet werden, die MitarbeiterInnen des Technologiezentrums gerade im Einsatz. Hier wurden Erdsonden vergraben, mit



PID/Small Gökmen

denen die Technik der „Erdaktivierung“ getestet wird. Diese Sonden sind eigentlich Schläuche, die unter den Fundamenten von Gebäuden liegen. Sie werden spiralförmig angeordnet und sind mit den solarthermischen Anlagen an der Oberfläche verbunden. Werden Überschüsse an Heißwasser produziert, wird die Flüssigkeit mit den Schläuchen in den Boden geleitet. So kommt es zu einer Erwärmung des Erdreiches unter dem Gebäude. „Damit speichern wir diese überschüssige Energie. Herrscht an der Oberfläche Bedarf, kommen Wärmepumpen ins Spiel“, so Bernd Richter über den Kreislauf. „Die Wärmepumpen entziehen dem Erdreich die gespeicherte Energie, fördern sie in die Höhe und machen sie so für die Bewohner nutzbar.“ So wird die Technologie an der realen Infrastruktur erforscht.

40 Kräne in aspern

Die Seestadt Wiens:

Smarte Stadtentwicklung hat nicht nur etwas mit reger Bautätigkeit zu tun. Hier wird bereits jetzt geforscht.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

Einen ausführlichen Bericht über die aktuellen und geplanten Aktivitäten der „Aspern Smart City Research GmbH & Co KG“ finden sie auf der Website der Gesellschaft. Darüber hinaus werden hier die Forschungsbereiche Smart Building, Smart Citizen, Smart Grids und Smart ICT näher vorgestellt.

Internet: www.ascr.at

EINE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSORDNUNG:

Im Interesse der BürgerInnen

Das Europäische Parlament tut seinen Teil, um die derzeitige Wirtschaftskrise in Europa zu überwinden und den Kontinent auf den Pfad des nachhaltigen Wachstums zurückzubringen. Das Informationsbüro des Europäischen Parlaments hat die drei DelegationsleiterInnen der im Europäischen Parlament fraktionierten Abgeordneten gebeten, die Themen Wirtschaft, Industrie und Beschäftigung zu kommentieren.

Mag. Georg Pfeifer, Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Österreich

Dies inkludiert neben einer grundlegenden Reform der europäischen Finanz- und Wirtschaftsordnung und der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen vor allem die Beseitigung unnötiger bürokratischer Hürden und der nationalen Zersplitterung in vielen Bereichen. Letztlich muss ein Aufschwung im Hinblick auf die erschreckend hohe Arbeitslosigkeit in manchen EU-Ländern zu mehr Beschäftigung führen. In der nun ablaufenden Legislaturperiode hat das Europäische Parlament eine Reihe entsprechender Maßnahmen auf den Weg gebracht und dabei seinen Status als mächtige Bürgerkammer eindrucksvoll belegt. Umso wichtiger ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger im Mai dieses Jahres bei der Europawahl ihre Stimme abgeben, damit sich das Parlament auf europäischer Ebene noch mehr Gehör verschaffen kann.

Eine stabile und verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzordnung

Ganz oben auf der Agenda des Parlaments stand in den letzten Monaten die Neuordnung der Finanzwelt, um zukünftige Krisen zu verhindern. Die vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass es gravierende systemische Fehler bei unzureichender Kontrolle gab. Es wurde deutlich, dass die Wirtschaftspolitiken der EU-Staaten und die Finanzmärkte umfassend reformiert werden mussten. Die Arbeit des Europäischen Parlaments konzentrierte sich dabei auf drei Hauptbereiche: die Errichtung einer neuen Ordnungspolitik (Economic Governance) mit strikterer Prüfung der nationalen Haushalte und einer besseren Koordinierung, die Be-

schränkung von Hochrisikogeschäften seitens der Finanzbranche sowie die Verbesserung der Bankenaufsicht und die Errichtung einer Bankenunion. Ein Einlagensicherungssystem wird sicherstellen, dass die SparerInnen nicht die Zeche für verantwortungsloses Verhalten von Banken bezahlen müssen.

Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Forschung für mehr Beschäftigung

Das Europäische Parlament forderte wiederholt, der durchaus notwendigen Sparpolitik auch wachstumsfördernde Maßnahmen, die zu mehr Beschäftigung führen, an die Seite zu stellen. So wurden Maßnahmen in die Wege geleitet, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen im globalen Wettbewerb zu stärken und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Besonders in den von der Krise schwer getroffenen Ländern geht es vielen Unternehmen schlecht. Gemeinsam mit den nationalen Parlamenten verabschiedeten die EU-Abgeordneten Gesetze, um den Patentschutz zu stärken sowie den Verzug von Zahlungen durch Einführung einer allgemeinen 30-Tage-Frist zu bekämpfen. Das neue, einheitliche EU-Patent, das in 25 Mitgliedstaaten gilt, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Qualitätsprodukte gegen ausländische Konkurrenz. Die Zahlungsfrist ist gerade für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) entscheidend, die auf eine zeitnahe Bezahlung ihrer Leistungen oft angewiesen sind. Auch die öffentliche Auftragsvergabe der EU wurde überarbeitet, um neben dem nominellen Preis auch die ökologische oder soziale Qualität von

Angeboten zu berücksichtigen und KMU, die das Rückgrat der europäischen Volkswirtschaften bilden, die Möglichkeit zu geben, gegen große internationale Unternehmen im Wettbewerb zu bestehen. Obwohl auch der EU-Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 der Notwendigkeit zu Sparen Tribut zollt, setzte sich das Parlament in den Verhandlungen dafür ein, dass Investitionen in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung nicht gekürzt werden. Etwa ein Drittel des EU-Budgets wird in die Förderung der regionalen Entwicklung investiert, vor allem in den Gebieten, die am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen sind. Dazu gehören Projekte zur Ausbildung junger Menschen und entlassener Arbeitskräfte und zur Förderung kleiner, innovativer Unternehmen, die neue Geschäftsmöglichkeiten suchen. Weiterhin soll die Anbindung entlegener Regionen an das Breitband-Internet sowie die europäische Forschung als Wachstums- und Beschäftigungsmotor unterstützt werden.

Europawahl 2014 – für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger

Das Europäische Parlament ist seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahre 2009 gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Ministerrat, in dem die nationalen RegierungsvertreterInnen zusammenkommen. Es vertritt dabei allein die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden direktdemokratisch gewählt. Die nächste Europawahl am 25. Mai dieses Jahres ist entscheidend für die Richtung, in die unser Kontinent in den nächsten Jahren steuern wird. ■



Beigestellt

*Gastkommentar: Othmar KARAS (EVP),
Delegationsleiter ÖVP, Vizepräsident des
Europäischen Parlaments*

Wirtschaft, Industrie und Beschäftigung – Rückblick und Ausblick

Nach einer langen und harten Phase der Krisenbewältigung ist 2014 richtungsentscheidend für die EU. Wir stehen vor Herausforderungen, für die wir gemeinsame, tragfähige Strategien entwickeln müssen. Um nach der Krise wieder auf den Wachstumspfad zurückzukehren, müssen die Mitgliedsländer ihre Beschäftigungsquote verbessern, den Schuldenabbau fortsetzen und in Zukunftspunkten investieren. Ein grundlegender Schritt zur langfristigen Finanzierung der Realwirtschaft und Stärkung des Binnenmarktes ist die Stabilisierung der Finanzmärkte. Das zentrale Element der Finanzmarktregulierung ist die von mir verhandelte Eigenkapitalregulierung (CRD IV/Basel III) zur Stabilisierung der Banken und Sicherstellung ihrer Liquidität. 80% der europäischen Realwirtschaft sind kreditfinanziert – Wachstum, Beschäftigung und die Stabilität von Banken stehen damit im direkten Zusammenhang! Das vergangene Jahr hat auch eine Einigung zum Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM – Single Supervisory Mechanism) gebracht. Mit der CRD und dem SSM ist die erste Säule der Bankenunion fixiert. Der letzte noch nicht ausverhandelte Teil der Bankenunion ist ein gemeinsamer Abwicklungsmechanismus für marode Banken. Die Bankenregulierung ist eines der größten Verbraucherschutzprojekte in Europa. Noch nie ist ein ganzer Wirtschaftssektor so umfassend neu reguliert worden. Diesen Schwung müssen wir auch für die nächste Legislaturperiode mitnehmen!



Beigestellt

*Gastkommentar:
Ulrike LUNACEK (Europäische Grüne),
Delegationsleiterin Grüne*

Für ein sozialeres und grüneres Europa!

Die EU muss für ihre Bürgerinnen und Bürgern da sein und nicht für die Gewinne von Finanzmärkten und Großkonzernen. Seit Langem gibt es wieder eine junge Generation in Europa, die vielfach keine Hoffnung auf eine bessere Zukunft und soziale Sicherheit hat. Deswegen: Das europäische Wohlfahrtsystem gehört wieder an die erste Stelle. Schluss mit Kaputtsparen und her mit einem grünen Investitionspakt für nachhaltige Entwicklung: Europa muss Marktführer in energiesparenden und ressourcenschonenden Prozessen werden. Raus aus Öl und Gas macht uns unabhängig von Energie-Diktaturen und ist ein grüner Antrieb für den Konjunkturmotor. Über fünf Millionen Jugendliche sind in der EU ohne Arbeit. Gleichzeitig geben die Mitgliedsländer hunderte Milliarden für Rüstung aus. Da es keine ernstzunehmende militärische Bedrohung gibt, fordern die Grünen eine Umwidmung von zehn Prozent der nationalen Verteidigungsbudgets, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Genauso müssen die Steueroasen in Europa geschlossen werden – 1000 Milliarden Euro gehen hier jedes Jahr der Allgemeinheit verloren. Und wir ruhen nicht, bis die Finanztransaktionssteuer umgesetzt ist. Denn wir brauchen diese Mittel für ein sozialeres und grüneres Europa!



Beigestellt

*Gastkommentar:
Jörg LEICHTFRIED (S&D),
Delegationsleiter SPÖ*

EU muss kleine und mittlere Unternehmen stärken!

Glaubt man den aktuellen Daten, geht es mit der Wirtschaft wieder bergauf. Dennoch erwartet man im Jahr 2014 Rekordwerte bei der Arbeitslosigkeit in der Eurozone. Dies zeigt deutlich auf, dass wir uns in einer Schieflage befinden. Es wurden Milliarden in die Hand genommen, um Banken vor dem Absturz zu retten. Was aber verabsäumt wurde, ist, in jene Bereiche zu investieren, die einen Zuwachs an Arbeitsplätzen garantieren. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen brauchen eine stärkere Unterstützung der Europäischen Union, denn sie sind die Garanten für eine stabile Beschäftigungssituation. Um eine Belebung der Realwirtschaft voranzutreiben, werden wir in den kommenden Jahren dafür Sorge tragen müssen, dass die Investitionen in Forschung und Entwicklung weiter verstärkt werden und der Ausbau der Infrastruktur weiter vorangetrieben wird. Ebenso brauchen wir endlich konsequente Regeln, um risikoreiche Finanzgeschäfte einzudämmen. In den letzten Jahren wurden einige wichtige Maßnahmen gesetzt, dennoch wurde auch manch fauler Kompromiss geschlossen, um die Finanzwirtschaft nicht zu sehr zu verärgern. Gerade für die Wirtschaft wird es auch entscheidend sein, wie das Ergebnis der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA aussieht. Ein Abkommen, das nur einigen wenigen Großkonzernen zugutekommt und kleine Unternehmen unter Druck setzt, darf keine Zustimmung durch das EU-Parlament erhalten.

Ohne Schulden geht es nicht

Zur gemeinsamen Bedeutung von Verschulden und Sparen führte Klemens Himpele, Leiter der MA 23, Stadt Wien, ein Interview mit Prof. Heiner Flassbeck, bis 2012 Chefvolkswirt bei UNCTAD, der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung.

Himpele: Schulden, so hört man allenthalben, sind schlecht, weil man über seine Verhältnisse lebe. War es daher falsch, dass sich die Staaten im Zuge der Finanzkrise weiter verschuldet haben? Lebt Österreich über seine Verhältnisse?

Flassbeck: Die Staaten haben sich im Zuge der Krise nur deshalb stärker verschuldet, weil es vorher unregulierte Schulden von Banken gab. Es war eine Bankenschuldenkrise, bei der die Staaten in die Bresche gesprungen sind und damit bewirkt haben, dass nicht die gesamte Wirtschaft zusammenbricht. Das ist der Hintergrund für die Zunahme der Staatsschulden.

Zu Ihrer Frage: Eine Volkswirtschaft besteht ja aus mehreren Akteuren, nämlich privaten Haushalten und Unternehmen, dem Staat und dem Ausland. In Österreich, genau wie in Deutschland, muss man zunächst konstatieren, dass die Haushalte sparen. Seit einigen Jahren – und das ist neu an der Situation – sparen jedoch auch die Unternehmen, sie sind Nettosparer. Zudem ist die Neuverschuldung des Staates auf einem geringen Niveau. Wenn die Haushalte und Unternehmen sparen wollen und keiner bereit ist, Schulden zu machen, dann gibt es auch keine Ersparnisse. Denn Ersparnisse und Schulden bedingen sich gegenseitig: Ich kann nur sparen, wenn jemand bereit ist, sich zu verschulden. Das ist zwar ganz einfach, wird aber immer vergessen. Das heißt, wenn in einem Land wie Österreich alle sparen, wer macht dann die Schulden? Ganz einfach: das Ausland, d. h. es entsteht ein Leistungsbilanzüberschuss. Und dann lebt das Land Österreich unter seinen Verhältnissen – weil es weniger verbraucht als produziert, und das Ausland, das Schulden macht, lebt über seine Verhältnisse.

Derzeit versuchen alle zu sparen: Staaten, Haushalte und Unternehmen ...

Himpele: Die Krise war teuer – was sich auch in den öffentlichen Haushalten niederschlägt.

Ist die Grenze der Belastbarkeit der öffentlichen Haushalte erreicht?

Flassbeck: Es ist ein vager Begriff, was die Grenze der Belastbarkeit ist. Man muss das im Gesamtzusammenhang sehen. Um es so zu sagen: Da wir davon ausgehen können, dass das Ausland nicht dauerhaft als Schuldner zur Verfügung steht, muss jedes Land für sich die Frage beantworten: Wer soll der Gegenposten für meine Ersparnisse sein? Das kann man nicht die ganze Zeit dem Ausland zuweisen, denn das Ausland ist jetzt auch an der Reihe zu sparen. Wer ist dann aber der Schuldner? Wenn der Staat keine Schulden macht, dann muss man im Inland einen anderen Schuldner finden. Und das können eigentlich nur die Unternehmen sein. Da muss man eine Politik betreiben, bei der die Unternehmen sich verschulden: um zu investieren. Die Unternehmen dürfen also nicht noch mehr Gewinne machen – also mehr Geld haben als sie investieren – und ihr Geld auch noch zur Bank tragen.

Himpele: Und wie macht man eine Politik, damit Unternehmen sich verschulden, um zu investieren?

Flassbeck: Genau das ist der zentrale Zusammenhang. Man kann das zum Beispiel machen, indem man die Steuern für die Unternehmen erhöht. Denn dann haben die Unternehmen weniger Geld in der Tasche und müssen, wenn sie investieren wollen, zur Bank gehen. Oder man erhöht die Löhne stärker, als es in den vergangenen Jahren in Österreich und in Deutschland passiert ist. Dann fließt das Geld in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger, und die Unternehmen müssen es sich holen: Dadurch, dass sie Güter produzieren, die die Bürgerinnen und Bürger kaufen. Es geht nicht, dass der Staat sagt, ich mache keine Schulden mehr, aber dieses Sparen und Schuldenproblem geht mich auch nichts mehr an. Das aber ist die aktuelle Politik, und irgendwann geht das nicht

mehr, irgendwann fliegt uns das Ganze um die Ohren.

„Ein Wirtschaftsakteur kann nur dann Geld sparen, wenn jemand anders diese Ersparnis als Schuld aufnimmt.“

Himpele: Um einer weiteren Neuverschuldung vorzubeugen, gibt es in zahlreichen Staaten – auch in Österreich – Schuldenbremsen oder vergleichbare Instrumente. Auf europäischer Ebene gelten mit dem Fiskalpakt ähnliche Regelungen, im Euroraum gibt es weiterhin die Maastricht-Kriterien. Sind derartige institutionelle Regelungen zur Eindämmung der Staatsverschuldung sinnvoll und wirksam?

Flassbeck: Nein. Beides nein. Weil dadurch das Problem nicht gelöst wird. Es nützt nichts, den Staat einseitig zu verhaften. Man kann nicht sagen: ‚Der Staat darf auf keinen Fall Schulden machen.‘ Weil der Staat ist dafür verantwortlich, was in der Wirtschaft insgesamt passiert. Wenn der Staat keine Schulden macht, müssten die Unternehmen die Schulden machen. Und das ist keine einfache Aufgabe – es ist schwieriger, als wenn der Staat direkt die Schulden macht. Wer in die Verfassung schreibt, der Staat darf keine Schulden machen, der macht einen gravierenden Fehler, wenn er nicht bedenkt, dass es dieses Sparen-Schulden-Problem generell gibt. Und das bedenken die meisten nicht. In Österreich hat ja kaum jemand beim Abschluss des Stabilitätspakts darüber nachgedacht; auch nicht bei der Schuldenbremse in Deutschland. Was passiert denn, wenn in Europa die Konjunktur einbricht: Was machen die Staaten da? Dann müssen sie die Notklausel ziehen, da führt kein Weg daran vorbei. Die Unternehmen weigern sich zu investieren, sie wollen sparen. Die Haushalte wollen auch sparen. Da kann der Staat nicht sagen: Jetzt muss ich auch sparen. Denn wenn nun alle sparen, sparen sich alle zu Tode. Dann bricht die Wirt-



Prof. Dr. Heiner Flassbeck war Honorarprofessor an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, bis 2012 Chefvolkswirt bei UNCTAD und zuvor Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen in Deutschland.

schaft immer weiter ein – eine einfache Logik, der man sich auch nicht durch das Ausland entziehen kann. Ich bin in den letzten drei Jahren in der G-20 gesessen, und ich kann sagen: die USA und andere kritisieren Deutschland sehr aggressiv, weil Deutschland mit seinen Überschüssen der Störenfried in der Weltwirtschaft ist. Wenn jetzt ganz Europa die gleiche Politik macht und glaubt, wir laden alles am Ausland ab, wird das nicht so weitergehen, denn die anderen Länder sagen dann einfach: Freihandel war eine gute Idee, aber es funktioniert nicht, und nun müssten wir unsere Grenzen dichtmachen.

Die „Goldene Regel“ – das Neuverschulden für Investitionen – kann weiterhin zur wirtschaftspolitischen Orientierung beitragen.

Himpele: Als Alternative zu den bestehenden Regelungen – also Maastricht, Fiskalpakt, Schuldenbremsen – wird immer wieder der investitionsbezogene Staatsverschuldungsbegriff genannt, der besagt, dass der Staat sich für Investitionen verschulden darf. Diese „Goldene Regel“ galt auch lange in der Bundesrepublik Deutschland. Ist dieses Instrument heute noch – oder wieder – sinnvoll und wenn ja, warum?

Flassbeck: Ja, es ist jedenfalls eine Variante, an der sich der Staat orientieren kann. Aber

das löst unser generelles Problem noch nicht, da es die Frage, ob Unternehmen bereit sind, sich für Investitionen zu verschulden, nicht beantwortet. Die goldene Regel wäre eine kleine Hilfe für das Problem, das wir jetzt haben, es ist aber nicht allein die Lösung.

Himpele: Sie haben ausgeführt, dass die Staaten sich gegebenenfalls weiter verschulden müssen. Sind Schulden ökonomisch also überhaupt kein Problem?

Flassbeck: Nein, im Gegenteil. Wenn Schulden ein Problem sind, dann ist Sparen ein Problem. Man könnte den Leuten sagen: Hörst auf mit dem Sparen, denn sonst muss sich jemand verschulden. Aber solange Menschen sparen, kann man nicht die Schulden verteufeln, das wäre Unsinn. Jede Finanzministerin oder jeder Finanzminister müsste jedes Mal, wenn sie oder er das Wort „Schulden“ in den Mund nimmt, auch das Wort „Sparen“ in den Mund nehmen, tut es allerdings nicht. Aber das ist genau das Problem, an dem wir leiden, nämlich, dass dieser Zusammenhang nicht wirklich begriffen wird.

Himpele: Die Stadt und das Land Wien haben auf die Krise ab dem Jahr 2009 durch eine deutliche Erhöhung der Schulden reagiert, um die Wirtschaft am Laufen zu halten und durch öffentliche Ausgaben stimulierend zu wirken. Das war auch möglich, weil Wien davor bis 2008 Schulden zurückbezahlt hatte. Nun sind aber Kommunen als volkswirtschaftliche Einheiten durch besonders hohe Außenhandelsquoten gekennzeichnet. Inwieweit können Städte und Regionen antizyklische Konjunkturpolitik überhaupt betreiben?

Flassbeck: Die können sie nur im gesamtwirtschaftlichen Rahmen betreiben. Eine einzelne Kommune, selbst wenn sie so groß ist wie Wien, kann nicht eine Konstellation für ein Sparverhalten im Alleingang schaffen. Man muss da schon eine Gesamtkoordination haben, und das ist natürlich eine gesamtpolitische Aufgabe. Aber das Verhalten der Kommunen in der konkreten Situation, die wir jetzt haben, ist natürlich sehr wichtig, und es ist gut, wenn Sie in Wien den Spielraum dazu haben. Deswegen müssen wir generell darauf drängen, dass der Staat finanzielle Spielräume hat und

sich nicht selbst die Hände fesselt. Die Gemeinden spielen in der Krise eine wichtige Rolle – eine Koordinierung auf europäischer Ebene wäre wünschenswert.

Himpele: Den Spielraum für die Staaten zu erhalten, hieße konkret, die Einnahmen zu erhöhen?

Flassbeck: Ja, man muss die Einnahmen erhöhen, aber auch den Kapitalmarkt nutzen. Jetzt, wo die Zinsen so niedrig sind, ist das eine Einladung an den Staat, Geld aufzunehmen. Wenn man negative Realzinsen hat, ist das eine Traumsituation für Investitionen, denn man muss ja nicht einmal eine positive Rendite über Investitionen erzielen und trotzdem lohnt es sich. Also es ist verrückt, wenn der Staat jetzt in dieser Situation – und dann nicht nur ein Staat – sagt: ‚Wir müssen sparen.‘ Wenn diejenigen Staaten, die von der Krise nicht so betroffen sind, auch noch sparen, dann geht das Ganze immer tiefer und tiefer in den Keller.

Himpele: Wir befinden uns nun im sechsten Jahr der Krise, die Situation in zahlreichen Ländern mit exorbitanter Arbeitslosigkeit insbesondere unter jungen Menschen ist dramatisch und auch politisch gefährlich. Was müsste Europa tun, um die Krise zu beenden?

Flassbeck: Europa muss zu einer vernünftigen Diagnose der Probleme kommen. Vernünftige Diagnose heißt, es gibt eine große Lücke in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den nördlichen Mitgliedstaaten – insbesondere Deutschland – und den süd-europäischen Staaten und Frankreich. Und diese Lücke in der Wettbewerbsfähigkeit muss beseitigt werden. Das geht nur über höhere Löhne und mehr Ausgaben im Norden – in den Überschussländern – und es geht nur über mehr Verschuldung in den Überschussländern. Wenn man das nicht begreift und das nicht langsam angeht, sich immer nur auf das Sparen konzentriert, dann habe ich keine Hoffnung für die Europäische Währungsunion. ■

Himpele: Herr Flassbeck, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Originalartikel aus „Perspektiven“ Nr. 7_8 2013, „wiENVESTIEREN. Der Wiener Weg: Zukunft gestalten“.

Wien als Industrie- und Produktionsstandort

Industrie und Stadt – passt das zusammen? Diese Frage wird seit Jahrzehnten immer wieder diskutiert und unterschiedlich beantwortet. In Europa findet derzeit, auch als Folge auf die Wirtschaftskrise, eine Debatte über die Re-Industrialisierung der Städte statt. Passen Ballungszentren und Industrie also zusammen? Die ÖGZ befragte den Präsidenten der Industriellenvereinigung Wien, Wolfgang Hesoun.

Ing. Wolfgang Hesoun, Präsident der Industriellenvereinigung Wien

Immer wieder wird behauptet, dass die Zukunft der Städte im Dienstleistungsbereich liegt und die produzierende Industrie eher in die ländlichen Regionen verlegt werden soll. Was entgegnen Sie dieser Behauptung?

Diese Behauptung widerspricht in mehrfacher Hinsicht der wirtschaftlichen Realität. Die industrielle Produktion bildet nach wie vor einen wesentlichen Kern der Wertschöpfungsaktivitäten in vielen Städten. Um diesen Kern herum gruppiert sich der servo-industrielle Sektor. Wien ist laut Industriewissenschaftlichem Institut mit einem Anteil von 15 Prozent am gesamten produzierenden Bereich der drittgrößte Produktionsstandort Österreichs. Der wirtschaftliche Strukturwandel und das dadurch ausgelöste Wachstum werden zumeist durch naturwissenschaftlich-technische Erkenntnisse und darauf folgende Innovationen ausgelöst.

Diese finden vor allem im Bereich der modernen Industrie statt und sind im urbanen Raum etwa durch die Nähe von Unternehmen zu Forschungseinrichtungen vielfach begünstigt. Die anschließende Umsetzung in Güter und Dienstleistungen schafft Beschäftigung und wirkt sich somit positiv auf die Wirtschaft aus. Abgerundet wird das Bild der Bedeutung von produzierenden Unternehmen von den Erfahrungen der letzten Jahre. Hier hat sich deutlich gezeigt, dass sich Regionen mit guter industrieller Basis in der Krise besser bewähren konnten als zu einseitig auf Dienstleistung ausgerichtete Volkswirtschaften. Wir wären schlecht beraten, die produzierenden Unternehmen aus Wien abwandern zu lassen.

Wieso schätzen die Betriebe die Stadt bzw. Wien als Standort?

In den vergangenen Jahrzehnten haben die „industrienahen“ oder „produktionsnahen“ Dienstleistungen stark an Bedeutung gewonnen. Dabei handelt es sich um Dienstleistungen – beispielsweise Consulting, Datenverarbeitung, Öffentlichkeitsarbeit und ähnliches –, die vor allem im städtischen Raum in einer hohen Dichte und Qualität angeboten werden. Viele dieser genannten Dienstleistungen wurden früher vielfach innerhalb der Industrieunternehmen abgewickelt und wurden erst in den letzten Jahrzehnten ausgelagert. Aber auch andere Rahmenbedingungen spielen eine wichtige Rolle, wie etwa die Nähe der Industrieunternehmen zu zahlreichen Forschungseinrichtungen. Ein reger Austausch wirkt sich hier positiv auf das Innovationsklima aus. Gerade im internationalen Wettbewerb wird es für Österreich und Wien immer wichtiger, in F&E zu investieren und technologische Nischen zu besetzen. Neben dem wachsenden Druck auf Industrieunternehmen, immer produktiver und innovativer zu werden, spielt auch die Bildung eine wichtige Rolle. Industrieunternehmen benötigen – wie keine andere Branche – ein besonders breites Spektrum an gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wien bietet hier eine breite Palette an Fachkräften, Expertinnen und Experten mit unterschiedlichstem Know-how. Darüber hinaus verfügt die Stadt über ein großes Potenzial an Entwicklungsflächen und einen hohen Aktivitätsgrad an Clusterbildungen verschiedener Branchen.

Was sind die wichtigsten Reformmaßnahmen im Bildungsbereich um künftig den Anforderungen der Industrie noch besser entsprechen zu können und die Jobchancen der jungen Menschen zu erhöhen?

Der Druck auf das Bildungssystem, die Jugend von heute immer besser auf das Berufsleben vorzubereiten und zu qualifizieren, wird immer größer. Leider werden besonders die MINT-Gegenstände (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) noch immer zu stiefmütterlich behandelt. Generell ist hier die Bundespolitik gefordert. Nichtsdestotrotz ist es aber auch auf regionaler Ebene wichtig, Projekte umzusetzen, die zur Weiterentwicklung des Bildungssystems einen Anstoß geben können. Als positives Beispiel sei hier die Initiative „Wiener Zukunftsschulen“ erwähnt, die wir als IV-Wien gemeinsam mit dem Wiener Stadtschulrat im Herbst vergangenen Jahres gestartet haben. Im Rahmen eigens entwickelter LehrerInnenseminare erhalten die Pädagoginnen und Pädagogen durch Expertinnen und Experten der Wirtschaft einen praxisnahen Einblick in volks- und betriebswirtschaftliche Zusammenhänge.

Die Lehrkräfte sollen dabei, ausgehend von ihren persönlichen Erfahrungen, zu den größeren volkswirtschaftlichen Zusammenhängen geführt werden, um diese dann noch besser als bisher den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln.

Sie haben die Stärke des Innovationsbereichs als einen wesentlichen Faktor genannt, wenn es darum geht, ob ein Standort für Industrieunternehmen attraktiv ist oder nicht. Wie



Fotolia

Für Industriebetriebe ist Wien ein hochattraktiver Standort. Der Bereich Forschung und Entwicklung birgt Zukunftsperspektiven.

schätzen Sie die Situation des Innovationstandortes Wien ein?

Wien hat sich in den vergangenen Jahren in einigen Bereichen zu einem erfolgreichen Forschungsstandort entwickelt. Viele nationale sowie internationale Unternehmen haben hier mittlerweile Forschungsabteilungen aufgebaut. Dennoch erleben wir vielfach noch immer einen Verlust der Wertschöpfung, da in der Forschung gewonnenes Wissen vielfach ins Ausland abwandert – etwa im Bereich der Life Sciences. Wir müssen daher verstärkt an Maßnahmen arbeiten, die darauf abzielen die Ergebnisse aus der Forschung verstärkt in inländische Wertschöpfung umzuwandeln. Sehr zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang beispielsweise der neue Call des Zentrums für Innovation und Technologie (ZIT) der Stadt Wien, der unter dem Titel „From Sci-

ence to Products“ läuft. Unsere Leitbetriebe tragen darüber hinaus durch einen überdurchschnittlichen Forschungs- und Entwicklungsfokus zu einem erheblichen Teil zur Stärkung der Innovationstätigkeit am Standort bei.

Gerade in Städten sind auch die energie- und klimapolitischen Ziele eine große Herausforderung. Zugleich bieten Städte aber die Chance eine stärkere Verzahnung der Bereiche Energie, Mobilität und IKT unter dem Aspekt der „Smart Cities“ voranzutreiben. Wien hat hier in vielen Bereichen bereits Aktivitäten gestartet und hat mit seiner gut ausgebauten Infrastruktur hohes Potenzial, zu einem internationalen Vorzeigebispiel einer „Smart City“ zu werden.

Wie sehen Sie insgesamt die internationale Positionierung Wiens als Industrie- und Wirtschaftsstandort?

Wien ist eine äußerst lebenswerte Stadt, aber auch für Industriebetriebe ein hochattraktiver Standort. Es muss unser aller Ziel sein, dass sich Wien international noch stärker als bisher auch als Stadt zukunftsfähiger, produktiver Unternehmen positioniert. Nur so können auch neue Unternehmen nachhaltig für den Standort gewonnen werden. Wien, Österreich und Europa stehen im internationalen Standortwettbewerb. Wir haben im Vergleich zu anderen Ländern wenig Rohstoffe, sind abhängig von Energieimporten und haben sehr hohe Lohnnebenkosten. Das sind sicherlich Standortnachteile. Um diese ausgleichen zu können, sollte der Fokus verstärkt auf die bereits erwähnten Bereiche Forschung und Innovation, Bildung und Infrastruktur gelegt werden. Dann sehe ich äußerst optimistisch der Zukunft entgegen. ■

Dorf- und Stadterneuerung in Niederösterreich

Die Stadtgemeinden Baden, Groß-Enzersdorf, Mautern an der Donau und Neulengbach starten heuer in die Aktion NÖ Stadterneuerung.

Zum ersten Mal dabei ist freilich nur Groß-Enzersdorf, Baden (2006 bis 2009), Mautern (2004 bis 2007) und Neulengbach (2002 bis 2005) absolvieren bereits die zweite Runde der Stadterneuerung. Allen vier Stadtgemeinden gemeinsam ist, dass, aufbauend auf guten Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungsprozessen, mit viel Elan, Engagement und Ideenreichtum eine beeindruckende Vielfalt an Themen umgesetzt werden soll.

Baden

In der Bezirkshauptstadt Baden mit ihren 25.241 Einwohnern liegt der Schwerpunkt auf der Belebung der Innenstadt, wobei die Erarbeitung eines durchgängigen Grünraum- und Gestaltungskonzeptes für öffentliche Bereiche einen wichtigen Teil darstellt.

Groß-Enzersdorf

Auch in Groß-Enzersdorf (5.492 Einwohner) ist eine lebenswerte und attraktive Innenstadt, die sowohl zum Verweilen, Flanieren und Kommunizieren einlädt als auch für alle Generationen Anziehungspunkte sowie einen barrierefreien Zugang bietet, das Kernthema. Ausgearbeitet wurden vorerst folgende Themen und Projekte: Gestaltung der Freiflächen und des Straßenraums im Zentrum, Erholung und Freizeit rund um die Stadtmauer, Photovoltaik an öffentlichen Gebäuden unter dem Motto „Energisches Groß-Enzersdorf“ sowie klimafreundlicher Verkehr inklusive Radrouten, Next Bike und Car-Sharing.

Mautern an der Donau

In der Stadtgemeinde Mautern an der Donau mit ihren 3.500 Einwohnern ging

das touristische Potenzial noch sehr viel Platz für neue Ideen.

Neulengbach

In der Gemeinde Neulengbach (7.847 Einwohner), die im Jahr 2000 das Stadtrecht verliehen bekam, stehen neben der Nutzung des Alten Rathauses auch Maßnahmen zur Stärkung des Stadtzentrums um Haupt- und Kirchenplatz auf der Agenda.

Hier soll auch die Wirtschaft mit geeigneten Maßnahmen unterstützt, die Barrierefreiheit überprüft und die Anbindung für den Rad- und Fußgängerverkehr neu überdacht werden. Ergänzend werden auch Prozesse zur Entwicklung von Projekten für Kinder und Jugendliche angedacht, die Kultur soll ebenfalls einen wichtigen Aspekt zur Stärkung des Zentrums beitragen.

Dorferneuerung wird fortgesetzt

Zudem sind mit Beginn des Jahres 13 Orte aus sechs Gemeinden in die Aktivphase der Niederösterreichischen Dorferneuerung gestartet.

Nach erfolgreichem Abschluss der Leitbild- bzw. Evaluierungsphase und der Erarbeitung von Projektideen gemeinsam mit der Ortsbevölkerung beginnt man nun in den Marktgemeinden Allhartsberg (Allhartsberg und Kröllendorf), Irnfritz-Messern (Messern) und Schönberg am Kamp (Fernitz, Oberplank und Plank am Kamp), den Gemeinden Jaidhof (Jaidhof, Eisenbergeramt, Eisengraben, Eisengraberamt und Schiltingeramt) und Münichreith-Laimbach (Laimbach) sowie der Stadtgemeinde St. Valentin (Altenhofen) mit der vierjährigen Umsetzungsphase.

Nähere Informationen erhalten Sie bei der NÖ Dorf- und Stadterneuerung unter Tel. 02952/4848 und im Internet unter www.dorf-stadterneuerung.at. APA



Außerdem sollen Maßnahmen zur Sichtbarmachung der Kultur in Baden gesetzt werden. Weitere Themen sind die Verkehrssicherheit, vor allem für Schulkinder, und die Einbeziehung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (Interessengruppen, Ortsteile etc.).

es in der ersten Stadterneuerungsperiode vor allem um die Aufbereitung des kulturhistorischen Erbes.

Nunmehr bilden die Zentrumsbelebung und der Leerstand im Zentrum sowie der Verkehr aktuelle Herausforderungen im Stadtentwicklungsprozess, ebenso lässt

AUS DEM STÄDTEBUND

Leonding managt Projekte

Die Stadt Leonding hat eine der modernsten Verwaltungen. Leonding nimmt nun auch beim Projektmanagement eine Vorreiterrolle ein und verwendet die neue ÖNORM ISO 21500.

Dass in der Verwaltung projekt-orientiert gearbeitet wird, ist mittlerweile Standard. Allerdings werden in Leonding Projekte neuerdings nach der ÖNORM ISO 21500 „Leitlinien Projektmanagement“ abgewickelt. Projektmanagement-Experte Helmut Berger von cs-i / CONSIM International in Wels schulte die Mitarbeitenden und wird die Stadtgemeinde bei der Umsetzung auch noch weiter kompetent begleiten. „In einer Stadt wie Leonding, die eine derart dynamische Entwicklung aufweist, braucht es ein hohes Niveau im Projektmanagement“, erklärt Bürgermeister Walter Brunner. „Mit der Projektabwicklung nach ÖNORM ISO 21500 werden alle Prozesse im Projektmanagement standardisiert. Leonding setzt damit auf noch mehr Qualität“, ergänzt Projektmanagement-Spezialist Helmut Berger.

Normgerechtes Projektmanagement-Handbuch implementiert

Leonding ist die erste Gemeinde in Österreich, die ein internes Projektmanagement-Handbuch nach ÖNORM ISO 21500 entwickelt und implementiert hat. Das Besondere an dieser Norm ist – neben der Standardisierung des Projektmanagements –, dass diese von allen wie auch immer gearteten Organisationen für alle Projekte, ungeachtet ihrer Komplexität und Größe, angewendet werden kann. Es ist durch Studien nachgewiesen, dass eine adäquat geplante und konsequent gesteuerte Projektabwicklung auf den Projekterfolg direkt positiv einwirkt. Das hat zudem eine vorteilhafte Auswirkung auf die Kostenentwicklung. Die Projektabwicklung nach ISO 21500 ist für Veranstaltungen und Projekte hervorragend einsetzbar und erlaubt eine transparente Ressourcenkontrolle und -steuerung. „Wir haben viele Veranstaltungen, die von unserem Eventmanagement abgewickelt werden, aber auch viele Projekte im Bereich Infrastruktur und Städtebau. Diese werden wir künftig nach unserem Projektmanagement-Handbuch abwickeln“, so Brunner.



Effizientes Projektmanagement durch „ISO Puzzle“

Mit dem Instrument „cs-i ISO Puzzle“, das alle 39 Projektmanagement-Prozesse der ÖNORM ISO 21500 darstellt, lassen sich rasch und für alle Projektmitglieder nachvollziehbar die für das anstehende Projekt notwendigen Prozesse auswählen und gruppieren. Diese effektive Arbeitsweise spart mindestens eine Stunde Besprechungszeit ein.

Einsatz auch bei Auftragsvergaben

ISO 21500 bringt Vorteile für die Ausschreibenden genauso wie auf der Bieterseite. Bei der Vergabe von Projekten wird die Stadt Leonding bei Ausschreibungen von den Bietenden künftig eine der Norm entsprechende Projektplanung und -steuerung fordern. Das führt zu einer besseren Vergleichbarkeit der Angebote und einer normgerechten Projektabwicklung.

„Mit der Abwicklung nach ISO 21500 bekommt unser Projektmanagement insgesamt noch mehr Qualität und Professionalität“, zeigt sich Bürgermeister Walter Brunner erfreut.

Mit vollem Engagement probierten die MitarbeiterInnen der Stadt Leonding das ISO-Puzzle aus.



INFOS:

Stadtgemeinde Leonding
Stadtdirektor MMag. Heinz Bindeus
Stadtplatz 1, 4060 Leonding
+43(0)732 6878 255
Heinz.Bindeus@leonding.at
www.leonding.at

DI Helmut Berger
cs-i / CONSIM International
consulting simulation training
Kreuzpointstraße 15
4600 Wels
+43(0)7242 910994
h.berger@cs-i.at
www.cs-i.at



„Richtige Kommunikation ist Goldes wert“

MitarbeiterInnen kommunizieren miteinander. Sie kommunizieren innerhalb von Abteilungen und über Abteilungsgrenzen hinweg. Sie reden über berufliche Belange ebenso wie über private. Sie tun dies von Angesicht zu Angesicht, über E-Mails oder andere Kommunikationsinstrumente. Sie tun dies bei Besprechungen, bei Feiern oder beim zufälligen Treffen am Gang. Eines ist sicher: sie kommunizieren!

*Mag. Sylvia Kögler, Bürgermeisterin der Marktgemeinde Grafenbach und
Herbert Thumpser MSc, Bürgermeister der Marktgemeinde Traisen*

Innerhalb der österreichischen Kommunen ist, genauso wie in der Privatwirtschaft, ein Umbruch spürbar. Waren VerwaltungsmitarbeiterInnen noch vor gar nicht allzu langer Zeit die Hüter der verstaubten Amtsstuben, so sind sie jetzt zu Dienstleistern der GemeindegängerInnen geworden. Jahrzehntlang bewährte Arbeitsmechanismen wurden durch neue Kommunikationsinstrumente abgelöst. Dazu kommen neue Herausforderungen wie zunehmend beschränkte finanzielle Möglichkeiten und BürgerInnen, die ein Mehr an Leistungen fordern. Die Anforderungen an die MitarbeiterInnen der Kommunen sind umfangreicher geworden. Damit erhöht sich auch die Erwartung dieser an die Führungskräfte. Für die Führungskräfte bedeutet dies, dass sie sich am Wertedreieck „wirtschaftlich effizient“, „bürgerfreundlich“ und „mitarbeiterorientiert“ ausrichten müssen.

Wertschätzende Kommunikation

Mit diesen neuen Herausforderungen ging auch eine Bewusstseinsänderung unserer MitarbeiterInnen einher. Viele möchten ihre Ideen, Vorschläge und Ansichten besprochen, diskutiert und umgesetzt sehen. Dies setzt die Führungskräfte vor neue Herausforderungen: Information und Kommunikation wird mehr denn je zum Schlüssel des Erfolges. Die erfolgreiche Führungskraft von morgen wird von der Bereitschaft geprägt sein, unterschiedliche Interessen zu akzeptieren, Probleme zu diskutieren und Konflikte zu bereinigen. Dies erfordert einen kooperativen Führungsstil und eine wertschätzende Kommunikation. Denn die Herausforderung des kommenden Jahrzehnts wird die soziale Kompetenz unserer MitarbeiterInnen betreffen. In den Führungsetagen von Privatunternehmen setzte sich in den letzten Jahren

die Überzeugung durch, dass die Orientierung an dem/der einzelnen MitarbeiterIn mittelfristig die besten Erfolge für die Organisation mit sich bringt. MitarbeiterInnen sollen durch die kommunikative Haltung der Führungskraft gefördert und motiviert werden.

Dies mit dem Ziel, die Stärken und Fähigkeiten der MitarbeiterInnen zu unterstützen und eine Vertrauensbasis zwischen Führungskraft und MitarbeiterIn aufzubauen. Wertschätzung und Menschlichkeit werden als *die* Erfolgsfaktoren für Wirtschaftsunternehmen der Zukunft definiert. Es wäre ein gewiefter Schachzug, wenn wir in den Kommunen diesen Paradigmenwechsel mitvollziehen würden.

Wenn wir ehrlich mit uns selbst sind, dann setzen wir als Führungskräfte in den Kommunen in unseren alltäglichen Auseinandersetzungen des Öfteren Sprache als

AUS DEM STÄDTEBUND

Machtinstrument ein. Dies beeinträchtigt jedoch Beziehungen und lässt Konflikte entstehen. Ein neuer Kommunikationsansatz ist die wertschätzende Kommunikation, die auf Kooperation und Vertrauen aufbaut und die Eigenverantwortlichkeit fördert. Dieser Ansatz der wertschätzenden Kommunikation bezieht die Anliegen aller Beteiligten mit ein und dient dadurch schlussendlich der Effektivität am Arbeitsplatz. Ziel ist es, eine neue Haltung den

Führungskräfte schon bei der Erstellung der Tagesordnung kann als ein erster Schritt in Richtung „wertschätzende Kommunikation“ gesehen werden. Die Tagesordnung so termingerecht zugestellt, dass es allen TeilnehmerInnen möglich ist, sich auf einzelne Punkte vorzubereiten, garantiert, dass ein erster Schritt zu einer effizienteren Besprechung getan ist. Ein Ergebnisprotokoll gewährleistet, dass die Aufgabenstellungen sowie die Terminsetzungen

Verständnis solcher Vorgänge helfen jedoch der Führungskraft, zielgerichtet zu intervenieren, d.h. eine aktive, wertschätzende Kommunikationsstrategie parat zu haben. Je weniger aktive interne Kommunikation von Seiten der Führungskräfte in einer Kommune betrieben wird, desto größer ist die Gerüchtebörse im eigenen Haus. Die MitarbeiterInnen fühlen sich bei ungenügender oder falscher Information nicht wertgeschätzt. Dies kann selbstverständlich dazu führen, dass diese Gerüchte die Bevölkerung und damit die WählerInnen erreichen. Damit wirkt sich besonders unzureichende interne Kommunikation negativ auf die externe Kommunikation aus.

Dies sind zwei Beispiele von vielen, die zeigen, wie wichtig interne Kommunikation mit MitarbeiterInnen in unseren Kommunen ist. Wir sehen interne Kommunikation als Teil der Kommunikationskultur. So wie intern mit den MitarbeiterInnen kommuniziert wird, so werden diese in der Öffentlichkeit die Kommune repräsentieren. Interne Kommunikation ist ein permanenter Prozess. Ein Prozess, in den es sich lohnt, auch in finanziell schwierigen Zeiten, zu investieren. Denn durch diese Investition erhalten unsere MitarbeiterInnen eine höhere Motivation; es werden einerseits die Arbeitseffizienz und andererseits die Arbeitszufriedenheit gesteigert. Dadurch ist „richtige interne Kommunikation Goldes wert“!



Mag.ª Sylvia Kögler, Bürgermeisterin aus Grafenbach



Bürgermeister Herbert Thumpser MSc, untersuchte österreichische Kommunen.

MitarbeiterInnen gegenüber einzunehmen. Im alltäglichen Umgang äußert sich diese Wertschätzung in verschiedensten Formen. Eine dieser Formen ist die Durchführung von Besprechungen, Sitzungen und Jours fixes; eine andere Form ist die der Gerüchte!

und Verantwortlichkeiten klar und übersichtlich sind. Dadurch ist es möglich, dass alle TeilnehmerInnen einer Besprechung ihre MitarbeiterInnen informieren können und es zu keinen „Fehlinterpretationen“ von Ergebnissen kommen kann. Die TeilnehmerInnen sprechen „mit einer Zunge“!

Am Beispiel Besprechungen

Unsere, im Jahr 2013 geführte Studie unter 220 österreichischen Kommunen zeigte, dass mehr als 50 Prozent der österreichischen Kommunen keine schriftliche Tagesordnung für Besprechungen der Führungskräfte haben. Dies führt dazu, dass sich MitarbeiterInnen auf die Besprechungen wenig bis gar nicht vorbereiten können und dass das Ergebnis oft ein unbefriedigendes ist. Die Äußerungen von TeilnehmerInnen nach einer derartigen Besprechung sind bekannt.

Es gilt: Keine Besprechung ohne Tagesordnung und Protokoll. Die Einbindung der

Am Beispiel Gerüchte

Es passiert, dass dort, wo Menschen zusammenarbeiten – also sich in sozialen Systemen bewegen – Gerüchte entstehen. Am Rande einer Besprechung wird von irgendwem eine Information aufgeschnappt, diese aus der persönlichen Sicht interpretiert und ausgeschmückt: aus der Mücke wird der Elefant. Im Führungsalltag genügt oft schon eine kleine Ankündigung einer Veränderung, die dann dazu führt, dass MitarbeiterInnen schlaflose Nächte haben und der Gerüchteküche Tür und Tor geöffnet wird. Die Kenntnis interner Kommunikationsmechanismen und das



INFOS:

Bürgermeisterin Sylvia Kögler und Bürgermeister Herbert Thumpser sind AutorInnen des Buchs „Auch MitarbeiterInnen sind Menschen Teil 2“ und Vortragende zum Thema „Kommunikation – intern, extern – integriert“. www.thucom.at

Umweltausschuss:

Die neue LIFE-Verordnung im Blickpunkt

Für den Zeitraum 2014 bis 2020 steht 28 Mitgliedstaaten ein Fördervolumen von 3,46 Milliarden Euro zur Verfügung, wobei die Kofinanzierungsrate in der Regel 60 Prozent beträgt.

Dr. Guido Dernbauer, Österreichischer Städtebund

Im neuen LIFE-Programm gibt es zwei Unterprogramme: Umwelt und Klima. Es soll jährliche Ausschreibungen geben, wobei die erste vermutlich im Mai 2014 stattfinden wird. Im Unterprogramm Klima gibt es drei Hauptschwerpunkte:

- Klimaschutz
- Anpassung an den Klimawandel
- Verwaltungspraxis und Information im Klimabereich

Im Schwerpunkt Klimaschutz geht es um die Verbesserung der Wissensgrundlage und die Bewertung von Klimaschutzmaßnahmen. Hier werden eher technische Projekte zum Zug kommen. Im Bereich Klimawandelanpassung soll es zur Entwicklung von Strategien zur Anpassung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene kommen. Bei Verwaltungspraxis und Information geht es primär um die Verbreitung von Informationen und Methoden sowie um die Einbindung von Interessensträgern. Beim Unterprogramm Umwelt sind 55 Prozent der Mittel für Natur und Biodiversität vorgesehen. Die Hauptschwerpunkte sind Umwelt/Ressourceneffizienz, Natur/Biodiversität und Verwaltungspraxis/Information. Im Bereich der Ressourceneffizienz geht es um die Verbesserung der Wissensgrundlage zur Bewertung der EU-Umweltpolitik sowie um Faktoren, die sich auf die europäische Umwelt auswirken. Im Kapitel Biodiversität sind primär die Umsetzung der EU-Natur-

schutzgesetzgebung und Beiträge zur Erreichung der Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie von Interesse. Im Kapitel Information sollen eine Sensibilisierung für Umweltthemen sowie ein Wissensaustausch über Kooperationsplattformen und Schulungen erfolgen. Margareta Stubenrauch vom Lebensministerium wies darauf hin, dass bei der Bewertung von Projektanträgen auf dieses Kapitel besonders Wert gelegt und auch mit Zusatzpunkten versehen wird.

Schwerpunkte

Die inhaltlichen Prioritäten der LIFE-Verordnung 2014 bis 2020 finden sich im Anhang III. Schwerpunktartig sollen die Bereiche Wasser, Abfall, Ressourceneffizienz, Chemikalien, Lärm- und Industrieunfälle, Luft und Industrieanlagen, Natur- und Biodiversität sowie die Verwaltungspraxis und Information im Vordergrund stehen.

Bei den Projekttypen wird zwischen Pilot-, Demonstrations-, Best-Practice-Projekten, integrierten Projekten sowie Informationsprojekten unterschieden. Zu den integrierten Projekten gibt es aber klare Vorgaben: So muss die Umsetzung eines Plans/Programms oder einer Strategie auf Basis von EU-Recht erfolgen (Beispiel Gewässerbewirtschaftungsplan). Das Projekt muss sich auf ein größeres geografisches Gebiet beziehen und zumindest regional ausgerichtet sein. Am besten wäre es, wenn bei einem

solchen Projekt drei bis vier Bundesländer zusammenarbeiten würden. Inhaltlich sind integrierte Projekte beschränkt auf Natur, Wasser, Abfall, Luft, Klimaschutz und auf die Anpassung an den Klimawandel. Da in der Vergangenheit eine Einbindung von Stakeholdern oft vernachlässigt wurde, ist diese nun zwingend vorgeschrieben (z.B. Stakeholder im Donauraum). Es gibt zwar eine 60-prozentige Kofinanzierungsrate, aber es muss eine Mobilisierung zusätzlicher EU- oder nationaler (regionaler) Finanzmittel über die Kofinanzierung hinaus erfolgen. Für integrierte Projekte sind max. 30 Prozent der Finanzmittel vorgesehen, wobei es ein zweistufiges Antragsverfahren gibt. Zunächst muss eine sogenannte „Concept note“ über ca. fünf Seiten und ein grober Finanzplan eingereicht werden. Danach erfolgen direkte Verhandlungen mit der Europäischen Kommission.

Im Unterprogramm Klima gibt es im Jahr 2014 noch keine integrierten Projekte. Es ist zu erwarten, dass zwischen der Antragsstellung und dem eigentlichen Projektbeginn dieselbe Zeit vergeht wie schon in der alten LIFE-Periode. Die Größenordnung der integrierten Projekte soll 8 bis 10 Mio. Euro sein und auch für Österreich ist die Inanspruchnahme einer technischen Hilfe möglich. Pro Mitgliedstaat sollen drei integrierte Projekte (mindestens eines aus jedem Unterprogramm) laut Vorstellungen der Europäischen Kommission eingereicht werden. Die Verwaltung des Programms geht an eine externe Agentur, damit der nationale Bezug zu Projekten verringert werden kann. Bei der Sitzung des Umweltausschusses in Salzburg am 5.11.2013 wurden u.a. noch die Themen „Belastung österr. Gewässer mit Spurenstoffen“, „Integratives Regenwassermanagement im städtischen Raum“, „Maßnahmen zur Reduktion von Lebensmittelabfall“ sowie „Luft- und Lärmbelastung durch den Betrieb von Laubbläsern“ behandelt.



Vizebürgermeister Harald Preuner begrüßte die TagungsteilnehmerInnen in Salzburg

AUS DEM STÄDTEBUND

Aktuelle Entwicklungen im Gewerberecht

Am 16. und 17. Oktober 2013 hielt der Fachausschuss für Gewerberecht und Gewerbeteknik in Wien seine 54. Sitzung ab.

Mag. Sabine Marchart, Österreichischer Städtebund

Magistratsdirektor Erich Hechtner begrüßte die Mitglieder sehr herzlich und wünschte für die nachfolgenden Diskussionen viel Erfolg. Neben dem umfangreichen Erfahrungsaustausch, bei dem zahlreiche Problemfelder und Fragestellungen besprochen wurden, hatten die Mitglieder auch die Möglichkeit, mit Wilhelm Bergthaler (Haslinger/Nagele & Partner Rechtsanwälte GmbH) die aktuellen Entwicklungen im Gewerberecht zu erörtern. Nach einem Nachmittag mit lebhaften Diskussionen lud der Österreichische Städte-

bund zu einer Führung in die Porzellanmanufaktur Augarten und anschließend Abendessen im Restaurant Leupold ein. Am 2. Sitzungstag konnten die TeilnehmerInnen bei einer Führung durchs Wiener Rathaus Einblick in die Räumlichkeiten gewinnen, um anschließend im altherwürdigen Wappensaal ihre Tagung fortzusetzen.

Die nächste Sitzung des Fachausschusses für Gewerberecht und Gewerbeteknik findet am 7. und 8. Mai 2014 in der Landeshauptstadt Linz statt.



PID/Walter Schaub-Walzer



**Kommunalforum
Alpenraum**

Unter allen Kommunalforum-Teilnehmern verlost der Fahrzeughersteller Lindner für drei Monate den „Lintrac“

Mehr Energie für die Gemeinden

Am 17. März 2014 geht im Lindner-Innovationszentrum die zweite Auflage des Kommunalforums Alpenraum über die Bühne. Das Leitthema der grenzüberschreitenden Veranstaltung lautet „Mehr Energie für die Gemeinden“. Im Fokus stehen Einspar- und Effizienzpotenzialen sowie die künftige Energieversorgung der Kommunen. Hochkarätige Referenten erörtern, was die Energiewende für die Regionen im Alpenraum bedeutet, welche Energiequellen ihnen künftig zur Verfügung stehen und wie diese Herausforderungen gemeistert werden können.

Das Kommunalforum Alpenraum versteht sich als Plattform für mehr Vernetzung der Gemeinden im Alpenraum. Kooperationspartner sind das Forum Land, der Bayerische Gemeindetag, die Bayerische Gemeindezeitung, Kommunal – das Fachmagazin des Österreichischen Gemeindebundes, die Gemeindeverbände Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Südtirol, der Österreichische Städtebund und der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner. Als Location dient das neue Traktoren Innovationszentrum Tirol in Kundl.

Kommunalforum Alpenraum 2014

Mehr Energie für die Gemeinde

17. März 2014, Lindner
Innovationszentrum Kundl



Gewinnen Sie einen
LINTRAC
für 3 Monate!*

*Verlosung erfolgt unter
allen Teilnehmern



**Kommunalforum
Alpenraum**



Tiroler Tageszeitung



Forum Land



Bayerische Gemeindezeitung



Kommunal



Gemeindeverband



PROCONTRACTING

BEZAHLTE ANZEIGE

Im Städtebund konstituiert:

Arbeitskreis Facility Management

Am 27. November 2013 konstituierte sich in Schwechat der Arbeitskreis „Kommunales Facility Management“ im Rahmen des 7. Treffens der seit mehreren Jahren bestehenden Plattform zu diesem Arbeitsgebiet.

Mag. Alexander Lesigang, Österreichischer Städtebund

Die Aufgaben der Städte und Gemeinden bei der effizienten Nutzung und der Erhaltung von Immobilien haben sich in der jüngeren Vergangenheit sehr verändert und sind zu einem komplexen Betätigungsfeld geworden. Es war daher naheliegend, auch innerhalb der Gremien des Städtebunds damit befasste Expertinnen und Experten in den Mitgliedsgemeinden zu vernetzen. Dies erfolgte durch Einrichtung eines Arbeitskreises Kommunales Facility Management auf Beschluss der Geschäftsleitung des Städtebundes.

Das Rundschreiben des Generalsekretärs hatte ca. 30 Nominierungen aus den Mitgliedstädten in ganz Österreich zur Folge. Somit wurde eine ausgezeichnete Startbasis für den Arbeitskreis geschaffen. Der formelle Akt der Konstituierung war in das 7. Treffen der Plattform „Kommunales Facility Management“ eingebettet, auch um das Ziel einer möglichst breiten Vernetzung zu dokumentieren.

Wahl des Vorsitzenden

Der wichtigste Programmpunkt der Konstituierung war die Wahl des Vorsitzenden, zu dem auf Vorschlag des Städtebundes Ing. Peter Kovacs aus der Magistratsabteilung 34 der Stadt Wien gewählt wurde.

Zu seinem Stellvertreter wurde Michael Matzan gewählt, der in der Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt für Facility Management und Beschaffungswesen verantwortlich ist. Neben den aus den Städten nominierten Mitgliedern wurden auch Personen aus Institutionen, die für das kommunale Facility Management interessante und wichtige Beiträge einbringen können, in den Arbeitskreis kooptiert.

Die inhaltlichen Punkte des Treffens waren eine Präsentation des Facility Managements der gastgebenden Stadt Schwechat und die dafür erstellte Objektdatenbank durch Georg Honeder. Mit dieser Datenbank, in der alle Bauobjekte der Stadt erfasst sind, können unter-

schiedliche Maßnahmen zum Betrieb und Erhalt der Gebäude effizient erfasst werden und jederzeit abgerufen werden. Die Stadt hat sich damit eine maßgeschneiderte Lösung geschaffen, um möglichst kostengünstig alle Vorgänge steuern zu können.

Peter Kovacs und Hardwig Wilfinger berichteten über aktuelle Entwicklungen im österreichweit agierenden Interessenverband „Facility Management Austria (FMA)“ und über die Richtlinie GEFMA FMA 190 (Betreiberverantwortung). Weiters präsentierte Helmut Pimpl seinen „Gebäude-Quick-Check“ und einen Beitrag zum Thema „Energieautarkie für Kommunen“.

Die Besichtigung der „Allgemeinen Sonderschule Schwechat“ rundete das Programm ab. Die Stadt Schwechat zeigte sich als hervorragende Gastgeberin und bot optimale Voraussetzungen für einen ergebnisreichen Erfahrungsaustausch und eine enge Vernetzung.



Die TeilnehmerInnen des im Städtebund neu konstituierten Arbeitskreises „Kommunales Facility Management“ in Schwechat.

ÖBB: Komfortzone in Talent- und Desiro-Zügen

28 Komfortsitze pro Garnitur für Langstrecken-Pendler

Seit Ende des Vorjahres setzen die ÖBB die ersten umgebauten Talent- und Desiro-Züge mit Komfortzone ein.

Umbau Anfang 2016 abgeschlossen

Pro Garnitur werden 28 bestehende Sitze durch neue Komfortsitze der Firma Compin ersetzt. Die Sitze zeichnen sich durch ihre angenehme Polsterung, eine Kopfstütze, einen Klapptisch, ein Zeitungsnetz, eine Fußstütze sowie die individuelle Verstellbarkeit aus. Die Fahrgäste profitieren zusätzlich von mehr Beinfreiheit. Die Komfortzone soll vor allem Pendlern, die längere Strecken zurücklegen, ein Plus an Wohlbefinden bringen. Bis Anfang 2016 werden schrittweise die Talent- und Desiro-Garnituren mit der neuen Komfortzone ausgestattet. Pro Monat werden ca. zehn Garnituren umgebaut.

Kunden entschieden über Komfortsitz

Die Komfortsitze wurden mit Hilfe der ÖBB-KundInnen ausgewählt. 2011 fand der erste Sitztest mit Fahrgastbefragung statt. Anhand der Ergebnisse wurden die Sitze ausgeschrieben. Im Dezember 2012 haben ExpertInnen und Fahrgäste vier verschiedene Sitze getestet. Zwei Wochen lang sind die speziell zu diesem Zweck umgebauten Talent- und Desiro-Sitztestwagen in Österreich unterwegs gewesen und im Frühling 2013 fiel die Sitzentscheidung.



ÖBB-Bürgerservice: Mit der Bahn zum Gemeindeausflug

- Individuelle Fahrten für Gemeinden
- Eigene Zuggarnituren mit Platz für bis zu 400 Personen

Die ÖBB bieten ab sofort eigene Zuggarnituren für Gemeindeausflüge an. Dabei kann man aus den unterschiedlichsten Fahrzeugtypen sein Wunschfahrzeug mit Platz für 70 bis 400 Personen wählen. Auf Wunsch werden die Kunden während der Fahrt auch von einem Zugbegleiteteam betreut. Ebenso besteht die Möglichkeit ein Catering für die Zugfahrt zu bestellen.

Die ÖBB Kundenberater in den Regionen kümmern sich auf Anfrage auch um das Rahmenprogramm vor Ort und schnüren ein Rundum-Paket. Sonderwünsche wie Züge bis 1.000 Personen, Sonderzüge für Events, Taktverdichtung bestehender Fahrplanangebote bei Veranstaltungen oder eigene Wagen, die an bestehende Züge angehängt werden, sind ebenfalls möglich. Einen Tagesausflug von Hollabrunn bis nach Carnuntum für bis zu 200 Personen im klimatisierten, barrierefreien Nahverkehrszug „Talent“ gibt es z.B. bereits ab € 3.300.

Alle weiteren Informationen zum Thema Gemeindeausflug finden Sie im Internet unter oebb.at.



Hintere Reihe: Generalsekretär Dr. T. Weninger, Dr. A. Eberle (Vbg.), Mag. T. Sedlak (Stadt Wien), Mag. T. Dewina (NÖ), Dr. S. Hoflehner (Stmk.), Mag.^a B. Staats (Ktn.), Dr. H. Köfler (T); Vorne: Dr. S. Wohleser (Brüssel), C. Huber (Vbg.), MMag. A. Atzgerstorfer (v.l.).

Sitzung der Landesgruppen des Österreichischen Städtebundes in Linz: **Städte vor neuen Aufgaben**

Auf Einladung der Landesgruppe Oberösterreich und der Stadt Linz fand die Herbstsitzung der Landesgruppen am 7. und 8. November 2013 in den Räumlichkeiten des Neuen Rathauses in Linz statt.

Nach der Begrüßung durch Generalsekretär Weninger und Abteilungsleiter Christoph Andlinger in Vertretung von Vorsitzendem Magistratsdirektor Erich Wolny erwartete die erschienenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer neben zahlreichen kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten ein informatives Programm und ein lebhafter Erfahrungsaustausch.

Interessante Vorträge und reger Gedankenaustausch

Zu Beginn wurden von den ExpertInnen des Magistrates Linz zwei Referate zum Thema „Wissensmanagement im Magistrat Linz und dessen Umsetzung im BürgerInnenservice sowie in der Personalverwaltung“ abgehalten. Danach hielt FH-Prof. Peter Grabner vom FH Campus Wien einen interessanten Vortrag zum Thema „Risikomanagement und Hoheitliche Tätigkeit von Gemeinden – nützliches Steuerungsinstrument oder Zeitverschwendung?“.

Lebhafter inhaltlicher Erfahrungsaustausch zwischen den TeilnehmerInnen

Sodann wurde anhand der vom Generalsekretariat vorbereiteten Sitzungsunter-

lage ein reger Gedankenaustausch zu kommunalen Themen abgehalten. Unter anderem wurde die Problematik der Erhebung und Verwendung von Wasserbenutzungsgebühren diskutiert. Ein weiteres prominentes Thema war natürlich die Einführung der neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit und die Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden. Man ist sich darin einig, dass ab 1. Jänner 2014 ein tiefgreifender Einschnitt in das Rechtsmittelverfahren der Städte und Gemeinden stattfindet. Zusätzlich problematisch stellt sich die Situation dadurch dar, dass jedes Bundesland einen eigenen Instanzenzug wählen kann. Im Bundesland Salzburg soll es sogar innerhalb eines einzelnen Bundeslandes Unterschiede im Instanzenzug geben. Weitere behandelte Themen waren vergaberechtliche Schwerpunkte, Schutz des Wassers als Staatszielbestimmung in der Bundesverfassung, eine Novelle der Gewerbeordnung sowie die Novellierung des Abfallwirtschaftsgesetzes, eine Absage des Bundesministeriums für Inneres für die Errichtung von Gemeindegewachkörpern in Statutarstädten, der kommunale Zugang zu ÖNORMEN, die Umsatzsteuerpflicht bei Ge-

meindekooperationen, die Reform des kommunalen Haushaltswesens, die Eisenbahnkreuzungsverordnung und ihre Auswirkungen auf Städte und Gemeinden, das EU-Beihilfenrecht, das Vergaberechtspaket und die Konzessionsrichtlinie der EU sowie die Gender-Umfrage des Österreichischen Städtebundes. Dies sind natürlich nur beispielhafte Aufzählungen.

Verabschiedung von Magistratsdirektor Erich Wolny

Im Zuge dieser Veranstaltung war leider auch die Verabschiedung aufgrund der Pensionierung von Magistratsdirektor Erich Wolny aus Linz durchzuführen. Erich Wolny hat das Generalsekretariat und die Landesgruppe Oberösterreich lange Jahre mit seiner kommunalen Erfahrung unterstützt und begleitet. Mit 1. Dezember 2013 trat er seinen verdienten Ruhestand an. Dafür wünschen ihm das gesamte Generalsekretariat des Österreichischen Städtebundes sowie alle Kolleginnen und Kollegen Alles Gute. Es wird seitens des Generalsekretariates gehofft, dass Erich Wolny auch zukünftig den „kommunalen Weg“ seiner Städte und Gemeinden begleiten wird.

ZUKUNFT BEGINNT JETZT

Im Rahmen der Tätigkeit der Aspern Smart City Research GmbH werden mit Daten von individuellen AnwenderInnen Prozesse zur effizienteren Energieerzeugung und Energienutzung erforscht.



Forschungsstandort der Seestadt: Eine Innenansicht des Technologiezentrums aspern IQ.

Städte nehmen derzeit rund zwei Prozent der Erdoberfläche ein. In ihnen lebt aber die Hälfte der Weltbevölkerung. Diese verbraucht 75 Prozent der Energie und verursacht 80 Prozent aller Kohlendioxid-Emissionen. Die Städte haben aber gleichzeitig nur geringe Ressourcen an Wasser und wenige Flächen für Windkraft und Photovoltaik. Künftige Entwicklungen müssen daher eine effiziente Energieerzeugung und Energienutzung stärker als bisher berücksichtigen. Durch das ständige Wachstum der Weltbevölkerung steigen auch der Energiebedarf und die weltweite CO₂-Belastung kontinuierlich an.

SMARTE TECHNOLOGIEN SIND KÜNFTIG EIN MUSS

Eine verlässliche und nachhaltige Versorgung mit Energie ist damit eine der wichtigsten Zukunftsthemen. Die „Aspern Smart City Research GmbH & Co KG im Technologiezentrum aspern IQ wird die Seestadt als Testgebiet für smarte Technologien nutzen. Hier besteht die Möglichkeit, neue Technologien im realen Betrieb zu testen. Was besonders ist, ist die Tat-

sache, dass echte Daten von individuellen AnwenderInnen, gesamten Gebäuden und Energieversorgern für die Forschungsprogramme zur Verfügung stehen. Neue Wohnhausanlagen, Gebäudekomplexe mit gemischter Büro- und Wohnnutzung und der neue Bildungscampus werden an künftigen Forschungsprojekten teilnehmen. In diesen Häusern werden innovative Technologien, wie beispielsweise Smart Meter, zum Einsatz kommen. Die daraus gewonnenen Daten bilden dann die Grundlage für die wissenschaftliche Zukunftsforschung. Dann werden diese von der Aspern Smart City Research



einer Analyse unterzogen und im Rahmen von Simulationen verwendet. Das geschieht mit der Absicht, den Energiebedarf der Gebäude zu optimieren und den Energieverbrauch zu senken.

DATEN FÜR DIE FORSCHUNG KOMMEN AUCH AUS WOHNUNGEN

Ab 2015 werden die ersten Wohnhausanlagen von den MieterInnen bezogen. Dann kann die Forschung mit den realen Daten beginnen. Die Forschungsdaten können zu 90 Prozent aus dem Stromnetz erhoben werden. Zehn Prozent der Daten sollen aus den Wohnungen kommen. Die MieterInnen werden im Rahmen von Gesprächen über die Möglichkeit, an einem Forschungsprogramm teilzunehmen, informiert und können, wenn Interesse besteht, Einverständniserklärungen abgeben. Mit diesen Daten wird natürlich mit größter Sorgfalt umgegangen. Geplant sind außerdem Informationsveranstaltungen, um die BewohnerInnen über die Forschungsprogramme zu informieren. Im Rahmen dieser Events wird es auch die Möglichkeit geben, das Forschungsteam kennenzulernen. Derzeit besteht das Forschungsteam aus etwa 20 Personen. Sie kommen aus den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen, wie zum Beispiel Energiewissenschaft, Netzwerktechnik oder Sozialwissenschaften.

Weitere Infos: www.ascr.at, www.asperniq.at

Umsetzung in Österreich:

Die EU-Hochwasserrichtlinie

Österreichs Umsetzung der EU-HWRL ist die konsequente Fortsetzung des mit der Aufarbeitung der massiven Hochwässer 2002 und 2005 eingeschlagenen Weges.

Clemens Neuhold, Abteilung VII/5: Schutzwasserwirtschaft, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Das Zusammenrücken der diversen Akteure im Hochwasserrisikomanagement – bereits seit Jahren ein erklärtes Ziel der Fachverwaltung in Bund und Ländern – erhält nun durch die EU-HWRL einen wasserrechtlichen Rahmen. Für die Schutzwasserwirtschaft gilt es, die vielschichtigen Kompetenzen in der Verwaltung auf Bundes- und Landesebene zu koordinieren und die Strukturen für die erforderliche Zusammenarbeit zu schaffen. Es wird versucht, Bewährtes in die neuen Planungsinstrumente einzubauen oder mit diesen sinnvoll zu verknüpfen. Die Richtlinie 2007/60/EG

des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken wird in drei Bearbeitungsschritten – zyklisch alle sechs Jahre – umgesetzt:

1. Vorläufige Bewertung des Hochwasserrisikos (PFRA) inklusive der Ausweisung von Gebieten mit potenziell signifikantem Hochwasserrisiko (APSFR / Risikogebiete) – 22.12.2011
2. Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten – 22.12.2013
3. Hochwasserrisikomanagementpläne – 22.12.2015

Der erste Schritt der Umsetzung – die Ausweisung von Risikogebieten (Abb. 1) – gibt die räumliche Abgrenzung der weiteren Bearbeitung vor. So sind die Hochwassergefahrenkarten (Abb. 2) und Hochwasserrisikokarten (Abb. 3) sowie die Hochwasserrisikomanagementpläne für zumindest diese abgegrenzten Risikogebiete zu erstellen.

Fachliche Grundlagen zu Hochwassergefahrenkarten

Hochwassergefahrenkarten wurden für Szenarien niedriger (HQ300 oder Extremereignis), mittlerer (HQ100) und hoher

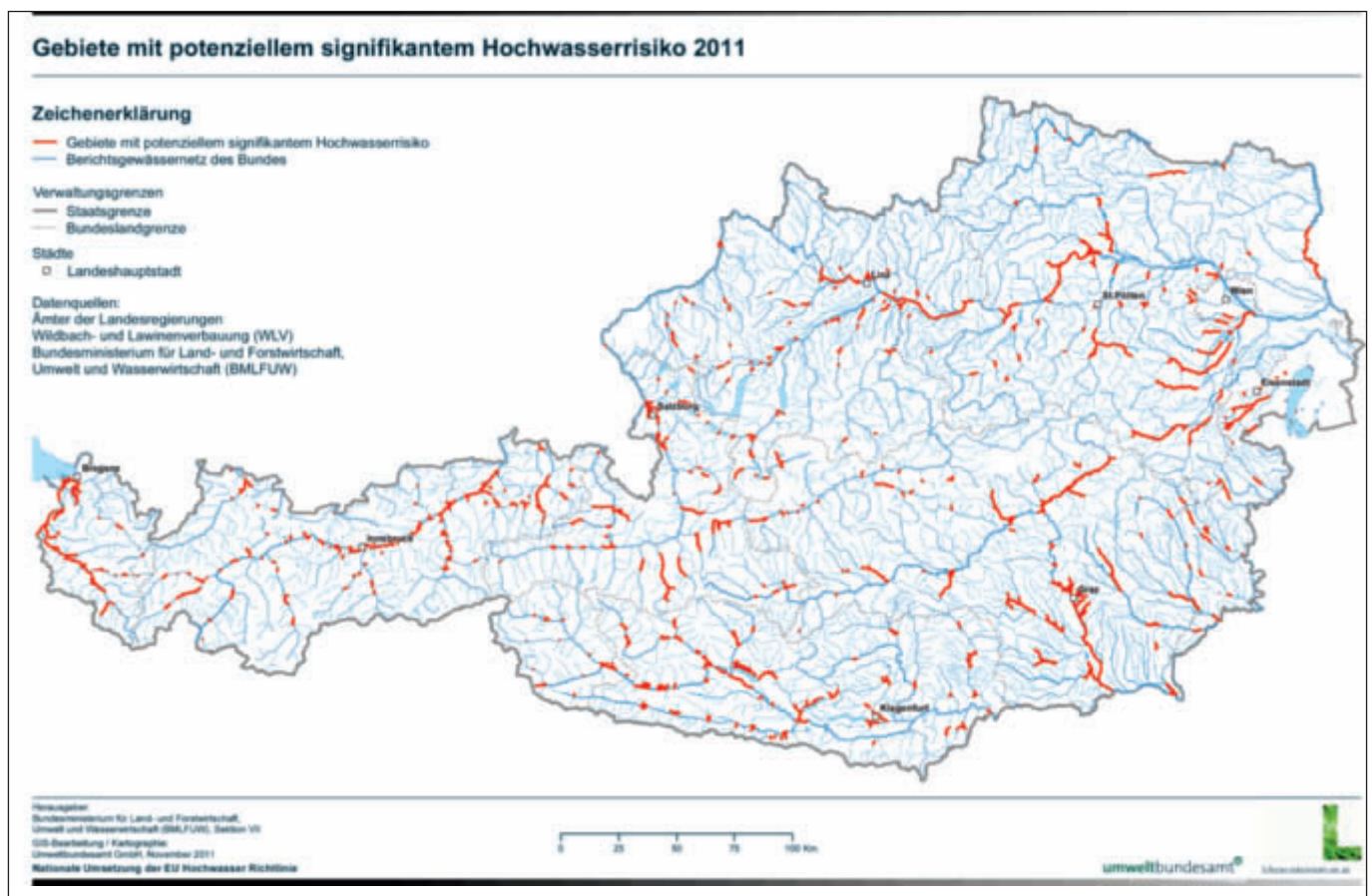


Abb. 1: Ausweisung der Gebiete mit potenziell signifikantem Hochwasserrisiko 2011
 (Weiterführende Information unter <http://wisa.lebensministerium.at>)

AUS DEM STÄDTEBUND

Wahrscheinlichkeit (HQ30) erstellt. Sie umfassen die Ausweisung von Überflutungsflächen, Wassertiefen und Fließgeschwindigkeiten und werden im Maßstab 1:25000 dargestellt. Es wurde versucht die Hochwassergefahrenkarten möglichst flächendeckend und auf Grundlage der genauesten vorhandenen Daten zu erstellen (Abflussuntersuchungen, Gefahrenzonenausweisungen, Gefahrenzonenpläne, Hochwasserrisikozonierung Austria - HORA). Die Datengüte (harte und weiche Daten) wurde durch eine unterschiedliche Darstellung der Karteninhalte (Farbgebung und Schraffur) ausgewiesen. Die Überflutungsflächen, Wassertiefen und Fließgeschwindigkeiten werden dabei mit folgenden Informationen hinterlegt:

- Topographische Hintergrundkarte (1:50000)
- Verwaltungsgrenzen (politische Gemeinden)
- Gewässernetz (Berichtsgewässernetz)

- Kilometrierung
- Gebiete mit potenziell signifikantem Hochwasserrisiko (Gewässerstrecken)

Fachliche Grundlagen zu Hochwasserrisikokarten

Die wesentlichen Aussagen der Hochwasserrisikokarten – Zielgruppe ist in erster Linie die breite Öffentlichkeit – beziehen sich auf:

- die ungefähre Anzahl der potenziell betroffenen Bevölkerung
- die Art der wirtschaftlichen Tätigkeit im potenziell betroffenen Gebiet
- Anlagen, die im Falle der Überflutung umweltgefährdend wirken können
- Gebiete, in denen Hochwasser mit hohem Feststoffgehalt oder murenartige Hochwasserereignisse auftreten können
- Informationen über potenzielle Verschmutzungsquellen

An Hand der Verschneidung – mittels Geographischen Informations System

(GIS) – von Hochwassergefahrenkarten (Überflutungsflächen) mit Daten zu den Schutzgütern

- Mensch (Gebäude- und Wohnungsregister): „EinwohnerInnen im Überflutungsgebiet pro Gemeinde“
- Umwelt
- Potenzielle Verschmutzungsquellen (Europäisches Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister, Industrieanlagen, Abfall- oder Abwasserentsorger, bedeutende Altlasten)
- Schutzgebiete Umwelt (Natura 2000 / Nationalpark, Badegewässer)
- Kulturerbe (Rand- und Kernzonen UNESCO Weltkulturerbe)
- wirtschaftliche Tätigkeit
- Landnutzung (CORINE LAND COVER 2006): Landnutzungsklassen
- NAVTEQ-Daten (für Siedlungsgebiete in städtisch geprägten Flächen)
- Infrastruktur (hochrangige und

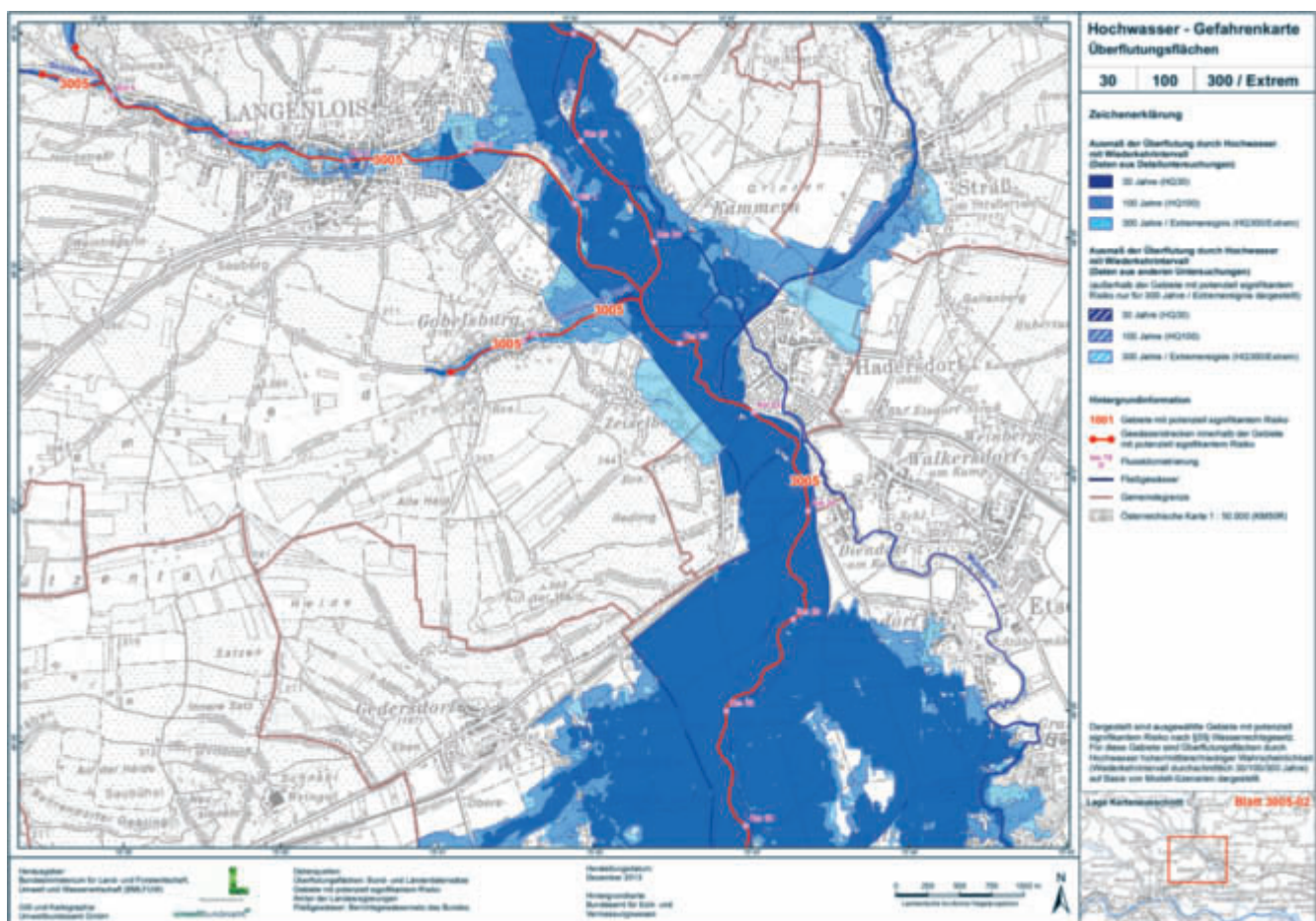


Abb. 2: Darstellung der Überflutungsflächen (Weiterführende Information unter <http://wisa.lebensministerium.at>)

AUS DEM STÄDTEBUND

überregional bedeutsame Anlagen)
 • hoher Feststoffgehalt oder murenartige Ereignisse (Leitfaden Bemessungsergebnisse - WLW und BWV)
 wurden die Hochwasserrisikokarten erstellt, wobei die potenziell betroffenen Landnutzungsclassen in fünf Kategorien farblich hinterlegt wurden und die Anzahl der potenziell Betroffenen in vier Kategorien untergliedert wurde.

Möglichkeiten zur Anwendung der Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten

Die genannten Kartenwerke werden der breiten Bevölkerung über ein Web-GIS zur Verfügung gestellt. Sie bilden die Grundlage zur Erstellung der Hochwasserrisikomanagementpläne (3. Schritt der Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie), finden Anwendung als Planungsinstrument und leisten einen nennenswer-

ten Beitrag zur Risikokommunikation. So können beispielsweise Gefahrenzonenplanungen basierend auf den Daten der Gefahrenkarten zu Wassertiefe und Fließgeschwindigkeit erstellt werden, wenn diese auf Basis von Abflussuntersuchungen nach dem Stand der Technik erstellt wurden. Dabei werden die beiden Detailinformationen zur „Hochwasserintensität“ zusammengefasst und an Hand der Darstellung von gelben und roten Zonen für die Öffentlichkeit verfügbar gemacht.

Die Darstellung von unterschiedlichen Landnutzungsclassen sowie potenziell betroffenen Personen im Überflutungsgebiet trägt bei entsprechender Kommunikation gegenüber der Bevölkerung erheblich zur Bewusstseinsbildung bei. Dies ermöglicht somit hochwasserangepasste Nutzung in potenziell betroffenen Gebieten bzw. die Anpassung von bereits er-

richteten Gebäuden (Objektschutzmaßnahmen). Die Schlussfolgerungen aus der vorläufigen Bewertung sowie aus den Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten sind Bestandteil der Hochwasserrisikomanagementpläne. Sie zeigen somit den Handlungsbedarf auf, ermöglichen die Abschätzung von Maßnahmenwirkungen und dienen in weiterer Folge als Möglichkeit zur Erfolgsvalidierung.

So kann man die für den nächsten Zyklus erstellten Kartenwerke mit den aktuellen verschnitten und Aussagen zur Risikoreduktion treffen (geschützte Personen, Reduktion von Flächenanteilen mit unterschiedlicher Landnutzung). Richtlinienkonform fand eine erste Einbindung relevanter Stakeholder auf Bundesebene statt, indem die vorläufigen Ergebnisse sowie die geplante Vorgehensweise (dabei speziell die von Seiten der Länder ge-

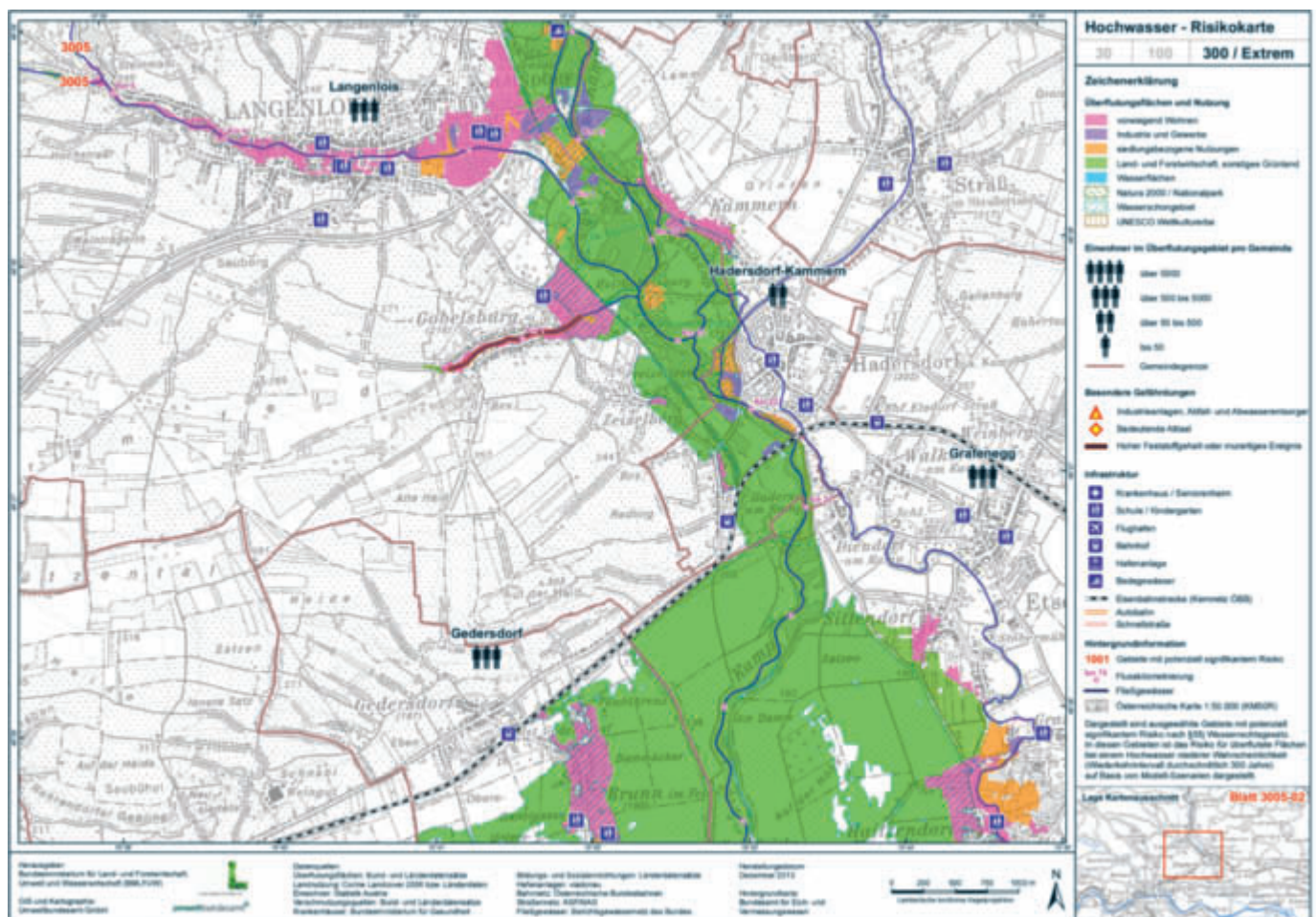


Abb. 3: Beispielhafte Darstellung einer Hochwasserrisikokarte

plante Einbindung der Gemeinden im Rahmen der Erstellung des Hochwasserrisikomanagementplans) an VertreterInnen des Gemeinde- und Städtebundes beim „Runden Tisch Wasser“ kommuniziert wurden.

Ausblick Hochwasserrisiko-managementplan

Mit dem 3. Umsetzungsschritt der EU-HWRL – der Erstellung des Hochwasserrisikomanagementplans bis 22.12.2015 – sollen folgende Zielsetzungen erreicht werden:

- Der Hochwasserrisikomanagementplan (HWRMP) soll als strategisches Planungsinstrument etabliert werden (aufbauend auf der „Vorläufigen Bewertung des Hochwasserrisikos (PFRA) und der Ausweisung von Gebieten mit potenziell signifikantem Hochwasserrisiko (APSR)“ sowie den „Hochwassergefahrenkarten (GK) und Hochwasserrisikokarten (RK)“).
- Der HWRMP soll einen Überblick über bereits gesetzte Maßnahmen bieten sowie einen unmittelbaren Handlungsbedarf in unterschiedlichen Fachbereichen – unter Anwendung eines interdisziplinären Ansatzes gemäß Risikokreislauf – darstellen.

Die Darstellung der Maßnahmen zur Erreichung der angemessenen Ziele soll enthalten:

- eine Dokumentation von bereits gesetzten Maßnahmen
- eine Darstellung von in Vorbereitung („angedachten“) oder in Planung befindlichen Maßnahmen
- die Ersichtlichmachung einer breiten Palette von Maßnahmentypen zur Hochwasserrisiko-Reduktion aus einzelnen Fachbereichen
- die Darstellung von Wirkungsbereichen der Risiko-Reduktion
- die Ableitung einer Priorität und Rangfolge im Rahmen der Umsetzung
- Es soll die interdisziplinäre Zusammenarbeit gestärkt werden und ein abgestimmter und koordinierter Planungs- und Umsetzungsprozess mit dem Ziel der Hochwasserrisiko-Reduktion, unter aktiver Einbindung aller Beteiligten, initiiert werden.

INFOS:

Wasser Informationssystem Austria
<http://wisa.lebensministerium.at>

UNSERE PROJEKTBERATUNG FÜR ÖSTERREICHS INFRASTRUKTUR.

Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft. Die Expertinnen und Experten der Kommunalkredit Austria sorgen mit ihrem Know-how und ihrer Erfahrung dafür, dass Ihr Vorhaben nachhaltig erfolgreich wird – ob im Segment **soziale Infrastruktur, Energie und Umwelt** oder **Verkehr**. Von der Strukturierung über die ideale Finanzplanung bis hin zum Projektmanagement stehen wir **Städten, Gemeinden** und **Unternehmen** verlässlich zur Seite.



ENERGIE &
UMWELT

SOZIALE
INFRASTRUKTUR

VERKEHR

KOMMUNAL
KREDIT

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
 INFRA BANKING EXPERTS

www.kommunalkredit.at

Interessante „Ver-rückungen“ beim 1. Gesellschaftsklimatag am 25. April:

Die Buntheit zelebrieren

Anders als normal. Einmal im Jahr wird es künftig den Gesellschaftsklimatag in Österreich geben, um Vielfalt und Buntheit zu zelebrieren. Damit soll die Aufmerksamkeit besonders auf das gesellschaftliche Zusammenleben, also auf das soziale Klima in unserem Land gerichtet werden.

Jeweils am letzten Freitag im April, das ist heuer der 25., machen Institutionen aus allen gesellschaftlichen Bereichen etwas anders als normal: Alltägliche Abläufe werden „ver-rückt“, Menschen tauschen ihre Rollen. Was gestern noch als gegeben galt, ist heute eine Variante. So soll anschaulich darauf aufmerksam gemacht werden, dass mehr möglich ist als nur das, was wir Tag für Tag als selbstverständlich wahrnehmen. Es könnte auch ganz anders sein.

„Verrückung“ und Rollentausch

Zum Beispiel Google-Maps auf dem Kopf: Google stellt seine Karten-Ansicht für einen Tag auf den Kopf. Süden ist oben, Norden ist unten. Einen Tag lang ist die Südhälfte über der Nordhälfte. Oder Rollentausch in Medien: Die ORF-Minderheitensendung „Heimat Fremde Heimat“ wird von einer Person ohne Migra-

tionshintergrund moderiert; die „Zeit im Bild“ dafür von einer Person mit Migrationshintergrund.

Die MitarbeiterInnen des Presseclub Concordia tauschen ihren Arbeitsplatz für einen Tag mit den KollegInnen aus dem Afro-Asiatischen Institut. „Sprachkurse für WienerInnen“: Personen nicht-deutscher Muttersprache sprechen PassantInnen auf öffentlichen Plätzen an und bringen ihnen Wörter und Sätze in Sprachen bei, die diese noch nicht beherrschen.

Im Schaufenster von Modegeschäften könnten auch Puppen X-Large-Mode tragen und nicht alle müssten so dünn sein, dass sogar die Kleidergröße X-Small noch mit Stecknadeln enger gemacht werden muss. Wieso nicht RollstuhlfahrerInnen im Modewindow? Einfach einmal andersrum denken, wenigstens einen Tag im Jahr.

Und alles wird dokumentiert und öffentlich gemacht: Auf einer Website berichten die teilnehmenden Institutionen und Gruppen über ihre Rollenwechsel und „Verrückungen“. Eine redaktionelle Betreuung hebt besonders gelungene Beispiele hervor. Im öffentlichen Raum wird es eine tatsächliche „Verrückung“ geben.

Gesellschaftsklima-Speed-Talk

Am Wiener Urban-Loritz-Platz tun BürgerInnen im kleinen, was eine inklusive Gesellschaft ausmacht: In zwei einander zugewandten Sesselreihen unterhalten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer rund fünf Minuten darüber, wie sie zusammen leben wollen. Dann machen sie Platz, rücken einen Sessel weiter und hören der nächsten Person zu. Der Gesellschaftsklima-Speed-Talk wird auch in Cafés und in anderen Städten stattfinden.



Die Präsentation der Deklaration im Parlament in verschiedenen Sprachen.

AUS DEM STÄDTEBUND



Am 19. April 2013 wurde das Gesellschaftsklimabündnis feierlich im Beisein von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (Mitte) unterzeichnet.

Den Abschluss des Gesellschaftsklimatags 2014 bildet in Wien eine Podiumsdiskussion. Dort soll der nächste Schritt in der Debatte um Integration, Rechte, Chancen und Vielfalt erörtert werden: das Mainstreaming von Inklusion und Diversitätspolitik. Soll es statt je einem Ressort für Frauen, Integration und Menschen mit Behinderung ein allgemeines Ministerium für Gleichberechtigung und Unterschiede geben? Jedenfalls soll der erste Gesellschaftsklimatag gesellig und fröhlich ausklingen.

Initiator „Gesellschaftsklimabündnis“

Der Gesellschaftsklimatag ist ein Projekt des Gesellschaftsklimabündnisses, einem Zusammenschluss unterschiedlichster Vereine und Institutionen: von Arbeiterkammer bis Volkshilfe, von Integrationshaus bis Wiener Volkshochschulen, von SOS-Mitmensch bis Interkulturelles Zentrum, von Diakonie bis Presseclub Concordia. Dieser Zusammenschluss hat ein konkretes Ziel: das gesellschaftliche Klima in Österreich zu verbessern, damit die in unserer Gesellschaft vorhandene Vielfalt an Lebensentwürfen und Weltanschauungen gewürdigt und anerkannt wird. Dabei geht es nicht nur um die zumeist mit der Migration assoziierte „kulturelle Vielfalt“. Es geht darum, wie Frauen und Männer,

Junge und Alte, körperlich mehr oder weniger Beeinträchtigte, Religiöse oder Agnostiker miteinander umgehen, miteinander leben und arbeiten wollen.

In unterschiedlichen Bündnissen haben Menschen und Organisationen schon in den vergangenen Jahrzehnten von einander und miteinander gelernt, sich für gesellschaftliche Anliegen stark zu machen und sich gegenseitig zu unterstützen. Daher haben Vertreterinnen und Vertreter vieler verschiedener Institutionen und Plattformen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und aus dem sozialen Bereich über ein Jahr gemeinsam das ganz konkrete Projekt „Gesellschaftsklimabündnis“ erarbeitet. Eine gemeinsame Deklaration bildet das Fundament des im April 2013 feierlich geschlossenen Bündnisses.

Bei sich selbst beginnen

Dabei geht es den Bündnispartnern nicht nur darum, Forderungen an andere zu richten. Vielmehr wollen sie selbst aktiv an der Verbesserung unseres gesellschaftlichen Klimas mitwirken. In konkreten Projekten sollen etwa das gesellschaftliche Zusammenleben in Gemeinden und Städten analysiert und verbessert werden. Im überschaubaren Raum einer Gemeinde oder eines Stadtteils kann schon mit kleinen Aktivitäten das soziale Klima verbessert werden. Dies geht auch bei der

Arbeit: Daher wird an einem Modell für eine Betriebsvereinbarung gegen Diskriminierung und für gelebte Diversität am Arbeitsplatz gearbeitet. Ein weiteres Projekt ist der jährliche Gesellschaftsklimatag. Das Gesellschaftsklimabündnis soll also keine reine Absichtserklärung sein. Neben den konkreten Projekten verpflichten sich die Unterzeichnenden dazu, sich allgemein für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller in Österreich einzusetzen, bei sich selbst zu beginnen und mit gutem Beispiel voranzugehen. Unter anderem werden die eigenen Strukturen, Policies und Aktivitäten im Sinne des Gesellschaftsklimabündnis verbessert, eventuell noch vorhandene diskriminierende Praktiken aufgespürt und solche der Gleichberechtigung geschaffen. So wird auch an der Selbstbeobachtung und der Verbesserungen des Zusammenlebens und -arbeitens in der eigenen Organisation gearbeitet. Zudem soll der Mehrwert von Gleichberechtigung über das eigene Netzwerk hinaus kommuniziert und die Öffentlichkeit über die eigenen Aktivitäten und Fortschritte informiert werden. Weitere Organisationen, Vereine, Institutionen, Gemeinden und Städte sind als Bündnispartner herzlich willkommen. Informationen unter „www.gesellschaftsklima.at“ oder ein E-Mail an info@gesellschaftsklima.at.

Daseinsvorsorge:

Garant für hohe Lebensqualität

Was führt dazu, dass sich ein Mensch wohlfühlt? Wie sieht der Rahmen für ein angenehmes Leben aus? Faktoren wie Gesundheit, materieller Wohlstand, Familienleben, Beruf, sozialer Status, kultureller Hintergrund, aber auch der persönliche Charakter haben dabei Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit eines Menschen.

Dr.ⁱⁿ Karin Mathé und Mag.^a Ines Breiner, Dezernat Daseinsvorsorge der MA 27 – Europäische Angelegenheiten

Weltweit anerkannte Studien haben ergeben, dass das Niveau der Leistungen der Daseinsvorsorge bei der Bewertung der Lebensqualität ebenso eine wichtige Rolle spielt. Was ist aber unter dem sperrigen Begriff „Daseinsvorsorge“ zu verstehen und welche Bedeutung hat sie im täglichen Leben? Im Wesentlichen umfasst die Daseinsvorsorge jene Leistungen, die für die Bürgerinnen und Bürger im Alltag unerlässlich sind: Wasserversorgung, Müllabfuhr, medizinische Versorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen verdeutlichen das weite Leistungsspektrum der Daseinsvorsorge.

Eine gut funktionierende Grundversorgung zeichnet sich dabei durch folgende Punkte aus:

- **Universeller Zugang:** Alle Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, die entsprechende Leistung in Anspruch zu nehmen. Dazu gehören auch
 - **faire und angemessene Preise.** Ziel ist nicht der Profit, sondern die Gewährleistung der
 - **Versorgungssicherheit** und Verantwortung gegenüber der Bevölkerung.
- Die Sicherstellung der **Kontinuität**, somit der dauerhaften und qualitativ hochwertigen Erbringung der Leistung, und der **Nachhaltigkeit**, der schonenden Nutzung vorhandener Ressourcen, sind wichtige Eckpfeiler öffentlicher Dienstleistungen.

Privat oder Staat?

Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts waren die Aufgaben der Daseinsvorsorge überwiegend staatlich organisiert. Die Frage des universellen Zugangs und der fairen und angemessenen Preise konnte so staatlich gewährleistet werden. In den 1980er-Jahren wurden auf Betreiben der Europäischen Union bzw. teilweise aus

Eigeninitiative einiger Länder traditionell öffentliche Dienstleistungen (wie etwa Telekommunikation und Energie) für den Wettbewerb geöffnet. „Staat oder privat“ in der Daseinsvorsorge sorgt seit Jahrzehnten für hitzige Debatten, zuletzt wegen der im Raum stehenden Wasserliberalisierung durch den EU-Richtlinienvorschlag zu den Dienstleistungskonzessionen.

Bei den Verhandlungen auf europäischer Ebene setzt sich Wien stets für die Aufrechterhaltung der sogenannten „wirtschaftlichen Wahlfreiheit“ ein: das bedeutet, als Stadt bzw. Gemeinde entscheiden zu können, ob öffentliche Dienstleistungen in Eigenregie, durch staatliche Unternehmen oder Private erbracht werden.

Wien hat sich bewusst für eine Erbringung der Daseinsvorsorgeleistungen durch die öffentliche Hand bzw. ihrer Unternehmen entschieden. Dies aus gutem Grund: Die bereits genannten gemeinwohlorientierten Zielsetzungen – wie jene der Versorgungssicherheit und des universellen Zugangs – stehen oftmals im Widerspruch zu betriebswirtschaftlichen Überlegungen und sind damit nur in öffentlicher Verantwortung zu erreichen. Gesellschaftlich notwendige und wünschenswerte Ziele dürfen daher nicht dem Wettbewerbsprinzip des Marktes unterworfen werden, sondern sind im Sinne des allgemeinen Interesses politisch zu entscheiden.

Daseinsvorsorge sichert hohe Lebensqualität

Wien ist sich der Korrelation zwischen der Qualität der öffentlichen Dienstleistung und der Lebenszufriedenheit ihrer Bürgerinnen und Bürger seit langer Zeit bewusst. Dass sich die Entscheidung, die Daseinsvorsorge öffentlich zu organisieren, bewährt hat, zeigen internationale

Studien, wie z.B. jene der Beratungsgesellschaft Mercer, die Wien im Jahr 2012 zum vierten Mal in Folge als Stadt mit der höchsten Lebensqualität auswies. Auch die UN-Studie „State of the World Cities 2012/2013“ reiht Wien an die erste Stelle unter 70 Metropolen der Welt. Untersucht wurden unter anderem Faktoren wie Infrastruktur, Produktivität, Nachhaltigkeit und Lebensqualität.

Wiener Volksbefragung

Die Leistungen der Daseinsvorsorge genießen bei der Wiener Bevölkerung hohes Ansehen. Bei einer im März 2013 durchgeführten Volksbefragung sprachen sich die Wienerinnen und Wiener für den Privatisierungsschutz öffentlicher Dienstleistungen und Betriebe aus. Auf die Frage: „Die kommunalen Betriebe bieten der Wiener Bevölkerung wichtige Dienstleistungen. Zum Beispiel Wasser, Kanal, Müllabfuhr, Energie, Spitäler, Gemeinde-wohnbauten und öffentliche Verkehrsmittel. Sind Sie dafür, dass diese Betriebe vor einer Privatisierung geschützt werden?“ antworteten 87,17 Prozent (bei einer Beteiligung von 38,70 Prozent) mit „Ja“. Dieses eindeutige Votum der Wiener Bevölkerung zeigt das Vertrauen in die Stadt und die Wertschätzung der Arbeit der Wiener Stadtverwaltung bei der Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen. Eine Privatisierung dieser Leistungen wird von der Mehrheit abgelehnt.

Investitionen in die Daseinsvorsorge

Zur Sicherstellung der hohen Qualität der öffentlichen Dienstleistungen sind regelmäßige Investitionen unerlässlich. Auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise hält Wien daher an diesen Investitionen fest. Denn das hohe Niveau der Daseinsvorsorge soll nicht nur gefes-

AUS DEM STÄDTEBUND

tigt, sondern konsequent gesteigert werden. In der Folge sollen einige ausgewählte Beispiele die Investitionstätigkeit der Stadt Wien in die Qualität der Daseinsvorsorgeleistungen verdeutlichen.

Instandhaltung des Wiener Wasserrohrnetzes

Die Stadt investiert jährlich 65 Millionen Euro in den Ausbau und die Instandhaltung des mehr als 3000 km langem Wasserrohrnetzes sowie in den Schutz der Quellgebiete. Derzeit werden im Rahmen einer großen Wasserrohr-Offensive die Wasserrohre am Gürtel aufwändig saniert. Diese sind aufgrund des starken Verkehrsaufkommens ständigen Erschütterungen ausgesetzt.

Abwasserentsorgungsmaßnahmen

Auch in der Abwasserentsorgung werden laufend strukturelle und bauliche Maßnahmen durchgeführt. Im Rahmen eines 76 Millionen Euro teuren Investitionsprogramms wurde Anfang April 2013 der Asperner Sammelkanal in Vollbetrieb genommen. Der neue Kanal garantiert, dass neben der Aufschließung bestehender Siedlungen auch die Abwässer aus zukünftigen Stadtentwicklungsgebieten unkompliziert entsorgt werden können. Vorausschauende Planungen und die Realisierung von zukunftsweisenden Projekten haben es ermöglicht, dass 99 Prozent aller Wiener Haushalte an das Kanalnetz angeschlossen sind. Ein beeindruckender Wert unter Europas Städten und ein Indikator für den hohen Stellenwert der Daseinsvorsorge in der Wiener Politik.

Bewusstseinsbildung für eine saubere Stadt

Die Sauberkeit des Lebensumfeldes trägt erheblich zur Lebensqualität der Bevölkerung bei. Dabei kann Wien auf eine sehr gut funktionierende Abfallbewirtschaftung zurückgreifen, die sich nicht nur auf die Abfallsammlung und -entsorgung begrenzt, sondern auch Abfallvermeidungsstrategien, Mülltrennung und Eigenverantwortung der Bevölkerung fördert. Wien hat zur Bewusstseinsbildung vorbildhafte Werbekampagnen entwickelt und umgesetzt. Das „Mistmonster“ ist Kult. Jedes Wiener Kindergartenkind

weiß über Mülltrennung und Abfallvermeidung Bescheid. Mistmeisterschaften in den Volksschulen tragen ebenso dazu bei, dass die Kinder ihr abfallwirtschaftliches Wissen vertiefen. Nicht zuletzt wird auch die erwachsene Bevölkerung aktiv einbezogen. Die Sauberheitskampagne 2013 „Wo samma daham?“ mit Plakaten, Kinospot und Citylights appellierte an das Verantwortungsgefühl der Wienerin-



Wiener Linien/Thomas Janßen

nen und Wiener, ihre Stadt rein zu halten. WasteWatcher und das große Serviceangebot mit unter anderem 206.000 Altstoffsammelbehältern zur Mülltrennung, 24.000 Papierkörben, 11.600 Aschenbechern, 3.000 Hundesackerautomaten und 19 Mistplätzen tragen überdies dazu bei, dass Wien zu den saubersten Städten der Welt zählt.

Wiener Stadtwerke Holding AG

In diesem Zusammenhang ist auch der wesentliche Beitrag der Wiener Stadtwerke Holding AG – Österreichs größter kommunaler Infrastruktur-Dienstleister – am nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensstandort Wien hervorzuheben. Neben einer sicheren und leistbaren Energieversorgung stellen die Wiener Linien (Konzernbereich Verkehr) mit derzeit fünf U-Bahn-Linien, 28 Straßenbahn- und 90 Autobuslinien ein gut ausgebautes und für alle zugängliches Verkehrsnetz zur Verfügung. Die Stadtwerke investieren hierbei nicht nur in die materielle Infrastruktur (Schienen und Stromleitungen), sondern auch in die Forschung, um neue, effiziente und ökologische Produkte zu entwickeln und tragen somit entscheidend zur hohen Lebensqualität Wiens

bei. Ein Beispiel zeigt, welche Investitionen die Wiener Linien derzeit tätigen.

Ausbau des Wiener Verkehrsnetzes

Wien wächst und damit auch das tägliche Verkehrsaufkommen. Ungefähr 2,5 Millionen Fahrgäste benützen Tag für Tag das Angebot der Wiener Linien. Da die Infrastruktur in den letzten Jahren in Mittelei-

denschaft gezogen wurde, haben sich die Wiener Linien zum Ziel gesetzt, rund 17,4 Millionen Euro in die Erneuerung der Schieneninfrastruktur zu investieren. Die Erneuerung umfasst insgesamt 55 Projekte, wie beispielsweise die Streckenabschnitte der Straßenbahnlinien 37, 38, 40, 41 und 42, die bis Ende Sommer 2013 fertiggestellt werden sollen.

Darüber hinaus ist geplant, bis zum Jahr 2020 das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs in den äußeren Bezirken zu verbessern. Unter anderem wurde die U2 bis in die Seestadt Aspern sowie die U1 bis Oberlaa verlängert.

Conclusio

Der Einfluss der Qualität öffentlicher Dienstleistungen auf die Zufriedenheit und Lebensqualität der Bevölkerung ist unbestritten. Wien hat sich zukunftsweisend dafür entschieden, diese Leistungen der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand zu behalten, um sich damit auch als lebenswerteste Stadt der Welt zu etablieren. Auch die derzeitigen Re-Kommunalisierungen öffentlicher Dienstleistungen quer durch Europa – wie z.B. der Wasserversorgung in Paris – bestätigen den Wiener Weg.

ÄNDERUNG BEI DER UMSATZSTEUERLICHEN ORGANSCHAFT

Gemeinden haben in den letzten Jahren viele ihrer Aufgaben in Tochtergesellschaften ausgegliedert. Die Leistungsverrechnung zwischen der Tochtergesellschaft und der Gemeinde ist in der Regel umsatzsteuerpflichtig. Im hoheitlichen Bereich der Gemeinde wird diese Umsatzsteuer mangels Vorsteuerabzugsberechtigung zum Kostenfaktor. Eine Abhilfe könnte die EuGH-Rechtsprechung zur umsatzsteuerlichen Organschaft schaffen.

Die nationale Organschaftsregelung in § 2 Abs 2 Z 2 UStG 1994 und die Verwaltungspraxis schließt hoheitlich tätige Gemeinden als Organträger aus, weil diese keine Unternehmereigenschaft besitzen.¹ Auch als Organgesellschaft kommen Gemeinden (mangels Möglichkeit der Eingliederung) oder deren Betriebe gewerblicher Art (mangels Vorliegens einer juristischen Person) nicht in Betracht.²

Dagegen hat der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 9.4.2013 (C-85/11, Kommission/Irland) entschieden, dass auch Nichtsteuerpflichtige Teil einer Mehrwertsteuergruppe sein können. Der EuGH verweist in seiner Entscheidung darauf, dass eine Einschränkung auf unternehmerisch tätige Mitglieder einer Mehrwertsteuergruppe keine Deckung in Art 11 MwSt-SystRL³ findet.⁴

Eine weitere Voraussetzung für das Vorliegen einer umsatzsteuerlichen Organschaft ist laut dem österreichischen Gesetzgeber die finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Eingliederung der Organgesellschaft in das Unternehmen des Organträgers. Aus dem Begriff „Eingliederung“ wird ein Über- und Unterordnungsverhältnis abgeleitet.⁵

Das Unionsrecht sieht im Art 11 Abs 1 der MwSt-SystRL jedoch nur vor, dass die Personen zur Annahme eines Mehrwertsteuerpflichtigen durch gegenseitige finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Beziehung eng miteinander verbunden sein müssen. Ein Verhältnis der

Über- und Unterordnung kommt hier nicht zum Ausdruck. Es wird dementsprechend auch nicht zwischen Organträger und Organgesellschaft unterschieden. Vielmehr könnte eine enge finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Beziehung auch in einem Verhältnis der Nebenordnung bestehen.

Unionsrechtlich ist von einer wirtschaftlichen Eingliederung auszugehen, wenn (1) Gruppenmitglieder die gleiche Haupttätigkeit ausüben oder (2) die Tätigkeiten der Gruppenmitglieder voneinander abhängen oder einander ergänzen oder (3) ein Gruppenmitglied Tätigkeiten ausübt, die den übrigen Mitgliedern in vollem oder wesentlichem Umfang zugutekommen.

Gemeinden können sich hinsichtlich der Einbeziehung Nichtsteuerpflichtiger in die Organschaft unmittelbar auf Art 11

MwSt-SystRL berufen. Zur Bildung als Organschaft müssen zwar auch die sachlichen Voraussetzungen

(finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Eingliederung) erfüllt sein, aber auch hier wird eine Berufung auf die unionsrechtlichen Regelungen, die nicht starr auf ein Über-/Unterordnungsverhältnis abzielen, möglich sein.

Durch die Einbeziehung einer hoheitlich tätigen Gemeinde in die Organschaft gelten Leistungen innerhalb des Organkreises auch an diese nicht vorsteuerabzugs-

berechtigte Gemeinde als nicht steuerbare Innenumsätze und bleiben somit umsatzsteuerlich unbelastet. Das Recht auf Vorsteuerabzug wird dadurch nicht missbräuchlich erweitert: denn soweit Vorleistungen an den Organkreis mit der hoheitlichen Tätigkeiten der Gemeinde in Zusammenhang stehen, steht ein Vorsteuerabzug nicht zu.

Ein Beispiel

Eine Gemeinde gliedert ihre EDV-Abteilung in eine GmbH aus, deren Anteile sie zu 100 Prozent selbst hält. Sind organisatorische und wirtschaftliche Verbindung gegeben, besteht zwischen der Gemeinde und ihrer Tochtergesellschaft eine Organschaft. Erbringt die GmbH Leistungen an die Gemeinde, so handelt es sich unabhängig davon, ob die Gemeinde diese Leistungen selbst in ihrem hoheitlichen (nichtwirtschaftlichen) oder in ihrem unternehmerischen (wirtschaftlichen) Bereich verwendet, um nicht steuerbare Innenumsätze. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, ist jedoch hinsichtlich des Vorsteuerabzuges aus Vorleistungen an den Organkreis auf die Verwendung zu hoheitlichen Zwecken entweder durch einen von vornherein nur anteiligen Vorsteuerabzug oder durch eine Eigenverbrauchsbesteuerung Bedacht zu nehmen.

Mag. Heinz Albrecher,

Leiter der Stabstelle Steuern, Stadt Graz

Fußnoten:

¹ dazu kritisch Kamper, *Umsatzsteuerliche Organschaft bei Gemeinde-Tochtergesellschaften*, RDW 2007, 576 ff

² Vgl. Rz 233 *Umsatzsteuerrechtslinien* 2000

³ RL des Rats 2006/112/EG vom 28.11.2006, konsolidierte Fassung vom 1.1.2013

⁴ Vgl. Ehrke-Rabel, *Die österreichische Organschaftsregelung vor dem Hintergrund der Kommissionsmitteilung zu Art 11 MwStRL*, GeS 2011, 239

⁵ Vgl. Kanduth-Kristen, *EuGH-Rechtsprechung zur umsatzsteuerlichen Organschaft: Besteht legislativer Anpassungsbedarf?*, Taxlex 2014, 45



FINANZEN

Ertragsanteilsvorschüsse für Februar 2014 (Beträge in 1.000 EURO ohne Zwischenabrechnung)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)

	Ertrag für 02/2014 ¹⁾	Veränderung ggü. 02/2013	Ertrag für 01-02/2014	Veränderung ggü. 01-02/2013
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	6.246.854	5,0%	14.272.630	3,9%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	85.036	39,2%	1.076.810	4,2%
Lohnsteuer	2.564.742	7,7%	4.829.740	9,1%
Körperschaftsteuer	75.836		1.626.840	17,8%
Umsatzsteuer	2.266.314	0,9%	4.346.582	1,1%
Mineralölsteuer	331.932	-32,8%	732.085	-21,5%
Abgeltungssteuern Schweiz	21.308		28.577	
GBA mit speziellen Schlüssel	165.197	8,0%	323.728	5,6%
davon:				
Bodenwertabgabe	109	204,5%	1.217	-8,2%
Werbeabgabe	11.290	4,3%	22.389	1,4%
Grunderwerbsteuer	76.578	13,4%	146.317	8,3%
GBA gesamt	6.412.050	5,1%	14.596.358	4,0%

1) i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats.

b) Gemeindeertragsanteile

	Vorschuss für 02/2014	Veränderung ggü. 02/2013	Vorschuss für 01-02/2014	Veränderung ggü. 01-02/2013
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
Burgenland	19.730	5,8%	44.939	5,5%
Kärnten	48.416	4,3%	107.975	2,5%
Niederösterreich	128.642	7,9%	287.867	5,6%
Oberösterreich	122.225	7,7%	275.483	5,8%
Salzburg	52.540	4,7%	120.492	5,6%
Steiermark	97.129	4,3%	220.048	3,7%
Tirol	67.861	8,2%	149.920	5,6%
Vorarlberg	35.394	6,8%	79.732	5,2%
Wien	201.843	5,9%	454.384	4,5%
Summe	773.779	6,4%	1.740.839	4,9%



Austrian Power Grid macht Energiezukunft möglich

Die Stromzukunft gehört den erneuerbaren Energien. Die Austrian Power Grid AG (APG) spielt dabei eine ganz wesentliche Rolle.

Sichere Versorgung mit sauberem Ökostrom

Das Stromaufkommen aus sauberer Wind- und Sonnenenergie hat in den vergangenen Jahren in ganz Europa massiv zugenommen, so auch in Österreich – Tendenz weiter steigend. Es gibt klare Bekenntnisse der Politik überall in der Europäischen Union – in der EU Energy Roadmap 2050 sowie im österreichischen Ökostromgesetz. Die Netzinfrastruktur kann mit der rasanten Entwicklung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kaum Schritt halten. Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Vorstandsvorsitzende des österreichischen Übertragungsnetzbetreibers APG: „Das Stromversorgungssystem Europas ist im Wandel. Die Treiber dieser Entwicklung sind zum einen der Ausbau der Erneuerbaren und zum anderen die voranschreitende Integration des europäischen Strommarkts. Zur Verdeutlichung der Dimensionen: Bis zum Jahr 2020 wird sich in Österreich die installierte Windkraftleistung von derzeit rund 1.600 MW auf 4.000 MW etwa verdreifachen. Im Bereich der Photovoltaik ist die Entwicklung ebenso dynamisch. Auf diese Situation müssen wir als Stromübertragungsnetzbetreiber reagieren und unser Netz fit für die Zukunft machen.“

Alle Potenziale nutzen

Die Energiewirtschaft steht vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte – nämlich vor der Frage, ob eine nahezu vollständige Umstellung auf erneuerbare Energieträger gelingen kann. Die Stromversorgung spielt dabei eine ganz zentrale Rolle. Für Baumgartner-Gabitzer ist klar: „Die Bedeutung eines funktionierenden Stromversorgungssystems in Europa wird in Zukunft noch weiter zunehmen. Um auch bei der Elektrizität zum überwiegenden Teil auf Ökoenergie umzustellen, wird es notwendig sein, alle verfügbaren Potenziale zu nutzen – große zentrale Erzeugungseinheiten genauso, wie dezentrale Produktionsmöglichkeiten. Und selbstverständlich sind alle Bemühungen im Bereich der Energieeffizienz zu begrüßen. Klar ist aber in jedem Fall: Der Ausbau der Übertragungsnetze wird einer der absoluten Schlüsselfaktoren sein. Denn nur ein leistungsstarkes Netz macht eine Energiezukunft auf Basis Erneuerbarer möglich.“

Mehr Informationen unter www.apg.at